Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł, mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 4.89 zł, vierteljährlich 14.66 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G., Deutschland 2.50 RM. — **Einzel-Nr. 25 gr, Sonntags-Nr. 30 gr.** Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung 2c.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — **Fernruf Nr. 594 und 595.**

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz.Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.**

Nr. 231 — **Bromberg, Sonntag den 8. Oktober 1933** — **57. Jahrg**

Japans Front gegen Rußland.

Der Expansionsdrang der Japaner zum asiatischen Kontinent und nach den Inseln des Stillen Ozeans hat Mißtrauen ausgelöst und Reibungsflächen nach Westen und Osten geschaffen. China wird dabei von der japanischen Politik als ein Faktor, auf den sie Rücksicht zu nehmen hätte, kaum noch gewertet. Aber mit den Rückwirkungen, die das Vorgehen in der Mandschurei und in Nordchina auf den russischen Nachbar ausgeübt hat, muß man sich in Tokio um so eifriger beschäftigen. Auf der anderen Seite haben auch die Vereinigten Staaten von Amerika die japanische Politik während des letzten Jahres nicht gerade mit innerer Genugtuung betrachtet, und als Herr Roosevelt sich entschloß, obwohl er den europäischen Nationen dringend zu drastischer Abrüstung riet, einen neuen Riesen-Auftrag für Kriegsschiffs-Neubauten zu vergeben, da wußte man in Japan, daß der Bug dieser Schiffe nach Ostasien gerichtet sein würde.

Immerhin, der Konfliktsstoff, der sich zwischen Japan und **Rußland** anhäufte, war stärker, und es hat sich gezeigt, daß er auch immer explosibler wird. In den japanischen Zeitungen werden täglich neue Einzelheiten über Kriegsvorbereitungen der Russen im Fernen Osten veröffentlicht. In der Behandlung, die japanische Schiffe im Hafen von Wladiwostok erfahren, wird ein Beweis dafür erblickt, daß man auf russischer Seite den Wunsch hat, der japanischen Besatzung den Einblick in militär-technische Vorgänge zu wehren, und der Ton, der in allen diesen offenbar vom japanischen Kriegsministerium inspirierten Nachrichten angeschlagen wird, ist darauf abgestimmt, eine unmittelbar bevorstehende Gefahr zu signalisieren.

Vielleicht übertreibt man in dieser Hinsicht absichtlich. Zwischen Armee und Flotte auf der einen Seite, dem Finanzministerium auf der anderen Seite finden zurzeit Verhandlungen über die Rüstungsausgaben für das Jahr 1934 statt, die sich recht schwierig gestalten, weil auch Japan seine finanziellen Kräfte gerade durch sein riesiges Militärbudget bis zum Äußersten angespannt hat. Es ist denkbar, daß die militärischen Instanzen durch die Nachrichten über sowjetrussische Rüstungen an der mandschurischen Grenze und an der Küste des Stillen Ozeans die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen versuchen.

Zeichnungsergebnis: 316 366 350 Złoty.

Nach den letzten Berechnungen, die jedoch noch nicht endgültig sind, weil die Berichte aus manchen Provinzorten nicht eingegangen sind, beträgt die **Nominalsumme** der Zeichnung der Nationalanleihe

316 366 350 Złoty.

Da die Nettoeinzahlung in den Staatsschatz etwas geringer sein wird (infolge des Emissionskurses 96 für 100) und da ein Teil der Einzahlungen auf die Provisionen für die bei der Zeichnung der Anleihe vermittelnden Institutionen entfällt, so wird der Staatsschatz aus der Anleihe **etwa 300 000 000 Złoty** erlangen.

Auf der anderen Seite hat die japanische Presse in der letzten Zeit, sicherlich auf eine Weisung des Außenministeriums hin, eine Schwenkung den **Vereinigten Staaten von Amerika** gegenüber vollzogen. Während vor einigen Wochen noch das Rooseveltsche Schiffbauprogramm Stoff zu lebhaften Erörterungen über den Zweck dieser Rüstungen gab, und damals schon angekündigt wurde, Japan müsse nunmehr nach Ablauf des Londoner Flottenabkommens völlig freie Hand in den Fragen der Seerüstung gewinnen, glaubt man jetzt plötzlich feststellen zu können, daß die Stimmung Japans gegen Amerika sich seit dem Amtsantritt des Präsidenten Roosevelt fortschreitend verbessert habe. Man schiebt gewisse gegen Japan gerichtete Tendenzen in Amerika auf Treibereien der Nanking-Regierung, die in den Vereinigten Staaten einen Bundesgenossen für China suche. Es wird eine offene Versöhnungspolitik gegen Amerika verlangt; denn ein Krieg zwischen Japan und Amerika würde — so schreibt eine der japanischen Zeitungen — keinem der beiden Gegner Vorteile bringen.

Wir Europäer haben die Vorgänge im **Fernen Osten** mit jener inneren Leidenschaft zu verfolgen, zugleich aber auch mit jenem nüchternen Verstand, wie sie dem zukommen, der von den kommenden Ereignissen vermutlich schon unmittelbar betroffen wird. Wir sehen kaum noch auf andere Weise die erwünschte Zeit der **großen außenpolitischen Wende** kommen: **Das System von Versailles dürfte sich menschlicher Voraussicht nach nur dann beseitigen lassen, wenn der russisch-japanische Konflikt ausbricht.** Solange die große Negation des Kreml nicht erschüttert ist, wird sie für alle negativen Kräfte in Europa eine gefährliche Anziehungskraft haben. Solange wird auch die Wirtschaftskatastrophe in unserem Erdteil anhalten, die nur ein Ausdruck der geistigen und politischen Verwirrung nach dem Ausgange des Weltkrieges ist.

Unendlich wichtig ist die Entscheidung der **Vereinigten Staaten von Amerika.** Gelingt es den Japanern, nicht nur die Engländer an ihre Seite zu bringen, sondern auch mit dem großen Rivalen in Nordamerika in Frieden **zu bleiben, dann ist die Position gegeben,** die auch **das Reich der europäischen Mitte** einzunehmen hat, das heute teilweise Linien verfolgt, die es schon oft vergeblich gegangen ist. Bis dahin wird auch Polen seine Entscheidung zwischen Westen und Osten getroffen haben müssen. Herr **Dmowski** ist dann noch greisenhafter geworden, und die Tage von Versailles liegen dann noch weiter zurück.

Auf dem Wege zu deutsch-polnischen Verhandlungen.

In Kreisen, die der Warschauer Regierung nahestehen, gibt man der Erwartung Ausdruck, **daß schon in den nächsten Tagen zwischen Deutschland und Polen die Verhandlungen wieder aufgenommen werden,** als deren konkretes Ziel der **Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages** bezeichnet wird. In diesem Zusammenhange dürfte die **Unterredung** von Interesse sein, die, wie wir bereits gestern kurz berichteten, der **polnische Außenminister Józef Beck** dem Genfer Korrespondenten der Telegraphen-Union über die gegenwärtigen deutsch-polnischen Beziehungen und ihre Aussichten für die Zukunft erteilt hat. Minister Beck sagte u. a.:

„Wenngleich die schwere Weltkrisis in erster Linie eine Vertrauenskrisis ist, so besitzt sie doch auch technische Ursachen, deren wichtigste die ist, daß man lange Jahre hindurch versuchte, das Problem der Organisation des Friedens vor allem durch hindernde Methoden, statt durch den Ausbau von realen, schöpferischen Elementen des allgemeinen Friedens zu lösen. Diese Elemente, das sind gerade die gegenseitigen Beziehungen der einander angrenzenden Staatsorganismen. Die Verwirklichung und Verbesserung dieser nachbarlichen Verhältnisse ist die positivste Sache, die man im Interesse des Friedens unternehmen kann.

Der persönliche Kontakt der verantwortlichen Politiker kann als ganz besonders fördernder Faktor auf diesem Gebiet berücksichtigt werden, sei es nur aus dem Grunde, als er in das amtliche, oft blutleere Verfahren menschliche und direkte Elemente hineinträgt. Wir möchten dies auch bei den **deutsch-polnischen** Beziehungen feststellen und hoffen, daß es uns gelingen wird, sowohl im gegenseitigen Interesse, als auch im allgemeinen Interesse der ganzen Welt **die praktischen Fragen zu lösen,** die sich aus einem jeden solchen Nachbarverhältnis ergeben. Wir hegen die Hoffnung, daß uns dies im Geiste der gegenseitigen **Aufrichtigkeit** und des gegenseitigen **Vertrauens** gelingt."

Auf die Frage, wie sich der Minister die Lösung des Problems der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen denke, antwortete Herr Beck: „Ich bin der Ansicht, daß wir aus den Ursachen der Krisis herauskommen müssen, die gleichzeitig beide Völker bedrückt. Es ist angezeigt, daß wir uns bemühen, zunächst die Probleme praktisch zu lösen, die sich zum größten Teil aus dem Gebiet der **Landwirtschaft** ergeben. Ich sehe gerade hier in erster Linie die Notwendigkeit, sich über die landwirtschaftliche Produktion zu einigen, die sowohl Polen als auch Deutschland auf den Markt werfen kann. Darüber hinaus besteht eine Reihe von uns gemeinsamen Produktionszweigen, vor allem auf industriellem Gebiet. Auch hier harren Aufgaben der Lösung. Es versteht sich von selbst, daß die Frage des gegenwärtigen gegenseitigen Wirtschaftsaustausches offen bleibt. Würde es uns gelingen, gerade in dieser Richtung

die gegenseitige Konkurrenz durch gegenseitige Zugeständnisse zu ersetzen,

so würden wir auf diese Weise einen großen Schritt vorwärts tun auf dem Wege zur normalen Gestaltung unserer Wirtschaftsbeziehungen."

Im Zusammenhange mit den einleitenden Gesprächen zur Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen erinnert der **„Expreß Poranny"** an den von deutscher Seite noch nicht ratifizierten Handelsvertrag von 1930. Das Blatt gibt zwar zu, daß der Vertrag im Beginn der Wirtschaftskrase zum Abschluß gelangte und, wenn er heute Anwendung finden soll, weitgehend modifiziert werden müßte. Es sei jedoch abwegig, zu glauben, daß der Wert der polnischen Meistbegünstigung sich durch Inkraftsetzung des neuen polnischen Zolltarifs am kommenden Mittwoch, dem 11. Oktober, und den Ablauf der wichtigsten bisherigen Handelsverträge Polens am gleichen Tage vollständig verändert habe. Eine deutsch-polnische Verständigung könne lediglich auf der Grundlage der **gegebenen Tatsachen** der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen erfolgen.

*

Vorläufig Verhandlungen

über den Abbau der wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen.

Die Verhandlungen zwischen deutschen und polnischen Regierungsvertretern beginnen, wie die „Germania" meldet, am **Montag** in Warschau mit dem Ziel, **die im Verlauf des deutsch-polnischen Wirtschaftskrieges ergriffenen wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen abzubauen.** Die deutschen Kampfmaßnahmen bestehen bekanntlich in der Anwendung des Obertarifs für eine Reihe von polnischen Erzeugnissen. Polen hat seinerseits gewisse Kampfeinfuhrverbote erlassen. Bei einer Anzahl von polnischen Zolltarifpositionen, Waren, die ursprünglich nur von Deutschland aus wegen der von Deutschland erlassenen Ausfuhrverbote nicht nach Polen eingeführt werden konnten, sind von Polen in der Zwischenzeit allgemeine Einfuhrverbote erlassen worden. Bei diesen Positionen würde die Aufhebung der Kampfeinfuhrverbote durch die Polnische Regierung an dem bisherigen Zustand praktisch nichts ändern. Es soll daher versucht werden, für die Tarifpositionen, bei denen allgemeine Einfuhrverbote bestehen,

Einfuhrkontingente für Deutschland

zu erreichen.

Durch Besprechungen zwischen polnischen Vertretern und Vertretern der Reichsregierung in Berlin soll gleichzeitig die Frage geklärt werden, ob eine Verständigung zwischen beiden Ländern über die sie gemeinsam interessierende Frage der **Ausfuhr von Roggen** erzielt werden kann.

Die in einigen polnischen Blättern aufgetauchte Vermutung, daß die Verhandlungen eine Abänderung des seinerzeit geschlossenen, aber nicht ratifizierten deutsch-polnischen Handelsvertrages bezwecken, ist irrtümlich. Weder die Deutsche noch die Polnische Regierung haben dies ins Auge gefaßt. Es handelt sich bei den in Aussicht genommenen Besprechungen um einen von deutscher Seite unternommenen Versuch, das Gespräch über die beide Staaten interessierenden wirtschaftspolitischen Fragen wieder in Gang zu bringen und zunächst durch einen Abbau der beiderseitigen Kampfmaßnahmen **die Voraussetzung für weitere Verhandlung zu schaffen,** mit dem Ziel, das durch die Wirtschaftskrise wie durch den langjährigen Kampfzustand zusammengeschrumpfte Handelsvolumen nach Möglichkeit zu vergrößern.

Vereinigte Staaten — Japan.

Wie lange dauert die Spannung noch an?

Der frühere amerikanische China-Korrespondent **Martin Sommers** warnt im amerikanischen „New Outlook" die **Vereinigten Staaten** vor der **plötzlich angewachsenen Wehrstärke Japans.** Er bezeichnet die Lage als **sehr ernst** und sagt: Der japanische General Kiokatau Sato habe die japanische Jugend unter der Parole: **„Unser Feind sind die Vereinigten Staaten von Amerika"** zur Vorbereitung für diesen Krieg angefeuert. Andererseits habe Präsident **Roosevelt** tatsächlich Herriot und Macdonald gelegentlich ihres Besuches gefragt, welche Haltung Frankreich und England bei einem **amerikanisch-japanischen Kriege** einnehmen würden. Amerikanische Sachverständige gäben selbst zu, daß Japan mit seinen Machtmitteln jetzt 25 bis 50 Prozent stärker sei als vor zwei Jahren, teils durch die Rohstoffe der Mandschurei und Jehols.

Nach einem Überblick über die beiderseitigen Flottenstärken und nach einer Schilderung des mutmaßlichen Verlaufs eines Seekrieges, bei dem niemand etwas gewinnen könnte, wirft Martin Sommers die Frage auf: **„Können wir den Krieg vermeiden?"** Er gibt darauf selbst eine Antwort und sagt: Washington müßte hierzu seine Politik gegenüber Japan revidieren und der jungen ostasiatischen Großmacht freimütig „die Rechte" in Freundschaft entgegenstrecken, dabei aber „die Linke" durch Bestehen auf dem Flottenverhältnis 5 : 3 zum Niederschlagen bereit halten, falls eine aufrichtige Freundschaft abgelehnt werde.

Deutsche Erklärungen zur Abrüstungs-Konferenz.

Kommt es endlich wieder zu einer deutsch-englischen Annäherung?

Genf, 7. Oktober. (**Eigene Drahtmeldung.**) Die **Reichsregierung** hat am Freitag der Englischen und Italienischen Regierung in Weiterführung der Abrüstungsverhandlungen ihre Stellungnahme zu den Hauptpunkten übermittelt, wobei es sich keineswegs um neue deutsche Vorschläge, sondern vielmehr um Erläuterung und Präzisierung der deutschen Auffassung handelt. **Der ursprüngliche deutsche Standpunkt ist voll aufrecht erhalten worden, wonach insbesondere Deutschland im Rahmen der Gleichberechtigung die gleichen Verteidigungswaffen erhalten müsse und die Kontrolle nur annehmbar sei, wenn sie gleichmäßig auf alle Anwendung finde.** Vom Inhalt der deutschen Mitteilung ist auch der Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika in Kenntnis gesetzt worden.

Wie von deutscher Seite betont wird, erklärt sich die Überreichung der deutschen Mitteilung in der Abrüstungsfrage an England und Italien damit, daß diese Mächte um eine nähere Erläuterung des deutschen Standpunktes gebeten haben. Von französischer Seite ist dagegen eine derartige Bitte nicht geäußert worden. Gegenüber den irreführenden und entstellenden französischen Mitteilungen wird weiter gesagt, daß Deutschland nach wie vor den Vorschlag von Macdonald als geeignete Verhandlungsgrundlage ansehe.

Simon konferiert.

London, 7. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der englische Außenminister Simon hatte am Freitag Unterredungen mit dem deutschen Geschäftsträger Fürst Bismarck, sowie mit dem Vertreter Italien und Frankmarck, sowie mit dem Vertreter Italiens und Frank-Genf abreisen.

Vier neue evangelische Bischöfe in Preußen

Der Kirchensenat und der Landesbischof der Altpreußischen Landeskirche haben folgende Persönlichkeiten zu Bischöfen berufen:

Oberkonsistorialrat Peter für Magdeburg-Halberstadt (Provinz Sachsen),

Pfarrer Kessel für Königsberg (Provinz Ostpreußen),

Pfarrer Thom für Cammin (Provinz Pommern),

Pfarrer Dr. Oberheid für Köln-Aachen (Rheinprovinz).

Zu Pröpsten wurden ernannt:
Pfarrer Loerzer für die Kurmark,
Pfarrer Otto Eckert (Zossen) für die Neumark,
Superintendent Lic. Grell für die Grenzmark,
Generalsuperintendent D. Lohmann für Westfalen-Süd,

Generalsuperintendent D. Stoltenhoff für Rheinland-Süd und Saar,

Superintendent Jenetzki für Liegnitz.

Der Preußische Kultusminister hat mitgeteilt, daß gegen die berufenen Persönlichkeiten Bedenken politischer Art nicht zu erheben sind.

Die genannten Bischöfe und Pröpste gehören bis auf zwei zu den ältesten Vorkämpfern der Glaubensbewegung „Deutsche Christen". Es steht nur noch die Besetzung der Bistümer Berlin, Breslau, Münster und Merseburg aus; Brandenburg und Danzig sind bekanntlich bereits besetzt.

Bischof Friedrich Peter

ist zu Merseburg am 4. Oktober 1892 geboren. Er machte den Krieg von Anfang bis zu Ende mit und schloß 1921 sein theologisches Studium ab. 1926 wurde er nach Berlin an die Segenskirche berufen. Ein Jahr später trat er als Bundespfarrer in den Ostbund evangelischer Jungmännerbünde ein. Der Glaubensbewegung „Deutsche Christen" gehörte er von Anfang an als einer ihrer Mitbegründer an. Seit kurzem leitet er das amtliche Organ der Deutschen Christen „Das Evangelium im Dritten Reich".

Bischof Friedrich Kessel,

gebürtiger Oberschlesier, steht im 46. Lebensjahr. Wirtschaftliche Gründe nötigten ihn, nach dem Einjährigen das Gymnasium in Brieg zu verlassen und sich drei Jahre hindurch als Bergarbeiter sein Brot zu verdienen. Dann holte er sein Abiturientenexamen nach und studierte Theologie. Bei Kriegsausbruch trat er beim 4. Dragonerregiment ein. Eine Lähmung, die er sich im Frontdienst zuzog, machte ihn kriegsunfähig. Mitte 1917 übernahm er seine erste Pfarrstelle. Nach dem Kriege wirkte er in Südamerika als Seelsorger. Nach Deutschland zurückgekehrt, wurde er 1928 an die Nicolaikirche nach Spandau berufen. Er ist Reichspropagandaleiter der „Deutschen Christen".

Bischof Karl Thom

ist am 20. März 1900 in Deutsch-Eylau geboren. Er entstammt einem alten pommerschen Bauerngeschlecht. Nach Abschluß seines theologischen Studiums wurde er 1924 zum Hilfsprediger ordiniert, seit 1925 ist er als Pfarrer in Pustamin tätig. Als Führer der Glaubensbewegung „Deutsche Christen" in Pommern trat er während der letzten Jahre immer stärker an die Öffentlichkeit. Die pommersche Provinzialsynode wählte ihn im August zu ihrem Präsidenten.

Bischof Dr. Oberheid,

gebürtiger Rheinländer, begann sein theologisches Studium vor dem Kriege. Im Kriege wurde er schwer verwundet. Nach dem Kriege trat er bei Stinnes ein, wo er in leitender Stellung besonderes kaufmännisches Geschick und große Tatkraft zeigte. Jahre hindurch war er Führer eines SA-Sturmes in Hamborn. Nach Stinnes' Tod wurde Dr. Oberheid selbständiger Landwirt. Dann nahm er sein theologisches Studium wieder auf und brachte es im Frühjahr 1933 zum Abschluß. Seitdem ist er Pfarrer in Asbach, einer Gemeinde des Westerwaldes.

Unter den sechs neuernannten Pröpsten gehören Loerzer, Eckert, Grell und Jenetzki zu den Führern der „Deutschen Christen". Propst D. Stoltenhoff war bis zu der Aufhebung des Amtes der Generalsuperintendenten durch die Generalsynode Generalsuperintendent vom Rheinland, Propst D. Lohmann Generalsuperintendent der Provinz Sachsen.

Das Urteil im Hołówko-Mordprozeß.

Sambor, 7. Oktober. (PAT) Am Freitag nachmittag wurde in dem Prozeß gegen die Mittäter an der Ermordung des Abgeordneten Hołówko das Urteil gefällt. Es lautete gegen den Angeklagten Alexander Bunij wegen Teilnahme an dem Morde **auf zehn Jahre** und wegen Hochverrats **auf zwei Jahre Gefängnis.** Diese Strafe wurde zusammengezogen auf zehn Jahre Gefängnis, wobei dem Angeklagten die bürgerlichen und die Ehrenrechte für die gleiche Dauer abgesprochen wurden. Wegen der gleichen Verbrechen wurde der Angeklagte Roman Baranowski **zu zehn Jahren Gefängnis** und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und der dritte Angeklagte Mikołaj Motyka **zu sechs Jahren Gefängnis** verurteilt.

Der Verteidiger Baranowskis hat gegen das Urteil die Kassation angemeldet.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 7. Oktober 1933.

Krakau — 2,71, Zawichost + 2,18, Warschau + 1,03, Plock + 0,71, **Thorn** + 0,72, **Fordon** + 0,74, Culm + 0,67, Graudenz + 0,91, **Kurzebrak** + 1,06, **Pieckel** + 0,30, Dirschau + 0,20, **Einlage** + 2,18, **Schiewenhorst** + 2,42.

Neue Zusammenstöße in Leipzig.

Dimitroff aus dem Saal gewiesen.

Leipzig, 7. Oktober.

In Fortsetzung der gestrigen Verhandlung im Reichstagsbrandprozeß ging der Gerichtshof zu der Anklage gegen die Bulgaren über. Der Angeklagte Dimitroff wird zuerst vernommen. Der Vorsitzende zitiert aus dem in seiner Wohnung gefundenen Material zunächst ein hektographiertes Schriftstück, das von der Inprekor stammt und weist darauf hin, daß die Inprekor wiederholt mit den Gesetzen in Konflikt gekommen sei. Wenn Dimitroff mit der Inprekor in nahen Beziehungen gestanden habe, so sei das als Belastung dafür anzusehen,

daß er selbst in Deutschland auf den Aufstand hingearbeitet habe.

Der Vorsitzende zitiert ein weiteres Schriftstück, das ebenfalls vom 3. März stammt und die Überschrift trägt: „Reichstagsbrandstiftung als nationalsozialistisches Provokateurstück entlarvt." Es stammt von der Pressestelle des Zentralkomitees der KPD in Berlin. Dimitroff erklärt, daß er dieses Schriftstück nie gesehen und besessen habe. Er sei bei den polizeilichen Vernehmungen bis Ende März über dieses Schriftstück auch nie befragt worden und bittet, das polizeiliche Protokoll vom 9. März zu verlesen. Der Vorsitzende zitiert aus diesem Protokoll, daß Dimitroff, nachdem er vorher von der Inprekor gesprochen hat, mit Beziehung auf dieses Stück über den Reichstagsbrand ausgesagt habe, daß es aus der gleichen Quelle stamme.

Dimitroff ruft erregt: Ausgeschlossen! Das vorgelesene Protokoll ist nicht dasselbe, das ich damals gehört habe. Vorsitzender: Kommissar Braschwitz wird darüber als Zeuge vernommen werden. Dimitroff: Bitte! Kriminalkommissar Heisig hat vor einigen Tagen hier vor Gericht unter Eid ausgesagt, daß ich bei meiner ersten polizeilichen Vernehmung ... Der Vorsitzende greift energisch ein und weist Dimitroff darauf hin,

daß dies nicht hierher gehöre und daß er jetzt zu schweigen habe.

Dimitroff spricht trotzdem weiter und bezeichnet die Aussage des Kommissars Heisig als Lüge. Der Vorsitzende verbittet sich energisch die weitere Beleidigung von Beamten und weist den Angeklagten nochmals darauf hin, daß er ihm das Wort verboten habe.

Es folgt dann die Erörterung über einen Reiseführer durch Berlin, der bei Dimitroff gefunden worden ist. Der Vorsitzende stellt fest, daß an der Stelle des Planes von Berlin ein grünes Büchlein gelegen habe. Daraus schließe man, daß das Buch gewissermaßen als Lesezeichen diente.

Auf dem Plan ist das Schloß und das Reichstagsgebäude mit einem Kreuz angezeichnet.

Dimitroff erklärt dazu, daß er den Reiseführer 1929 gekauft hatte. Er behauptete, das grüne Heft nie in den Plan hineingesteckt zu haben und erklärt weiter, daß die Zeichen bei der Kriminalpolizei gemacht worden seien. Der Zeuge Kriminalassistent Kynast, der diese Entdeckung im Reiseplan gemacht hatte, erklärt, er sei seinerzeit sofort bei Entdeckung des Kreuzes am Schloß zum Kommissar Braschwitz gelaufen, um ihm dies zu zeigen. Bei dieser Gelegenheit sei auch das zweite Kreuz an der Stelle des Reichstagsgebäudes entdeckt worden. Der Zeuge betont, daß mehrere Polizeibeamte bei der Entdeckung zugegen gewesen seien.

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß in dem Reiseführer auch die Mittenwalder Straße und die Niederländische Gesandtschaft angekreuzt seien. Dimitroff erklärt, er habe das nicht getan. Vorsitzender: Wenn man annimmt, daß Sie van der Lubbe kennen, so könnte die Möglichkeit bestehen, daß van der Lubbe das Buch gehabt und diese Bezeichnung gemacht hat. Dimitroff erklärt darauf, daß er van der Lubbe nie gesehen habe. Präsident Bünger läßt daraufhin den Angeklagten van der Lubbe eindringlich auf holländisch fragen, ob er diese Kreuze gemacht habe und ob er das Buch überhaupt kenne. Van der Lubbe verneint beide Fragen.

Der Oberreichsanwalt fragt dann Dimitroff, ob das Buch ihm gehöre. Dimitroff antwortet mit der ihm eigenen Frechheit: Ich habe so ein Buch gehabt, ob es aber dieses Buch ist, weiß ich nicht. Dieses Buch ist mir von der Polizei vorgelegt worden, und

für die Polizei übernehme ich keine Garantie.

Der Vorsitzende befiehlt dem Angeklagten energisch zu schweigen und unterbricht die Verhandlung durch eine Pause.

Im weiteren Verlauf der Vernehmung des Angeklagten Dimitroff kam es

zu einem neuen Zwischenfall,

als Dimitroff erneut gegen Beamte Beleidigungen ausstieß. Der Zwischenfall ergab sich, als die Verhandlung auf die Verschlüsselung der Fernsprechanschlüsse in Dimitroffs Notizbuch kam. So ist z. B. der Anschluß von Münzenberg mit A 1, 8243 statt 4382 notiert worden.

Vorsitzender: Geben Sie zu, daß Sie diesen Anschluß umgeschlüsselt haben?

Dimitroff: Ich habe das umgestellt, um es nur selbst zu wissen. Die Polizei hat aber das Richtige nicht herausbekommen. Es ist eine

kolossale Unfähigkeit und Unterständigkeit der Polizei

ans Licht gekommen ... Senatspräsident Dr. Bünger erhebt sich und erklärt: Das Maß ist jetzt voll! Der Senat wird jetzt beraten, ob Sie hinauskommen oder nicht.

Der Senatsbeschluß geht dahin, daß der Angeklagte aus dem Sitzungssaal entfernt wird, weil er den wiederholten Anordnungen des Vorsitzenden, Beleidigungen des Vorsitzenden, Beleidigungen von Beamten zu unterlassen zuwidergehandelt hat.

Dimitroff rief erregt aus: Unerhört! und stieß eine Reihe von unverständlichen Schimpfworten aus, während er von den Beamten ins Gefängnis abgeführt wurde.

Da der Angeklagte während der Voruntersuchung als eifriger Briefschreiber bekannt geworden ist, rechnet man damit, daß sehr bald ein Brief beim Gericht eintreffen wird, in dem Dimitroff um die Möglichkeit bittet, wieder erscheinen zu dürfen.

Nachdem festgestellt ist, daß eine der chiffrierten Telephonnummern, die sich unter den Notizen Dimitroffs befinden, die des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Stöcker gewesen ist, wendet sich das Gericht der

Vernehmung des Angeklagten Popoff

zu. Es werden ihm fünf Quittungen vorgelegt, die von einem gewissen Peter unterzeichnet sind und über insgesamt 303,40 RM. lauten. Sie stammen aus der Zeit vom 17. bis 28. Februar 1933. Popoff erklärt, daß er sich an den Inhalt dieser Quittungen im einzelnen nicht erinnern könne. Peter habe ihm, da er nur wenig Deutsch verstand, oft geholfen bei der Beschaffung von Literatur, die nach Bulgarien geschickt werden sollte. Wer Peter war und wo er wohnte, will Popoff nicht wissen.

Es werden dann weitere Quittungen vorgelegt, die von einem gewissen Bruno unterzeichnet sind und über Beträge in Höhe von 8400 Mark, 300 Dollar und 510 Dollar usw. lauten. Bruno war nach Popoffs Angabe ein deutscher Kaufmann, der im Auftrage der bulgarischen kommunistischen Partei bei Popoff Gelder für die bulgarische kommunistische Partei kassierte. Die Gelder seien von den bulgarischen Emigranten im Ausland gesammelt worden.

Senatspräsident Dr. Bünger weist auf die große Summe hin, die Popoff bei seiner Verhaftung im Besitz hatte, nämlich nicht weniger als 163 Stück 5-Dollar-Scheine.

„Wo hatten Sie das Geld her?"

fragte er.

Popoff: Ich war von meiner Partei beauftragt, mich mit den Emigranten im Ausland in Verbindung zu setzen, teils wegen der Amnestiefrage, teils wegen Geldsammlungen für die Partei. Es waren Fonds für die Partei zur Unterstützung der Jugend, der Gefangenen usw. geschaffen.

Vors.: Sie hatten also soviel Geld bei sich, nachdem Sie kurz vorher große Summen wie 8400 Mark, 300 und andere Beträge ausgezahlt hatten, und das in einer Zeit, in der die Welt nicht gerade an Geldüberfluß leidet. Sie haben auch Beträge besessen, über die Sie anscheinend gar keine besondere Rechenschaft abzulegen brauchten.

Popoff: Ich habe nur im Auftrage meiner Partei gehandelt. Ich habe auch ganz genaue Abrechnung der Partei gegenüber vorgenommen.

Weiter wird dem Angeklagten ein Zettel vorgehalten, der eine ganze Anzahl meist militärischer Ausdrücke enthält, und zwar in Bulgarisch und Deutsch. Es finden sich dort Worte wie: „Stellungskrieg, Kerntruppen, Regiment, täuschen, zaudern, Unterbindung, Anschauungsunterricht." Popoff erklärt diese Notizen mit seinen Bemühungen, die deutsche Sprache zu erlernen. Er habe die einzelnen Wörter aus Zeitungen entnommen, die über die Genfer Abrüstungskonferenz berichtet hätten.

Landgerichtsdirektor Parrisius weist auf die auffällige Tatsache hin, daß die Quittungen erst aus einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum vor dem Reichstagsbrand stammen und zwar vom 14. Februar ab, obwohl Popoff doch schon seit Anfang November 1932 in Berlin gewesen ist. Auffallend sei ferner, daß Zahlungen Popoffs an Bruno und Peter

unmittelbar vor dem Reichstagsbrand

erfolgten, obwohl er sich schon seit November vorigen Jahres in Berlin aufhielt. Popoff wendet ein, daß er auch nach dem Reichstagsbrand noch Zahlungen geleistet habe, was aus den beschlagnahmten Ausgabebüchern hervorgehe. Die Feststellung, daß auch am 1. März noch einmal eine Zahlung erfolgte, änderte jedoch nichts daran, daß die Zahlungen erst Mitte Februar begonnen haben.

Landgerichtsdirektor Parrisius weist weiter auf die Widersprüche in den Angaben Popoffs bezüglich der Geldbeträge hin.

Popoff erklärt, er habe

im Anfang die Unwahrheit gesagt,

weil er verheimlichen wollte, daß er aus Moskau nach Deutschland gekommen war. Er habe die Auslieferung an Bulgarien befürchtet.

Damit wird die Verhandlung geschlossen und auf **Sonnabend 9.30 Uhr vertagt.**

Winterhilfe!

Jeder muß Opfer bringen. Nicht nur vom Überschuß soll gegeben werden. Sondern dort wird es zur größten Tat, wo ein persönliches Verzichtleisten zugunsten der Notleidenden damit verbunden ist. Das muß wie ein unsichtbares Band werden, welches alle Kreise umfaßt, sie zusammenführt und eines werden läßt in dem großen Werk. Darin liegt etwas völlig Neues, der neue Geist, der uns bewegt. In der gemeinsamen Sorge um jedes Glied unserer Gemeinschaft kommt erst unsere Volksverbundenheit zum Ausdruck. **Durch die Winterhilfe zur Volksgemeinschaft!** Kein wahrer deutscher Volksgenosse darf sich deshalb ausschließen.

Deutscher Bauer und Landwirt! An Dich richtet sich das Gebot, Spenden von Lebensmitteln aller Art zur Verfügung zu stellen. Auf dem Lande werden sich in vielen Kreisen aus dem Spendenwerk Überschüsse ergeben, wenn jeder nach seinem besten Können beisteuert. Dann erinnert Euch der Städte, in denen die Not im allgemeinen viel größer zu sein pflegt. Sammelstellen sind allerorten eingerichtet worden, wo Gaben angenommen werden, um sie einer richtigen Verwendung zuzuführen. Es können sich auch mehrere Nachbarn einer Gemeinde zu einer Sammelsendung zusammenschließen. Der Möglichkeiten gibt es viele. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!

Deutscher Städter, Gewerbetreibender, Kaufmann, Handwerker! In Deiner Nähe spielt sich das größte Elend ab. Familienväter, seit langem ohne Arbeit, können nicht mehr ihre Frauen und Kinder ernähren. Man friert und hungert in den Stuben. Kinder sind unterernährt. Ein Beispiel: In einer Bromberger deutschen Volksschule kommen von 700 Kindern ca. 120 heute noch barfuß in die Schule, weil die Eltern keine Mittel haben, um Schuhe und Strümpfe anzuschaffen. Von den 700 Kindern sind ca. 250, deren Väter schon seit Jahren arbeitslos sind. Dort ist Nachwuchs in Gefahr! Deshalb mußt Du geben, wenn auch selbst die Schwere der Zeit bei Dir nicht spurlos vorübergegangen ist. Auch aus Wenigem wird ein Vieles. Jeder gebe, was er zu geben in der Lage ist. Sei bereit, wenn die Aufforderung persönlich an Dich herantritt. Aber auch freiwillig tritt hervor. Schließt die Reihen zu einer großen Notgemeinschaft!

Aus Deutschland kommt die Kunde von einem Winterhilfswerk bisher unbekannten Ausmaßes. Mit Bewunderung lesen wir von dem eisernen Willen, der hinter diesem allen steht. Aber auch wir haben die Möglichkeit und die Pflicht, in unserem kleinen Kreise ebenso tatkräftig zu handeln. Kein deutscher Volksgenosse unserer engeren Heimat soll in diesem Winter frieren oder Hunger leiden. Dazu muß jeder beitragen. Und nur der ist es wert, dieser Volksgemeinschaft zugerechnet zu werden, der seinen Teil zu diesem Werke fortlaufend beisteuert. Das ist wahrer Sozialismus, volksverbundener Sozialismus. Wer das erkannt hat und danach handelt, ist von unserem Geist, gehört zu uns.

Zum großen Erntedanktag wurde erstmalig allgemein das sogenannte Eintopfgericht in deutschen Kreisen eingeführt. Ein äußeres Merkmal innerer Zusammengehörigkeit. Sicher ist in vielen Familien dieser Brauch der Not gehorchend schon früher geübt worden. Er soll jetzt aber mehr symbolisch gelten, als gelegentlicher Verzicht auf den Genuß einer Sache, die einem lieb und gewohnt geworden war. Das Eintopfgericht an einem Tage in allen Familien, dann wird es von besonderer Bedeutung durch die Gemeinsamkeit. Man sollte sich auch an diesen Tagen in deutschen Lokalen treffen, die Eintopfgerichte führen zu dem üblichen Preis. Der Überschuß geht an die Winterhilfe. Die Familen werden dadurch zusammengeführt. Man fühlt sich verbunden.

So ergeht der Ruf der deutschen Winterhilfe an alle. Scheinbar der alte, und doch in vielem so anders, so neu, durch den erwachenden Geist, der uns beseelt. Kein Zwang, keine Last mehr, sondern eine **befreiende Tat**, die man freudig bejaht.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 7. Oktober.

Bewölkt mit etwas Regen.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Bewölkung mit etwas Regen bei niedrigeren Temperaturen und mäßigen westlichen Winden an.

Satire und Humor?

In **Posen** hat dieser Tage vor dem Kreisgericht ein Beleidigungsprozeß stattgefunden, der dort als eine Art lokaler Sensation empfunden wurde; denn der Gerichtssaal war überfüllt von Zuhörern, und eine Menge Neugieriger, die keinen Einlaß erhielten, standen vor der Tür und erwarteten mit Spannung das Ergebnis der Verhandlung. Angeklagt war, wie der „Kurj. Pozn." berichtet, der „bekannte akademische Satiriker" Tadeusz Hernes, der sich am 8. März d. J. mit einem diensttuenden Polizeibeamten auf der Straße einen „geistreichen Scherz" erlaubt hatte. Er fragte den Beamten nämlich in gesucht höflicher Form, „ob es in der Fastenzeit erlaubt sei, ein Schwein zu verhaften, und ob man ein solches Schwein schlachten und (— scil. in der Fastenzeit) essen dürfe". In der Verhandlung selbst bat der gute Mann den Richter, er möchte ihm mitteilen, ob es wahr sei, daß ein Schwein verhaftet worden sei, und wenn dem so wäre, ob man ein Schwein verhaften kann. Sodann schilderte er den Vorfall mit dem Polizisten, von dem er sich nach erhaltener Auskunft höflich verabschiedet hätte. Inzwischen hatte sich der Polizeibeamte wohl darauf besonnen, daß der „bekannte akademische Satiriker" sich mit ihm das erlaubt hätte, was man in Österreich mit „frozzeln" bezeichnet; er ging dem Fragesteller nach und sagte ihm: „Sie kommen mit!" (nämlich zur Wache.) Was der „bekannte Satiriker" denn auch tat.

In der Verhandlung schilderte der Polizist den Vorfall wie der Angeklagte, der sein Fragespiel mit dem Zeugen in der „geistreichen" Form fortsetzte. Der Verteidiger ließ alle Register seines juristischen Rüstzeugs zugunsten seines Klienten spielen und erwähnte u. a., daß die englische Polizei, die kulturell am höchsten stehe, auf Scherze (nota bene: auf gute Scherze) mit Scherzen reagiere, und daß sie sich deshalb allgemeiner Sympathie erfreue. Im übrigen fehle dem Verhalten des Angeklagten jedes Kriterium der Unanständigkeit, was der § 128 des Strafgesetzbuches erfordere.

In dem „Letzten Wort", das dem Angeklagten zusteht, soll dieser, wie ihm der „Kurj. Pozn." bescheinigt, zeitweilig humoristisch gewesen sein; er meinte, er erinnere sich nicht, jemals jemanden irgendwo beleidigt zu haben; wenn ihm hier Beleidigung vorgeworfen werde, so läge das vielleicht daran, daß das Objekt ein Schwein sei, ein Tier, das sich mit Unrecht keines guten Rufes erfreue. Wenn ein anderes Haustier verhaftet worden wäre, z. B. eine Kuh, so wäre sicherlich keine Beleidigung vorhanden gewesen. Das Gericht sprach nach längerer Beratung den „bekannten Satiriker" von Schuld und Strafe frei und legte die Kosten der Staatskasse auf.

Wir teilen den „sensationellen Prozeßfall" hier mit in der Erwartung, daß irgend jemand von unseren Lesern die „Satire" und den „Humor", der in der Sache stecken soll, ausfindig macht. Wir selbst haben danach vergeblich gesucht.

§ **Die freiwillige Besteuerung der Bevölkerung** der Stadt Bromberg zugunsten der Arbeitslosen hat im Laufe des Monats September die Gesamtsumme von 3883,60 Złoty ergeben. Diese Summe wurde für Notstandsarbeien verwandt. Das Arbeitslosenhilfskomitee dankt den Spendern für ihre Gaben und wendet sich mit der Bitte um weitere Unterstützung an die Bevölkerung.

Der Herbst.

So komm, du wilder West,
und sing geheimnisvoll und runenkundig
in meinen Kiefern und Wacholderbüschen
das uralt düst're Jahreslied des Todes!
Und reiß aus meinem Herz des Sommers Freuden,
reiß sie gleich müd gewordenen Blättern ab,
auf daß mein Fuß sie raschelnd von sich stoße.
So wie von jenem Ahorn taumelnd dort
die schwarzgefleckten Blätter landwärts wirbeln,
laß all des Sommers gaukelnde Gestalten
zu krausen Scharen windgewiegt
ins graue Land Vergessenheit hinflattern!
Und dann, o West, o wilder West,
saug aus des Weltmeers weitgeebbten Brüsten
dir Sturmeskräfte hoch und schleud're mich
hohnlachend jenen Spukgestalten nach
und brause, laut aus vollen Lungen tobend,
über das Sommerglück, das du zerstört!

Gustav Sack,
gefallen am 5. Dezember 1916
bei Finta Mare in Rumänien.

§ **Im Kino Kristall** läuft seit gestern wieder einmal ein Großfilm, der seines Erfolges sicher ist: Jan Kiepura singt „Ein Lied für Dich". Der hervorragende Sänger im Rahmen einer heiteren und ungemein anregenden Handlung hat dem Film auch in Bromberg die Aufnahme gesichert, die ihm überall in der Welt zulei wurde. Die musikalische Leitung hat Willi Schmidt-Genter, während die Regie John May führt. Ganz nebenbei sei erwähnt, daß wir es mit einem Allianz-Ufa-Film zu tun haben.

§ **Zu einem schweren Zusammenstoß** zwischen einem Lastautomobil und einem Güterzug kam es gestern morgen in Karlsdorf. Das Lastauto der Vistula fuhr auf der Chaussee nach Fordon, als ein Güterzug die Uferbahn des Lloyd Bydgoski benutzte und die Chaussee überquerte. Der Chauffeur des Lastautos konnte seinen Wagen nicht mehr zum Halten bringen. Der Wagen fuhr mit voller Kraft gegen den Güterzug und warf einen der leeren Waggons aus den Schienen. Das Auto wurde schwer beschädigt. Personen kamen nicht zu Schaden, da es dem Autolenker im letzten Augenblick gelungen war, abzuspringen, ohne Schaden zu nehmen.

§ **Von einem Auto angefahren** wurde beim Überqueren des Theaterplatzes der 79jährige Marjan Koscierski von hier, Boiestraße (Wilenska) 42. Der alte Mann trug zum Glück nur eine leichte Verletzung am Kopf davon und konnte nach Anlegung eines Notverbandes im Städtischen Krankenhause wieder nach Hause entlassen werden.

§ **Ein Verkehrsunfall** ereignete sich gestern abend auf der Chausseestraße. Ein Radfahrer fuhr auf der genannten Straße ein 5jähriges Mädchen um, das einen Beinbruch erliten hat.

§ **In einem blutigen Streit** kam es am Freitag vormittag im Hause Thornerstraße 268 zwischen einem Ehepaar. Im Verlaufe des Streites, der bald in eine Schlägerei ausartete, wurde die Frau nicht unerheblich am Kopf verletzt, so daß sie in das Städtische Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

§ **Der heutige Wochenmarkt** war recht stark besucht. Für Buttere forderte man zwischen 10 und ½11 Uhr 1,60—1,70, Eier 1,50—1,60, Weißkäse 0,20—0,25, Tilsiterkäse 1,20—1,50. Die Gemüse- und Obstpreise waren wie folgt: Weißkohl 0,07, Rotkohl 0,15, Rosenkohl 0,40, Blumenkohl 0,40—0,60, Bohnen 0,15, Mohrrüben, Rote Rüben, Zwiebeln 0,10, Tomaten 0,10—0,15, Äpfel 0,20—0,40, Birnen 0,20—0,30, Pflaumen 0,45—0,50. Für Geflügel zahlte man: Enten 2,50—3,50, Gänse 5—6,00, Hühner 2—3,50, Tauben 0,60. Für Fleisch zahlte man: Speck 0,80—0,90, Schweinefleisch 0,60—0,80, Rindfleisch 0,60—0,80, Kalbfleisch 0,70—0,80, Hammelfleisch 0,70—0,80. Der Fischmarkt lieferte Aale zu 1,20—1,50, Hechte 1—1,40, Plötze 0,40—0,50, Bressen 0,40—0,80, Karauschen 1—1,50.

*

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Christuskirchenchor. Sonntag um 4 Uhr Gemütliches Beisammensein in der Loge. (3503

H. F. V. Montag: 1. Strickabend, Goethestraße 2, I. (7129

Freundinnen-Verein. Montag, den 9. d. M., Mitgliederzusammenkunft nachm. 4 Uhr im Zivilkasino. (3510

Morgen, Sonntag, d. 8. d. M., 6 Uhr, in der Evangelischen Pfarrkirche, Vortragsabend der Orgelklasse Georg Jaedeke. Eintritt frei. 7076

□ **Crone** (Koronowo), 6. Oktober. Auf dem letzten Wochenmarkte brachte Butter 1,50—1,60, Eier kosteten 1,50—1,60 die Mandel, Gänse 5,50—7 das Stück, Kartoffeln 1,40—1,60 der Zentner. Mastschweine brachten 44—50 Złoty der Zentner, Baconschweine 40—41 der Zentner, Absatzferkel 18—28 Złoty das Paar.

Ein Einbruch wurde bei dem Besitzer Kempa in Abbau Crone verübt. Den Tätern fielen 300 Złoty und fast sämtliche Wäsche und Bekleidungsstücke in die Hände.

k **Kreis Czarnikau** (Czarnków), 7. Oktober. **Die Gemeinde Romannshof (Romanowo) hatte nach dreijähriger Klage ein Räumungsurteil gegen den im Armenhause wohnenden Franzkowiak erwirkt. Nachdem der Gerichtsvollzieher mit einigen Gendarmen vergeblich versucht hatten, den Verurteilten mit seiner Familie zu exmittieren, alarmierte der Ortsschulze abends die Feuerwehr, erst als diese die Scheiben eingestoßen und die Wohnung unter Wasser gesetzt hatte, gelang es, die Familie aus dem Hause zu entfernen.**

oo **Debenke** (Dębionek), Kreis Wirsitz, 6. Oktober. Feuer entstand aus bisher unermittelter Ursache am Montag auf dem Gehöft des Gemeindevorstehers Isidor Kowalski, durch welches ein Anbau niederbrannte. Es sind über 50 Hühner, Puten und Gärse sowie Brennmaterial mitverbrannt. Der Stall konnte rechtzeitig gerettet werden. — Feuer vernichtete am Donnerstag nachmittag die Gemeinde-Scheune. Die Eigentümer waren auf dem Felde beschäftigt und konnten vom Vieh nichts mehr retten. Durch schnelles Eingreifen der Feuerwehr wurde verhütet, daß das Feuer auf die Nachbargehöfte übergriff.

q **Gnesen** (Gniezno), 6. Oktober. Gestohlen wurden dem Besitzer Bogucki aus Moraczewo aus dem Hause ein Anzug und eine Uhr; die Diebe waren durch das Fenster in das Wohnhaus gelangt. — Ferner wurden bei Witkowski in Lettberg zwei Fahrräder, ein Pelz, Hemden, ein Anzug und Hosen gestohlen. — Schließlich wurde ein Einbruch bei dem Gastwirt Brause in Pustachowo verübt. Hier suchten die Diebe nach Geld in der Kasse, da sie keins fanden, zerrissen sie Wertpapiere, welche in der Kasse aufbewahrt waren. Man konnte jedoch die Täter festnehmen.

+ **Lissa** (Leszno), 6. Oktober. Infolge Funkenauswurfs aus dem Schornstein entstand in der Wirtschaft des Landwirts Idziak in Jabłonna, Kreis Lissa, ein Feuer, das den Stall ganz und einen Teil des Wohnhauses mit verschiedenem Gerät einäscherte. — Ein zweiter Brand brach in Zaborowo, Kreis Lissa, aus. Während der Besitzer, Herr Klimpel, mit der Frau auf dem Felde arbeitete, geriet auf bisher ungeklärte Weise ein vor dem Ofen stehender Abfallkasten mit Inhalt in Brand. Ein vorbeigehender Arbeiter, durch das Schreien der im Hause eingeschlossenen kleinen Kinder aufmerksam gemacht, schlug eine Fensterscheibe ein und löschte den Brand schnell, so daß kein größerer Schaden entstehen konnte.

& **Posen**, 6. Oktober. Aus Verzweiflung über seine wirtschaftliche Notlage hat gestern der Schuhmacher Jan Koperek in seiner Wohnung Bahnstraße 39 Selbstmord verübt, indem er sich an einer Türklinke erhängte.

Als Kautionsschwindler festgenommen wurde der in der fr. Alleestraße 8 wohnhafte Anton Kulamczak. Er suchte für eine angeblich in der fr. Bismarck- bzw. St. Martinstraße zu errichtende Waschanstalt Personal und nahm den arbeitslosen Bewerbern und Bewerberinnen Kautionen in beliebiger Höhe ab. Zu spät dämmerte den Bedauernswerten die Erkenntnis, daß sie einem Erzschwindler zum Opfer gefallen, dessen gefährlicher Tätigkeit durch seine Verhaftung ein Ende gemacht wurde. — Als Kümmelblättchenspieler wurde der in der fr. Blücherstraße Nr. 10 wohnhafte Arbeiter Stefan Wichtowski festgenommen.

ss **Znin**, 6. Oktober. In der letzten Stadtverordnetensitzung berichtete Direktor Szymański über den Abschluß des Haushaltsjahres 1932/33. Die einzelnen Budgets weisen folgende Zahlen auf: 1. Administration 315 826,65 Złoty Einnahmen, 311 280,50 Złoty Ausgaben, 4546,15 Złoty Überschuß; 2. Elektrizitätswerk 42 843,38 Złoty Einnahmen, 37 820,70 Złoty Ausgaben, 5022,68 Złoty Überschuß; 3. Wasserleitung 22 626,88 Złoty Einnahmen, 19 099,28 Złoty Ausgaben, 3529,60 Złoty Überschuß; 4. Schlachthaus 26 854,55 Złoty Einnahmen, 26 735,98 Złoty Ausgaben, 118,57 Überschuß; 5. Gasanstalt 80 793,79 Złoty Einnahmen, 76 317,62 Złoty Ausgaben, 4476,17 Złoty Überschuß. Darauf erstattete Stadtv. Schmidt Bericht über die Stadtkassenrevision. Eine längere Aussprache rief die Angelegenheit des Kommunalzuschlages zu den staatlichen Steuern für Alkohol- und Spirituserzeugnisse sowie für die Patente zum Verkauf derselben hervor. Beschlossen wurde, in beiden Fällen 100 Prozent Kommunalabgabe zu erheben.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: i. V. Marian Hepke; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 16 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 231.

Heute: „Illustrierte Weltschau" Nr. 41. 40

Pommerellen.

7. Oktober.

Graudenz (Grudziądz).

Die diesjährige Ernte in Pommerellen.

Nach dem letzten Monatsbericht der Landwirtschaftskammer hat die 1933er Ernte in der Wojewodschaft Pommerellen durchschnittlich Erträge: Weizen 21,9, Roggen 17,7, Gerste 22,4, Hafer 20,1 Doppelzentner pro Hektar. Mit dem Vorjahre verglichen, erhält man das Ergebnis, daß die diesjährige Ernte quantitativ besser ist beim Weizen um 20, beim Roggen um 5, bei der Gerste um 15, beim Hafer um 5 Prozent. Der Ertrag der Obsternte war im allgemeinen schwach, der Gemüseernte mittel (außer bei den Tomaten, deren es reichlich gab).

Leider waren die Getreidepreise im Laufe des Monats September völlig unlohnend. Im Vergleich zum Durchschnitt des August haben sich diese Preise im allgemeinen nicht geändert, abgesehen vom Hafer, der eine stärkere Preisbesserung zeigte. Auf dem Markt für Viehzuchtprodukte läßt sich weiterhin eine erhebliche Preiserhöhung beobachten, die bereits im Vormonat ersichtlich war. Lediglich für Schweine war die Tendenz in der letzten Woche abgeschwächt.

Was die allgemeine Lage der Landwirtschaft anbetrifft, so muß festgestellt werden, daß diese sich gar nicht gebessert hat. *

Neue Grabschändungen in Konitz.

* **Konitz** (Chojnice), 6. Oktober. Auf dem hiesigen evangelischen Kirchhof hat man wieder eine Schändung festgestellt und zwar wurden zwei Grabstellen einer bekannten deutschen Familie heimgesucht. Die Tafeln, die auf einem Postament befestigt sind, wurden samt diesem umgeworfen, wobei die eine in Trümmer ging.

Dabei sei daran erinnert, daß die Polizei die Täter der letzten größeren Schändung noch nicht ermittelt hat. Mit Besorgnis fragt sich deshalb die deutsch-evangelische Bevölkerung, wann endlich dem wüsten Treiben auf dem Friedhof ein Ende bereitet wird.

× **Apotheken-Nacht- und Sonntagsdienst.** In der Zeit von Sonnabend, 7. Oktober, bis einschließlich Freitag, 13. Oktober, haben Nacht- und Sonntagsdienst die Kronen-Apotheke (Apteka pod Koroną), Marienwerderstr., sowie die Stern-Apotheke (Apteka pod Gwiazdą), Culmerstraße (Chełmińska). *

× **Gesamtergebnis der Anleihezeichnung in Graudenz.** Nach den aus zuständiger Quelle gegebenen Mitteilungen beträgt die für die innere Staatsanleihe in unserer Stadt insgesamt gezeichnete Summe 1 327 884 Złoty. *

× **Revision von Bäckereien.** Die Gesundheitskommission besuchte am Donnerstag eine Anzahl Bäckereien und nahm eine Prüfung ihrer hygienischen Verhältnisse vor. Die Kommission bestand aus den Herren Nogowski, dem Vorsitzenden des Pommerellischen Handwerkerverbandes, Obermeister der Bäckerinnung Zajączkowski und Zieliński als Vertreter der Stadtverwaltung. *

× **Wegen wissentlich falscher Anschuldigung** hatte sich vor der hiesigen Strafkammer der Techniker Adolf Ilka, der sich auch mit astrologischen Voraussagungen befaßt, zu verantworten. I. erstattete s. Zt. gegen seine Ehefrau, von der er getrennt lebt, bei der Kriminalpolizei eine Strafanzeige. Die Untersuchung ergab aber für die strafrechtliche Verfolgung der Frau keine begründete Handhabe, so daß von einer weiteren Behandlung der Angelegenheit abgesehen wurde. Das verübelte der Angeklagte dem damaligen Vorsteher der Kriminalpolizei, Aspiranten Kreft, und beschuldigte ihn der Parteilichkeit bei Ausübung seiner Pflichten. Die Verhandlung ergab aber die gänzliche Grundlosigkeit der Ilkaschen Angriffe, und so ahndete denn das Gericht die Handlungsweise des Angeklagten mit 2 Monaten Arrest, billigte ihm jedoch eine dreijährige Bewährungsfrist zu. *

× **Skelettfund.** Bei der Herstellung des Grabens zur Lagerung der Kabel für die elektrische Leitung in der Speicherstraße (nahe dem Marktplatze) stießen die Arbeiter in 60 Zentimeter Tiefe auf ein menschliches Skelett, dessen Knochen nach verschiedenen Richtungen von einander getrennt lagen. Das Aussehen und die Beschaffenheit der Knochen weisen darauf hin, daß es sich hier um die Überreste einer Leiche handelt, die schon vor sehr langer Zeit — man vermutet etwa vor anderthalb Jahrhunderten — der Erde einverleibt worden ist. Der Fund wurde der Polizei übergeben. *

× **Feiner Reisevertreter.** Ein gewisser Wolf Förster aus Warschau, Akquisiteur der Firma „Pestalozzi" daselbst, bereiste des öfteren auch unsere Gegend und verkaufte Schulutensilien. Er machte, da die Firma amtlicherseits Empfehlungen besaß, gute Geschäfte. In Graudenz fungierte F. unter dem Namen Buchbinder und besuchte in erster Linie die hiesige Lehrerschaft, wobei er sich auf das Schulinspektorat berief. Er erhielt denn auch eine ganze Anzahl Bestellungen, auf die er zugleich Anzahlungen entgegennahm, die nicht den Betrag von 5 Prozent überschreiten sollten. F. jedoch nahm bis 60 Prozent, wobei er auf den Bestellungsformularen nur 5 Prozent notierte. Den Restteil ließ er in seiner Tasche verschwinden. Diese Manipulationen glückten solange, bis die Firma die Ware nebst Rechnung den Bestellern übersandte. Hinter dem unredlichen Vertreter, der ebenfalls in anderen Orten (Thorn, Bromberg, Włocławek usw.) solche famosen Aktionen durchgeführt hat, wurde ein Steckbrief erlassen. In Graudenz nahm ihn die Polizei dann fest. — Vielleicht ist der Fall geeignet, manchen die Augen darüber zu öffnen, daß man bei ortsansässigen Firmen ebenso gut bedient wird wie bei auswärtigen, aber ohne Gefahr zu laufen, betrogen zu werden. *

× **Der letzte Pferde- und Viehmarkt** war nur ganz mäßig beschickt. Das Angebot in Pferden war gering. Luxuspferde konnte man überhaupt nicht bemerken. Einige hiesige und fremde Händler hatten Koppeln gestellt, die aber nur wenige bessere Gebrauchspferde aufwiesen. In der Hauptsache wurden Preise bis zu 300 Złoty gezahlt, für schlechtere Tiere solche von 100—200 Złoty. Klepper, die reichlich vorhanden waren, gingen zu den niedrigsten Preisen fort. In Rindvieh war das Angebot noch erheblich geringer. Beste Milchkühe und hochtragende Tiere erzielten bis zu 300 Złoty. Die Hauptpreislagen bewegten sich zwischen 100—220 Złoty. Aber auch bedeutend billigere Tiere waren zu haben. Händler konnte man nicht beobachten. In Rindvieh machte sich eine steigende Preistendenz bemerkbar. *

Thorn (Toruń).

v **Der Wasserstand der Weichsel** erfuhr gegen den Vortag eine weitere Abnahme um 7 Zentimeter und betrug Freitag früh bei Thorn 0,78 Meter über Normal. — Die Passagierdampfer „Mickiewicz" und „Fredro" passierten die Stadt auf der Fahrt von der Hauptstadt nach Danzig, „Jagiełło" und „Bajka" auf der Bergfahrt von Danzig bzw. Dirschau nach Warschau. Aus Warschau kommend trafen hier ein Schlepper „Goniec", „Lubecki" mit vier Kähnen und „Szopen" mit einem Kahn, aus Danzig Schlepper „Wanda" mit zwei mit Kopra und einem mit Stückgütern beladenen Kahn, sowie „Warszawa" mit drei beladenen Kähnen. Von Thorn liefen aus: Schlepper „Krakus", „Minister Lubecki" mit zwei Kähnen, „Gdańsk" mit drei Kähnen, sowie Schlepper „Lubecki" mit zwei mit Zucker und zwei mit Stückgütern beladenen Kähnen nach Warschau, ferner „Konarski" und „Warszawa" mit je zwei beladenen Kähnen nach Danzig. **

* **Der Gesundheitszustand des Wojewoden** von Pommerellen Stefan Kirtiklis hat sich inzwischen so weit gebessert, daß der Herr Wojewode am kommenden Sonntag nach Thorn zurückzukehren beabsichtigt. **

* **Die Zeichnungen auf die innere Staatsanleihe** haben in Thorn die Summe von über zwei und einer halben Million Złoty erreicht. In dieser Summe sind die von den Beamten und dem Militär gezeichneten Beträge mit enthalten. **

v. **Bevölkerungsbewegung im 3. Quartal.** Die Einwohnerzahl der Stadt Thorn betrug am 1. Juli d. J. 56 833 Seelen. Im 3. Quartal wurden 382 Geburten registriert, davon 200 im Juli, 82 im August und 100 im September. Die Zahl der Todesfälle betrug im gleichen Zeitraum 122 (36 im Juli, 38 im August, 48 im September). Das Thorner Meldeamt registrierte in den Monaten Juli, August und September 6755 Anmeldungen und 4953 Abmeldungen, was einer Bevölkerungszunahme um 1802 Personen oder um ca. 3,15 Prozent entspricht. Am 30. September d. J. zählte Thorn 58 635 Einwohner. **

v **Ehrlicher Finder.** Der Chauffeur der Autodroschke 41, Adam Toczek, lieferte bei der Polizei eine verschiedene Papiere enthaltende lederne Aktentasche ab, die ein Passagier in seinem Auto zurückließ. Der rechtmäßige Eigentümer kann die Aktentasche im Fundbureau des Magistrats in Empfang nehmen. **

v **Einbrecher** erbeuteten aus den an der Uferbahn befindlichen Lagerschuppen der Firma „Kopra" drei Zentner Koks. **

ǂ **Zwei Einbruchsdiebstähle,** sechs gewöhnliche Diebstähle, eine Unterschlagung und zwei Betrugsfälle zählt der Donnerstagsbericht der Polizei auf. Außerdem wurden neun Protokolle wegen Übertretung verschiedener polizeilicher Verwaltungsvorschriften, eins wegen Zuwiderhandlung gegen handelsadministrative Bestimmungen und eins wegen illegalen Alkoholausschanks aufgenommen. — Wegen Widerstandes gegen die Polizei wurde eine Person verhaftet. Eine Person wurde wegen versuchten Taschendiebstahls und zwei andere wegen Schwarzfahrt auf der Eisenbahn dem Burggericht zugeführt. Wegen Herumtreibens auf eisenbahn-fiskalischem Gebiet bzw. wegen Irreführung der Behörden wurden zwei bzw. eine Person arretiert und der Burgstarostei übergeben. Zwei Personen wurden wegen Trunkenheit zur Wache gebracht, nach erfolgter Ausnüchterung aber wieder entlassen. **

v. **Diebstahlschronik.** Aus der Wohnung von Stefan Maliński, ul. Mickiewicza 20, verschwanden Herrenanzüge im Werte von ca. 150 Złoty. — Ignatz Górny aus Thornisch Papau wurden von unerkannt entkommenen Tätern drei Hühner „enteignet". **

ǂ **Marktbericht.** Bei schönem Herbstwetter herrschte am Freitag auf dem Hauptwochenmarkt lebhaftes Treiben. Für einzelne Artikel machte sich ein geringes Anziehen der Preise bemerkbar. Man notierte: Eier 1,30—1,50, Butter 1,40—1,80, saure Sahne pro Liter 1,20—1,50, Glumse pro Stück 0,20—0,40, Kochkäse 0,30—0,60, Honig 1,20—1,40, Pflaumenkreude 0,50—0,70; junge Hühnchen pro Paar 2,00—3,50, Suppenhühner pro Stück 2,00—3,50, Enten 2,00—4,00, Gänse 5,00—7,00, Tauben 0,40—0,80; Rehfüßchen pro Maß ,15, Reitzker pro Mandel 0,60—0,80, Steinpilze pro Mandel 1,00; blaue Pflaumen 0,30—0,40, Äpfel 0,10—0,40, Birnen 0,15—0,50, Pfirsiche 0,35—0,50, Weintrauben 0,50—0,70, Walnüsse 1,00, Bananen pro Stück 0,15—0,40, Zitronen pro Stück 0,10—0,15; Kartoffeln pfundweise 0,03—0,04, Rot-, Weiß- und Wirsingkohl wie bisher, Kohlrabi pro Bund 0,15—0,20, Blumenkohl (besonders viel) wie bisher, grüne Bohnen 0,10—0,20, gelbe Bohnen 0,20 bis 0,30, Kürbis pro Kilo 0,15, rote Rüben 3 Pfund 0,25, Mohrrüben 0,10, Karotten 0,15, Tomaten 0,05—0,25, Zwiebeln 0,10, Spinat 0,20, Meerrettich 0,15, Salat pro Kopf 0,05—0,10, Radieschen 3 Bund 0,20 usw. — Auf dem Fischmarkt auf der Neustadt notierte man: Zander 1,40, Barbinen 1,20, Zärten 1,00, Hechte 0,90—1,00, kleine Aale 0,60—0,80, Bressen und Karauschen 0,40—0,60, Barsche 0,35, Krebse pro Mandel 0,60, große Krebse pro Stück 0,30, Salzheringe pro Stück 0,07—0,15 Złoty usw. — Die Gärtner hatten große Bestände an bunten Herbstblumen aller Art vorrätig, die gern gekauft wurden. **

Regulierung des Montauflußbettes.

Der Deichverband der Schwetz-Neuenburger Niederung ist an die Regulierung des Bettes des Montauflüßchens herangetreten. Diese Verbesserung des Flußbettes der Montau ist eine dringende Notwendigkeit, da die letzte Regulierung bereits mehr als drei Jahrzehnte zurückliegt. *

---

ef. **Briesen** (Wąbrzeżno), 6. Oktober. **Unbekannte Täter** drangen in den Pferdestall des Dekans **Spitza** in Loberau ein und stahlen zwei Kutschpferde.

Ihrem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht hat eine 58jährige Witwe in Mittwalde. Der Beweggrund zu dieser Tat soll in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu suchen sein.

tz. **Konitz** (Chojnice), 6. Oktober. Der Verein Selbständiger Kaufleute hielt gestern im Hotel Engel seine Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende gab bekannt, daß er zu einer Versammlung eingeladen war, in der das Komitee für den Kreis Konitz zur Zeichnung der Staatsanleihe gewählt wurde. Er führte aus, daß gerade die deutsche Bevölkerung unserer Stadt sich stark an der Zeichnung beteiligt und damit bewiesen habe, daß sie loyal ihren Pflichten dem Staate gegenüber nachkomme. Sie hätte dann aber auch das Recht, vom Staat und von den Behörden als vollwertige Bürger anerkannt zu werden und könnte verlangen, daß auch bei Vergebung von Aufträgen sie ebenso berücksichtigt werde, wie die Kaufleute und Handwerker polnischer Nationalität. Es wurde beschlossen, eine Eingabe an die städtischen Behörden zu richten, in der hierum gebeten werden soll. Darauf hielt Rechtsanwalt Gierszewski einen Vortrag über interessante Fragen aus der neuen Zivilprozeßordnung, an den sich eine rege Diskussion anschloß, die bewies, wie wichtig eine Belehrung über diese Fragen für alle Handel- und Gewerbetreibenden ist. Als nächster Punkt referierte Herr Steinhilber über die Abgaben an den Arbeitsfonds und an die Angestelltenversicherung, an die bekanntlich nicht mehr wie bisher 2 Prozent, sondern 2,8 Prozent des Gehalts zu zahlen ist. Darauf wurde die Vermögensabgabe besprochen und ferner beschlossen, an die Handelskammer ein Gesuch zu richten, damit diese Schritte einleitet zur Senkung der zu hohen Zinssätze. Kurz nach 10 Uhr schloß der Vorsitzende die interessante und gut besuchte Versammlung.

Ein „allzuweiches Herz" hatte Frau Jadwiga Chabowska. Sie schrieb Dienstmädchen, die keine oder schlechte Zeugnisse hatten, bereitwilligst tadellose Zeugnisse mit den verschiedensten Unterschriften aus und vergaß es auch nicht, sich dafür immer 10 Złoty geben zu lassen. Sie hatte sich deswegen heute vor dem Konitzer Gericht zu verantworten, das sie zu 8 Monaten Gefängnis verurteilte.

f. **Strasburg** (Brodnica), 6. Oktober. Am Donnerstag fand hier ein Vieh- und Pferdemarkt statt. Infolge des regnerischen Wetters war er nicht sehr gut besucht. Erstklassige Milchkühe kosten 180—250 Złoty. Kühe minderer Qualität bis 120 Złoty; Mastvieh war fast gar nicht vorhanden. Für Pferde, die jetzt nach der Herbstbestellung weniger benötigt sind, wurden verhältnismäßig hohe Preise gezahlt. Gute Arbeitspferde brachten 160—300 Złoty. Kaufabschlüsse kamen wenig zustande. Auf dem Wochenmarkte kostete Butter 1,40—1,50 pro Pfund, Eier 1,40 pro Mandel.

Am Donnerstag brach auf dem Anwesen von H. Grapatin auf Stadtfeld (Miejskie Pole) ein Feuer aus, das aber schon im Keime erstickt werden konnte, so daß die alarmierte Feuerwehr nicht mehr in Tätigkeit treten brauchte.

x. **Zempelburg** (Sępólno), 6. Oktober. Am Dienstag, dem 10. d. M., findet hier ein Kram-, Vieh- und Pferdemarkt statt.

Auf dem letzten Wochenmarkt notierte man: für Butter 1,50 das Pfund, Eier 1,50—1,60 die Mandel; Eßkartoffeln 1,50—1,80 pro Zentner. Auf dem mit Absatzferkeln reichlich belieferten Schweinemarkt forderte man 20—25 Złoty pro Paar. Der Geschäftsgang war schleppend.

Dem Besitzer August Stolp in Abbau Zempelburg wurden kürzlich nachts aus seinem Schuppen ein Damenfahrrad, sowie zwei dazu gehörige Mäntel und Schläuche, ferner Wagenpläne und andere wirtschaftliche Geräte gestohlen. Die Polizei ist den Dieben auf der Spur.

Rundfunk-Programm.

Montag, den 9. Oktober.

Deutschlandsender.

06.35: Konzert. 09.00: Schulfunk. 09.45: Dr. Stein-Saaleck: Ich bin der Doktor Eisenbart. 10.10: Schulfunk: Georg Blumensaat: Volkscharakter in der Musik. 10.50: Schulfunk: Turn- und Sportstunde. Irene Deckelmann: Grundschulturnen 6. Mädchenklasse. 11.30: Zeitfunk. 12.00 ca.: Schallplatten. 14.00: Enrico Caruso singt (Schallplatten). 15.00: Für die Frau: Mütter helfen einander. 15.45: Bücherstunde. 16.00: Konzert. 17.00: Das Landjahr der Stadtkinder. 17.25: Musik unserer Zeit. 18.25: Jugendsportstunde. 19.00: **Stunde der Nation.** Von Königsberg: **„Wenn der Hahn kräht".** 20.00: Kernspruch. 20.05: **Das kommt mir spanisch vor.** Kleine Reise mit Schallplatten. 21.00: **Wie tanzen wir in diesen Winter?** Eine fröhliche Vortragsstunde in Wort und Musik. 22.00: Nachrichten, Sport. Anschl.: 500 Jungens beim Olympialehrgang im Deutschen Stadion. 22.45: Seewetterbericht. 23.00—24.00: Von Hamburg: Unterhaltungskonzert.

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Konzert. 11.00: Schallplatten. 11.50: Konzert. 13.00: Schallplatten. 14.10: Kl. Klaviermusik. 14.30: Schallplatten. 16.00: Konzert. 18.10: Kleine Klaviermusik. 19.00: Siehe Deutschlandsender. 20.10: **Hausmusik.** 20.40: Heitere Geschichte. 21.00: **Tanzabend.**

Königsberg-Danzig.

06.35—08.00: Konzert. 11.30: Konzert. 13.05—14.30: Aus deutschen Spielopern (Schallplatten). 15.05: Unterhaltungskonzert. 17.00: Ein Faltboot unter Mitternachtssonne und Polarlicht. 17.25: Lieder und Flötenmusik. 18.25: Die Stunde der Stadt Danzig. Prof. Dr. Heinz Kindermann: Danzigs literarisches Leben in der Barockzeit. 19.00: **Stunde der Nation. „Wenn der Hahn kräht".** Komödie von August Hinrichs. 20.00: Nachrichten. 20.10: **Zur Unterhaltung.** 21.30: Von Langenberg: **Ausschnitt aus dem 20. Deutschen Bachfest.** 22.15: Wetter, Nachrichten, Sport.

Leipzig.

06.35: Konzert. 10.10—10.40: Ferienstunde. 12.00: Von Plauen: Konzert. 13.30: Märsche und Walzer aus Opern (Schallplatten). 14.35: Frauenfunk. 14.45: Spanische Tänze (Schallplatten). 18.30: Tänze und Lieder. 19.00: Siehe Deutschlandsender. 20.00: Konzert. 21.00: **Von deutschem Humor.** 21.30: **Vom 20. Deutschen Bachfest.** 23.00: Unterhaltungsmusik.

Warschau.

12.05, 12.35—13.00: Schallplatten. 15.55: Mandolinenkonzert. 16.55: Leichte Musik. 18.00: Vortrag: Das heutige Polen. 18.20:



Sonaten von Grieg. 20.00: **„Herbstmanöver",** Operette in drei Akten von Kálmán. 22.10: Tanzmusik. 23.05: Tanzmusik.

Dienstag, den 10. Oktober.

Deutschlandsender.

06.35: Konzert. 10.10: **Schulfunk: Bismarck.** 12.00 ca.: Schallplatten. 14.00: Konzert ausländischer Komponisten (Schallplatten). 15.00: Unterhaltungsmusik. 15.30 ca.: Unterhaltungmusik. 16.00: Rasse und Seele im deutschen Schrifttum. 16.15: Konzert. 17.00: Frauen am Werk. Hörbericht. 17.20: Tee-Musik. 18.05: Reichssportführer, Gruppenführer von Tschammer-Osten: Vorbereitung für die Olympiade 1936. 19.00: **Stunde der Nation.** Von Mühlacker: **Jugend musiziert.** 20.10: **Lachender Herbst.** 21.00: **Orchesterkonzert.** 22.00: Nachrichten, Sport. 22.45: Seewetterbericht. 23.00—24.00: Von Breslau: Unterhaltungs- und Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Konzert. 09.10: **Schulfunk.** 11.00: **Schallplattenkonzert.** 11.45: Fünfzehn Minuten für die Landwirtschaft. 12.00 ca.: Von Hamburg: Konzert. 14.10: Lieder. 14.40: Für Musikliebhaber (Schallplatten). 15.15: **Künder deutschen Volkstums.** 15.35: Kinderfunk. 16.00: Unterhaltungskonzert. 18.00: Virtuose Flötenmusik. 18.25: Politische Zeitungsschau. 19.00: **Stunde der Nation.** Von Mühlacker: **Jugend musiziert.** 20.10: Aus dem großen Saale des Breslauer Konzerthauses: **Offenes Singen.** 21.10: **Schloßballade.** 22.55—24.00: Unterhaltungs- und Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

06.35—08.00: Konzert. 11.00: **Danzig: Eröffnung der 13. deutschkundlichen Woche** im großen Saal des Friedrich-Wilhelm-Schützenhauses. Ansprache: Kultus-Senator Boeck. Mitw.: Orch. des Staatstheaters Danzig, Dir.: Staatskapellmeister E. Orthmann. 11.50—12.50: Von Danzig: Übertragung von der 13. deutschkundlichen Woche in Danzig. Professor Dr. Günther, Jena: Was ist Rasse? 13.05: Schallplatten. 16.00: Von Leipzig: Konzert. 17.50: Dr. Stenzel: Aus der Geschichte des Schlosses und der Stadt Insterburg. 18.25: Stunde der Arbeit. 19.00: **Stunde der Nation.** Von Mühlacker: **Jugend musiziert!** 20.00: Vom Deutschlandsender: Vortrag. 20.10: Nachrichten. 20.15: Von Danzig: **Operetten-Querschnitte.** 21.20: Von Berlin: **Weisheit im Lachen.** 22.00: Nachrichten, Sport.

Leipzig.

06.35: Konzert. 10.10—10.40: Ferienstunde für die Kinder. 12.00: Von München: Konzert. 13.30: Wein, Weib und Gesang. (Schallplatten). 14.45: „1914—1918". Bücherstunde. 16.00: Konzert. 18.00: Dichter reisen (III). August Kopisch: Die Entdeckung der Blauen Grotte von Capri. 18.20: Konzertstunde. 19.00: **Stunde der Nation.** Von Mühlacker: **Jugend musiziert!** 20.00: Vom Deutschlandsender: Vortrag des Reichsbundes für deutsche Sicherheit. 20.10: **Stunde der jungen Front.** 21.00: **Orchesterkonzert.** 22.30: Neues von der Weltraumstrahlung. 23.00—24.00: Nachtmusik und Tanz.

Warschau.

12.05—13.00: Leichte und Tanzmusik. 15.40: Schallplatten. 16.55: Aus den klassischen Werken des 16. Jahrhunderts. 18.20: Klaviervortrag. 20.00: Konzert. 22.10: Tanzmusik. 23.05: Tanzmusik.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

B. Z. Ein solcher Vertrag mit Ihrer eventuellen künftigen Mieterin ist nach § 310 des Bürgerlichen Gesetzbuches nichtig. Sie dürfen der Frau auch, wenn Sie Forderungen an sie haben, Nahrungs-, Feuerungs- und Beleuchtungsmittel, oder soweit solche Vorräte auf zwei Wochen nicht vorhanden und ihre Beschaffung für diesen Zeitraum auf anderem Wege nicht gesichert ist, den zur Beschaffung erforderlichen Geldbetrag nicht pfänden. (§ 810 der deutschen Zivilprozeßordnung, der in unserem Teilgebiet nach wie vor in Geltung ist.) Wenn die Frau nicht irgendwo Geld ausstehen hat, können Sie sich zur Sicherung Ihrer Forderung an niemanden wenden, denn es ist niemand für die Frau verantwortlich.

D. Z. 25. Nach dem Gesetz müssen Sie, wenn Sie dazu imstande sind, die Militärsteuer bezahlen, u. zw. auch die Rückstände. Außer der Steuer sind auch die Verzugszinsen zu bezahlen. Zur Einziehung der Steuer ist Ihre Gemeinde berufen. Wenden Sie sich doch an den Gemeindevorsteher mit dem Antrage, Ihnen wenigstens die Verzugszinsen resp. Strafen für die Zeit zu erlassen, wo Sie außerstande waren, überhaupt eine Steuer zu bezahlen. Sollten Sie dort abgelehnt werden, dann können Sie gegen die Entscheidung Berufung einlegen beim Kreisausschuß.

Ausstellung Thorner Altertümer.

IX.

Das Thorner Geschichtszimmer.

An den Wänden Wappen und verschiedene Porträts Thorner Bürgermeister, Offiziere, Prediger und Rektoren des Akademischen Gymnasiums der Stadt. Nicht uninteressant ist, daß zwei der Männer, deren Bilder wir hier sehen, nämlich Bürgermeister Johann Stroband, 1551—1585 und Gymnasialrektor Jaenichen (im XVIII. Jahrhundert) weiblicherseits zu den Vorfahren einer bekannten Thorner Familie in direkter Linie zählen.

Unter den Gemälden fällt besonders ein altes Kriegsbild auf von dem stattlichen Ausmaß 1½×1½ Metern. Es stellt dar den Kampf der Ordensritter mit den heidnischen Preußen bei der ersten Burganlage, die auf dem rechten Weichselufer errichtet worden ist und die unfern des Stromes bei dem heutigen Dorfe Alt-Thorn gestanden haben soll. In der mächtigen Krone einer sehr alten Eiche ist ein Blockhaus erbaut. Nach dem Bilde zu urteilen, muß es gar ein von Ziegelsteinen gemauertes Bauwerk gewesen sein. In weitem Umkreis davon ist eine Palisadenwand gezogen, hinter der geborgen einige Ersatzmannschaften dem schweren Kampfe der Ritterschar mit den heidnischen Preußen, die wie Türken gekleidet sind, aufmerksam zuschauen, jeden Augenblick bereit, hervorzubrechen, um den Sieg dem Orden zu sichern. Folgende zwei Verse, auf dem Bilde oben zu lesen, geben die Erklärung:

„Dort in dem Kulmer Lande stund eine sehr großen
Eichen,
An Weichsel Flusses Kant, so nicht hatt ihres
Gleichen.
Darauf baut ein Castellan Hochmeister Balik klueg,
Gleich zu einer Citadell: scharf in die Feinde
schlueg
Die Eiche war das Tor, wodurch der deutsche Orden
festigend so empor und Herrn des Preußen
worden
Der erste Kampf dies war, so kostet Bluet und
Sueft,
ja Leib und Leben gar. Viel edler Ritter Bluet
obschon ein harten Thorn der Orden da erlitten,
doch die Ritter auserkoren, wie Riesen tapfer
stritten.
Auch nach erlegten Feind daselbst sie eine Stadt
erbauten, die noch heint den Namen Thorn hat."

Anscheinend ist das Bild in einer ausländischen Ordensballei gemalt worden.

Allerlei Skulpturen in Stein und Holz, Hausmarken, wie sie heute nur noch an wenigen Häusern zu finden sind, Putten, die gewiß einst den Sims einer Haustür flankierten, Stücke schmiedeeisernen Geländes, das die vormals auch hier in Thorn üblich gewesenen „Beyschläge" abgrenzte und zierte, Wetterfahnen mit den Initialien des ersten Hausbesitzers und der Jahreszahl versehen, sind hier ausgestellt. Auf einer solchen Wetterfahne lesen wir Jakob Koller 1688—1833. Auch der „Koch" vom ersten Kulmertor ist hier zu sehen. Ein Stadttorwappenschild mit polnischer und französischer Umschrift erinnert daran, daß von 1807 bis 1815 unsere Stadt samt Kulmer Land — also bis Graudenz — auf Napoleons Befehl dem Herzogtum Warschau zugehörte.

Inmitten des Raumes steht eine aus Holz geschnitzte, mannshohe Landsknechtsfigur, wie sie seinerzeit in allen besseren Bürgerhäusern die Wendeltreppen schirmten, die zu den oberen Stockwerken führten. Oftmals war der Figur ein Löwe beigegeben, der einen Schild hielt, auf dem das Wappen des betreffenden Hauseigentümers eingegraben war, und der Landsknecht selbst hielt eine Lanze in der Hand.

Unseres Wissens sind solche wunderbaren Treppen mit diesem heraldischen Schmuck nur noch in zwei Häusern in der Stadt zu finden, und es dürfte wohl an der Zeit sein, solche geschmückte Treppe, deren Mittelschaft gewöhnlich aus einem Stamm gearbeitet war, unter Schutz zu stellen oder fürs Museum zu erwerben. Schade nur, daß es für solche Zwecke heute nicht nur an dem dazu erforderlichen Gelde, sondern ebenso sehr auch an dem notwendigen Raum mangelte, solche Treppe kunstgerecht aufzustellen.

Sehr beachtenswerte Schaustücke sind die hier aufgestellten alten Haustüren aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts; auf einigen steht die Jahreszahl der Anfertigung eingeschnitten. Es sind die Schnitzereien auf diesen Haustüren keine willkürlichen Phantasien, sondern es liegen ihnen bestimmte Absichten zugrunde. So sehen wir auf der einen die alte Sage vom Opfertod des Curtius versinnbildlicht, wie er mit seinem Roß in die züngelnden Flammen sprengt. Und dann all das Ranken- und Blattwerk, förmlich hervorquellende Weintrauben, womit das Hauptbild gar fein umrahmt ist. Es ist schon zu verstehen, wenn Kenner solcher Seltenheiten sich zu dem Kunstwerk so hingezogen fühlen, daß sie liebkosend mit der warmen Hand darüber streicheln!

An jeder Tür war gleich bei der Herstellung ein „Klopfer" angebracht, ein schmiedeiserner, gefälliger Ring, der gleichzeitig als Griff diente und beim Gegenschlagen auf einen Eisenknopf in der Tür laut anklopfte.

Gleich neben diesen Türen steht der etwas unförmlich geratene, einem Thronsessel nicht unähnliche Gerichtsstuhl des Neustädtischen Gerichts, das sich im Neustädtischen Rathaus, der heutigen Kirche auf dem Neustädtischen Marktplatz, befand. Im Stil halb antik, halb barock, zeigt auch er mancherlei Zierat und gibt durch das aufgemalte Datum 10. September 1624 den Tag an, an dem er in Gebrauch genommen worden ist.

Wenig in die Augen fallend, trotz ihrer kolossalen Masse (ca. 60 Zentimeter lang bei entsprechender Stärke des Eisens) sind 2 Schlüssel, die an einer Wand hängen. Ob das nur gewöhnliche Torschlüssel, oder gar die bewußten „Schlüssel der Stadt" sein sollten?

Ein „Colmischer Scheffell" in schwerer Bronze, mit obiger Inschrift und dem Thorner Wappen geschmückt, weist darauf hin, was für eine große Bedeutung solch ein (anscheinend) Originalmaß, nach dem alle anderen Maßgeräte zu bauen waren, für eine Handelsstadt wie Thorn hatte! Denn der Getreidehandel blühte hier einstmals und stand allen anderen Handelszweigen weit voraus. Die anderen wichtigsten Normalmaße des Ordenslandes, wie die Culmer Rute und Elle, sind auf der Ostseite der Pfarrkirche St. Johann in Culm durch eiserne Marken in der Kirchenwand festgelegt.

Als das wichtigste Stück der ganzen Ausstellung hat wohl die Urkunde von der Gründung der Stadt zu gelten, die berühmte Culmer Handfeste vom 28. 12. 1233, zusammen mit der für die Stadt Culm bestimmten Urkunde. Culm war bekanntlich zunächst als Hauptstadt des Ordenslandes in Aussicht genommen, wurde dann aber Sitz des Bischofs, und die Ehre, Hauptstadt des Landes zu sein, ging dann auf das größere und mehr aufblühende Thorn über. Nach Culm sollte die vorgesehene Universität kommen, deren Gründung im Jahre 1387 durch Papst Urban VI. beurkundet wurde, selbst aber nicht zur Ausführung gekommen ist. Nach Thorn wurde Marienburg 1309 Landeshauptstadt und Sitz der Ordensherrschaft. Diese Gründungsurkunde vom 28. 12 1233 ist leider bei einem Brande des Rathauses verloren gegangen; doch konnte nach einer vorhandenen Abschrift 1251 eine zweite gleiche Urkunde ausgefertigt werden. So gehört Thorn zu den wenigen Städten, die heute, nach 700 Jahren! noch in der Lage sind, ihr Gründungsprivileg als etwas Handfestes aufzeigen zu können.

Alexander auf Reisen.

Schon die Konferenz der Kleinen Entente in Sinaia hatte versucht, in dem Gesamtkomplex der europäischen Politik die besonderen Interessen des Südostens, so wie man sie auf der Linie Prag—Belgrad—Bukarest auffaßt, zur Geltung zu bringen. Inzwischen hat König Alexander von Jugoslawien eine hoch bedeutsame diplomatische Reise angetreten, die ihn zunächst in Warna mit dem bulgarischen Königspaar zusammenbrachte. Der König fuhr dann nach Konstanza, um sich von dort zu Schiff über Konstantinopel und Korfu nach Jugoslawien zurückzubegeben. In Konstantinopel war eine Zusammenkunft mit Kemal Pascha, dem Präsidenten der Türkischen Republik, und in Korfu mit dem Vertreter des griechischen Ministerpräsidenten, dem Kriegsminister General Kondylis, vorgesehen. Mit den griechischen Staatsmännern wird aber demnächst auch der rumänische Außenminister Titulescu, der Athen besuchen will, konferieren, und wahrscheinlich fährt er von dort aus nach Sofia. Die politische Geschäftigkeit im Südostraum, die kurz vorher schon durch den Abschluß des griechisch-türkischen Freundschaftsvertrages in Ankara gekennzeichnet worden war, wird damit hinreichend deutlich. Und nun hat Italien den Vertretern der vier Großmächte und sämtlicher Nachfolgestaaten des Donauraums in Genf eine Denkschrift unterbreitet, in der die Italienische Regierung positive Vorschläge für wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen im Interesse der Donaustaaten macht.

In allen diesen Bestrebungen laufen verschiedene politische Linien durcheinander, die keineswegs auf dasselbe Ziel ausgerichtet sind oder auch nur parallel zu einander wären. Sie schneiden sich zum Teil, und es wird auf die Stärke der in ihnen wirksamen Kräfte ankommen, wie weit die eine oder die andere richtunggebend für die Balkan- und Südostpolitik der nächsten Zeit werden wird.

Die Kleine Entente ist ihrer Entstehung nach nichts weiter als ein Vorposten Frankreichs an der Donau. Ihre leitenden Staatsmänner haben ebenso wie ihre Generalstäbe lange Zeit willig die von Paris ausgegebenen Direktiven entgegengenommen und befolgt. So unbedingt ist der französische Einfluß heute nicht mehr. Die italienische Politik hat hier geräuschlos, aber wirksam entgegengearbeitet. Außerdem aber — und das ist namentlich in Sinaia klar geworden — fangen die drei Staaten an, eine selbständige Südostpolitik anzustreben, die sich nach Möglichkeit von den großen europäischen Konfliktproblemen zu distanzieren versucht. Wenn König Alexander jetzt mit der Bulgarischen und der Griechischen Regierung die Fühlung aufnimmt, und wenn sein repräsentativer Besuch kurz danach durch den sicher mehr politisch-geschäftlichen des rumänischen Außenministers Titulescu ausgewertet wird, so kann man sich vorstellen, wohin die Absichten der Kleinen Entente zielen. Man will den Bund der Drei zu einem großen Balkanblock mit Anlehnung an die Türkei ausgestalten, und würde damit in der Tat das politische Schwergewicht der europäischen Großmächte bis zu einem recht beträchtlichen Grade ausbalanzieren können. Dieses neue politische Gebilde, das sich da am Horizont abzeichnet, würde sich bestimmt vom französischen Einfluß mehr oder weniger emanzipieren. Vielleicht erkennt das die französische Presse bereits, die sich trotzdem den Anschein gibt, als vollzöge sich die Entwicklung im Südosten noch ganz unter dem Einfluß von Paris und als würde sie dort begrüßt. Wenn man in diesem Zusammenhange sogar von einer Einbeziehung Sowjetrußlands in die neue Kombination spricht, so mag man das mit Rücksicht auf die neuerdings angebahnte französisch-russische Freundschaft den französischen Lesern als einen Beleg für die These hinstellen können. In Wirklichkeit würde ein so erweitertes politisches Gebilde erst recht unabhängig von Westeuropa werden.

Diese Linie, die diejenige der Kleinen Entente ist, wird allerdings durch die politischen Bestrebungen einiger der hier in die Rechnung einfach eingestellten Länder durchkreuzt.

Glaube in tiefem Vertrauen, daß nichts geschieht, es sei noch so schwer, dunkel und rätselvoll, was nicht zum Segen wird, wenn du es nur zu Ende lebst, wenn du es nur ganz durchlebst und durchleidest.

Ritter.

Bulgarien und Griechenland haben, wenn sie an irgend welche Kombinationen mit anderen Balkan- oder Donaustaaten dachten, immer eine Art „Südost-Locarno" im Auge gehabt, das praktisch auf eine Revision der Friedensverträge, namentlich auch hinsichtlich der Grenzziehung, hinauslaufen müßte. Die Kleine Entente hat aber zu oft betont, wie wenig sie bereit ist, gerade in dieser Beziehung Opfer an die Forderungen der politischen Vernunft zu bringen, als daß man allzuviel Hoffnungen auf das Gelingen eines solchen Südost-Locarno setzen dürfte. Es ist richtig, daß in der bulgarischen Presse neuerdings der Kleinen Entente gegenüber freundlichere Töne angeschlagen werden. Das Gefühl der wirtschaftlichen Solidarität innerhalb des Südostraums macht sich natürlich geltend. Aber wenn Frankreich als ersten Schritt einer Neuorganisation des Südostens den Anschluß Bulgariens an die kleine Entente erwartet, so liegen dafür kaum irgend welche Anzeichen vor. Im Gegenteil, es ist zu erwarten, daß der in Sofia angekündigte Besuch des griechischen Außenministers, der Bulgarien für die türkisch-griechische Kombination zu gewinnen versuchen soll, den politischen Forderungen Bulgariens Rückhalt geben wird. Und sie stoßen sich nun einmal an der seitherigen Linie, die die Kleine Entente verfolgte. Insbesondere wird Bulgarien ohne eine Lösung der Dobrudscha- und mazedonischen Frage kaum zu haben sein.

Die Initiative, die Mussolini durch die Übergabe seiner Denkschrift in Genf ergriffen hat, läßt die politischen Probleme absichtlich unberührt. Sie beschränkt sich auf Vorschläge, die den wirtschaftlichen Nöten der Donaustaaten abhelfen sollen und ist wahrscheinlich ausgelöst worden durch die Beschlüsse von Sinaia, die mit der Tendenz der Verselbständigung des Südostraums den besonderen Interessen Italiens nicht gerade entsprechen. Der Plan Mussolinis läuft darauf hinaus, daß die europäischen Mächte für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Rumäniens, Bulgariens und Ungarns und für die Industrieprodukte Österreichs Vorzugszölle gewähren sollen, die den Absatz dieser Produkte gewährleisten und damit der verhängnisvollen Stauung in den Donaustaaten ein Ende bereiten. Mussolini knüpft damit an die Empfehlungen der Konferenz von Stresa an, die bisher allerdings auf dem Papier stehen geblieben sind und um deren Verwirklichung sich niemand bemühte. In gewissem Sinne durchkreuzen auch diese italienischen Vorschläge die sonstigen Bestrebungen, die sich im Südosten durchzusetzen versuchen, denn sie laufen letzten Endes natürlich darauf hinaus, daß die Balkan- und Donaustaaten wieder enger an Europa gebunden werden würden und daß ihnen eine Sezession und ein Abmarsch mit dem Gesicht nach Osten schon mit Rücksicht auf ihre dadurch wieder stärker nach Westen verlagerten wirtschaftlichen Interessen schwer möglich sein würde.

B.

Mussolinis Donau-Wirtschaftsplan.

Aus Genf wird gemeldet:

Den Vertretern der vier Großmächte und sämtlichen Nachfolgestaaten des Donauraumes ist eine Denkschrift der Italienischen Regierung unterbreitet worden, in der konkrete Vorschläge dahin gemacht werden, die Empfehlungen der Konferenz von Stresa zum Zwecke der Belebung und der Ausnutzung des Wirtschaftsverkehrs in den Donaustaaten in die Praxis umzusetzen und in bezug auf die in Rede stehenden Erzeugnisse eventuell zu erweitern.

Der Inhalt der Denkschrift.

Die Denkschrift enthält eine Reihe von Anregungen ausschließlich wirtschaftlicher Natur, die hauptsächlich im großen und ganzen der Haltung entsprechen, die Deutschland in Genf sowie in Lausanne und Stresa eingenommen hat. Das gilt vor allem für die Frage der Präferenzen, die im italienischen Memorandum im Vordergrund zu stehen scheinen. Eine gewisse Überraschung hat das Memorandum in Völkerbundkreisen insofern hervorgerufen, als nunmehr die Italienische Regierung selbst eine

Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Donauraum

auf dem Wege von Präferenzen vorschlägt, nachdem Italien sich lange gegen diese gesträubt und noch im vorigen Jahre auf der Konferenz in Stresa sogar Gegenvorschläge zur Bekämpfung der dort ins Auge gefaßten Präferenzabkommen gemacht hat. Deutschland ist, wie aus den Verhandlungen des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes, des europäischen Studienausschusses usw. bekannt ist, mit Vorschlägen zur Bekämpfung der Krise im Donauraum auf dem Wege von Präferenzen den anderen Ländern vorausgegangen. Es hat seinerzeit diesbezügliche Abkommen u. a. mit Ungarn und Rumänien abgeschlossen, die aber aus politischen Schwierigkeiten praktisch nicht in Kraft treten konnten. Außer Italien hat auch Frankreich sich längere Zeit dem Präferenzgedanken verschlossen und seinen Widerstand erst im vorigen Jahre in Lausanne und Stresa aufgegeben.

nicht nur Präferenzabkommen

In dem italienischen Memorandum werden über Getreide, sondern auch für andere landwirtschaftliche Produkte vorgeschlagen, ohne daß diese im einzelnen genannt werden. Der zweite Hauptgedanke der italienischen Anregungen sind Präferenzabkommen mit Österreich über industrielle Artikel. Auch hier liegt das Memorandum in der Richtung früherer deutscher Gedankengänge. Bekanntlich ist in Lausanne gerade von Deutschland vorgeschlagen worden,

Österreich Präferenzen auf industriellem Gebiete zu geben.

Auf der Konferenz von Stresa wurde, allerdings in vager Form, eine entsprechende Anregung angenommen, auf deren Grundlage in der Folgezeit von einigen Ländern Verhandlungen aufgenommen wurden, darunter auch von Deutschland.

Was die praktische Behandlung der italienischen Anregung angeht, so schlägt Italien zunächst Vorverhandlungen zur Aufstellung allgemeiner Richtlinien vor, und zwar zwischen den Regierungen des Viermächtepaktes, also Italien, Deutschland, Frankreich und England einerseits und den Donauländern andererseits. Es ist bis jetzt noch nicht bekannt, welche Länder im einzelnen von Italien als „Donauländer" angesehen werden. Diese Vorverhandlungen sollen jedoch, wie im italienischen Memorandum dargelegt wird, lediglich allgemeiner Natur sein. Die Einzelabmachungen sollen auf dem Wege bilateraler Verhandlungen angestrebt werden, ein Vorschlag, den auch Deutschland stets vertreten hat.

Über die Aufnahme des italienischen Memorandums verlautet, daß in den Kreisen der Kleinen Entente die italienischen Vorschläge heute als unbequem empfunden worden sind. Man sagt Benesch nach, daß er von der Konferenz in Sinaia ein eigenes Programm mitgebracht habe, das mit den italienischen Anregungen durchaus nicht ganz übereinstimmen soll.

Unsere Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf die „Deutsche Rundschau" beziehen zu wollen.

Heirat

2 Freundinnen evgl., im Alt. v. 20 u. 25 Jahr., nette Erscheing., such. auf dies. Wege zw. **Heirat** Herr. m. g. Char. kennen zu lernen. Ernstgemeinte Zuschr. erbet. u. O. 3462 a. d. Gst. d. Z.

Haus- u. Grundbesitzer, 33 J., jugendl. Erschein. natur- u. musikliebend, sucht Dame entspr. Alt. mit Verm. **zw. Heirat** kennen zu lernen. Ang. unt. G. 1539 an A.-Exp. **Wallis, Toruń.** 6968

Blondine, evangel., 28 Jahre, mit Verm., wünscht Briefwechs. mit besser. evgl. Herrn zwecks späterer **Heirat.** Ang. m. Bild u. A. 3495 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Landwirtschaftlicher **Bürobeamter** 22 J. alt, wünscht Briefwechs. m. jung., hübsch., deutsch. Mädel zwecks **späterer Heirat.** Gefl. Zuschr. unt. F. 7083 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Evangel. Dame sucht auf diesem Wege einen **Lebensgefährten.** Es ist Möglichkeit geboten, in ein großes, schuldenfr. Geschäftsgrundstück einzuheirat. Nur ernstgem. ausführliche Angeb. unt. U. 3405 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Junggeselle, Besitzersohn, 28 J. alt, vielseit. Erfahrg., wünscht eine **Landwirtstochter,** d. sich den heutigen Verhältn. anpaßt, zwecks **bald. Heirat** kennen z. lernen. Werte Zuschriften unt. J. 3517 an d. Geschst. d. Ztg. erb.

Geldmarkt

6000 Złoty zur 1. Stelle a. Stadtgrundst. gesucht. Feuerversicherung 80000 Zł. Angebote unt. V. 3483 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Suche Weinfachmann od. Kaufmann mit etwa DG 12000.— bis 15000.— verfügbarem Kapital behufs tätiger **Beteiligung** an meiner über die Ostprovinzen u. Polen ausgedehnten Wein- u. Spirituosen-Agentur, verbunden m. bedeutend. Kommissionslägern. Später alleinige Uebernahme erwünscht. Angeb. unt. W. 11 an Filiale Dt. Rundschau H. Schmidt, Danzig, Holzmarkt 22.

Offene Stellen

Aelt., energ. Kaufmann zur Aufsicht und Lagerverwaltung per sofort **gesucht.** Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Zeugnisabschriften erbeten unter C. 7137 a. d. Geschäftsstelle d. Ztg.

Evangelischer **Müllergeselle** für Motormühle von sofort gesucht. Angebote unter W. 3485 an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Bilanzsichere **Gutssekretärin** für so bald als möglich gesucht. Poln. u. Deutsch in Wort u. Schrift Bedingung, evgl. Konfess. Zeugnis-Abschr., selbstgeschr. Lebenslauf, Gehalts-Anspr. u. P. 7122 an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Zur Abhaltung von Nähkursen auf dem Lande wird gut vorgeb. **Leiterin** gesucht. Angebote mit kurzem Lebensl., Ausbildungsgang, Geh.-Anspr. sow. Referenzen unter A. 7060 an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Suche zum sofort. Antritt f. kinderlos. Haushalt selbsttätige **Wirtin** firm in allen vorkommenden häusl. Arbeit. Angeb. mit Bild, Zeugnissen u. Gehaltsanspr. unter B. 7061 an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Erfahr. Wirtin evangel., für größeren Gutshaushalt zu sofort gesucht. Zeugn.-Abschr. u. Gehalts-Anspr. unt. R. 7123 a. d. Geschst. d. Z.

Suche für kinderlosen Haushalt vom 15. 10. oder 1. 11. ehrl. Mädch., aus besserer Familie, d. sich vor kein. Arb. scheut, **als Haustochter** Frau Beetz, Gamma 7, Wohng. 1. 3408

Für kleinere Wirtschaft wird **Alleinmädchen od. Wirtschafterin** von alleinstehd. Herrn von sofort od. spätest. vom 15. 10. 1933 gesucht. Offert. m. Bild, Zeugnissen u. Gehaltsanspr. unter D. 7067 an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Suche für frauenlosen Haushalt **ält., kath. Wirtin.** Off. u. J. 7096 a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Junge, einf. **Landw.-Tochter,** die sich im Nähen, Plätten, Handarbeiten, Küche und **Haushalt Kenntnisse erwerben will,** kann sich für Stadthaushalt melden. Kostentschäd. mögl. Lebensm. Off. u. L. 7102 a. d. Geschst. der Dtsch. Rundsch. erb.

Stellengesuche

Suche gestützt auf gute Zeugnisse und Empfehlungen ab 1. Januar oder früher Stell. als **1. oder alleinig. Beamt.** 26 Jahre alt, 6 Jahre Praxis, evangel., beider Landessprachen in Wort u. Schrift mächtig. Gefäll. Angebote unter O. 7121 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Junger, energischer **landw. Beamter** evang., mit gut. Zeugnissen, prakt. u. theoret. Ausbildung, der poln. Sprache in Wort und Schrift mächtig, mit Gutsvorsteherfach. vertraut, **sucht** vom 1. XI. 1933 od. spät. Stellung b. bescheid. Ansprüchen. Offerten unter K. 7098 a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Evangel. Beamter ledig, der deutschen und polnisch. Sprache mächtig, **sucht** z. 1. Novemb. od. später **Stellung** als **Rechnungsführer.** Zuschrift. unt. G. 7084 an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Rechnungsführer 32 J., ledig, ununterbr. 12jähr. Tätigk. nur auf größer. Gütern, exklus. Erfahrung. in sämtlich. Wirtschafts-, Gutsvorsteher-, Lohn- u. Steuersachen, sehr gewandt im Behördenverkehr, vollkomm. zuverl. für Korrespond. i. beid. Landessprach. u. hauptsächl. im Rechnungsw., da ehem. vereid. Rechnungsprüfer, gest. a. la Zeugnisse u. Empfehl., **sucht** v. sof. od. 1. 1. 34 **Stellung.** Off. unt. 6957 a. d. Kuj. Boten, Inowrocław.

Forstbeamter 24 Jahre alt, verh., evgl., 5 Jahre Prax. (Lehrz. b. Fürst. von Pleß) **sucht** per möglichst baldigem Antritt **Stellung** auch als **Feldschutzbeamter, Heger od. dergleichen.** Gefl. Angeb. unter R. 7108 an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Brenner mit Brennerlaubnis, 15 Jahre selbst. im Fach, vertraut m. elektr. Anlage, Trocknerei und Masch., übernimmt für Kamp. eventl. **Dauerstellung** Gefl. Off. unt. U. 7128 an d. Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Kaufmanns-Gehilfe, 23 Jahre alt, militärfr., deutsch u. poln. sprech., aus Kolonialw.-, Delikatessen- u. Weinhandl., firm im Kaffeerösten, **sucht** ab 1. 11. 1933 oder später **Stellung als Verkäufer oder Reisender.** Offerten unter C. 7063 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Junger Kaufmann (Kolonial- und Eisenbranche), der deutschen und polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig, **sucht Stellung.** Offerten unter H. 7085 a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Tücht. Mühlenfachmann und Chauffeur, 33 Jahre alt, kathol., firm in Müll., Mühlenbau u. Reparat. elektr. Anlag., m. Führerschein, **sucht,** gestützt auf gute Zeugn., v. sof. od. spät. **Stellung,** gl. welch. Art. Off. u. Nr. 7118 an die Geschäftsst. A. Kriedte, Grudziądz.

Müllergeselle 21 Jahre alt, evgl., der dtsch. u. poln. Sprache mächtig, m. allen neuen Masch. u. Saug-Motor vertr., stark u. kräftig, s. v. 15. 10. ab Stellung. Off. u. T. 7125 an die Deutsche Rundsch. erb.

Tücht., deutsch-evang. **Stellmacher** mit eigen. Handwerkszeug u. gut. Zeugnissen, sucht vom 15. 10. oder später Stellung a. Gut als selbst. Stellm. Off. u. L. 6960 a. d. Gesch. d. Z.

Suche ab sofort oder später Stellung als **Schmiedegeselle** bin militärfrei, m. allen vorkom. Arbeiten vertr. Hinz Otto, Jaromtowice p. i pow. Wąbrzeźno. 7126

Kaufmann aus der Kolonialwarenbr., 31 Jahre alt, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, **sucht** Stellung als **Reisender-Chauffeur** oder anderes. Gefl. Offert. unter W. 7132 a. d. Geschst. d. Zeitg.

Evang. tüchtiger **Bäckergeselle u. Konditor** sucht ab 15. 10. od. spät. Stellg. Off. u. A. 7134 a. Gst. d. Z.

Bäckergeselle militärfr., d. auch Konditorei-Kenntnisse hat, **sucht** von sofort oder später **Stellung.** 3480 **E. Ruppenthal, Bydgoszcz,** Śląska 44.

Gärtner, 23 J., evgl., militärfrei, v. der Welage geprüfter Fachmann 4 J. Praxis. Gute Empfehlungen. Erfahr. in allen Zweig. einer herrschftl. Gutsgärtnerei u. Handelsbetr., sowie Parkpflege, Rosenzucht, Topfkult., Frühtreib. u. Freiland, Bienenzucht u. Binderei **sucht Stellung.** Gefl. Off. unter F. 3508 an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Evangel. Mädchen 22 J., welch. die Wirtschaft erlernt hat und gute Kenntn. im Koch., Back., Einmach., sowie gute Erfahrung über Geflügel besitzt, **sucht** Stellung als **Wirtin od. Stütze** in Stadthaushalt oder auf Gut. Angebote an **Herta Krok, Wąsowo,** poczta Wąsowo, pow. Nowy Tomyśl. 7078

Wirtin sucht von sofort od. später Stellg. Off. u. F. 3445 a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Suche Stellung als **Wirtin oder Stütze der Hausfrau.** Gute Zeugnisse vorhanden. Angebote unt. Z. 3422 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Suche p. bald **Stellung als Wirtin oder Stütze.** Bin firm im Koch., Back., Einmach., Glanzplätt. u. Geflügelz., übern. evt. auch alle Hausarbeit. Offerten unter M. 3459 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Suche von sof. od. später **Stellung als einfache Stütze.** Offerten unter L. 3458 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Aelt. Fräul. sucht Beschäftig. **als Pflegerin** m. leicht. Hausarb. evtl. z. Aushilfe im Gesch. Off. u. L. 3519 an d. Gst. d. Z.

Suche Stellung vom 1. Nov. oder später als **Hausmädchen** Off. unt. W. 7035 a. d. Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Evgl. **Hausmädchen** sucht Stellg. im Stadthaushalt zum 15. 10. od. später. Kochkenntnisse u. gute Zeugn. vorhand. Gehaltsang. erwünscht Off. u. B. 3431 an d. Gst.

Hausmädchen evangl., **sucht Stellung.** Kochkenntn. u. Zeugn. vorh. Off. unt. H. 3513 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Suche Stellung in einfach. Stadthaush. Offerten unter E. 3507 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Evgl. Landwirtstochter, die **die Hauswirtschaft gründl. erlern. will** sucht Aufnahme auf größ. Gute, in Stadt- oder Pfarrhaush. Ang. unt. B. 7136 an d. Gst. dieser Zeitung erbeten.

Jung. Mädchen möchte in Geschäfts-Haushalt **kochen lernen;** gleichz. Mithilfe im Geschäft bei Fam.-Anschl. Off. unt. K. 3518 an die Gst. d. Z.

Aelt. Person **sucht Aufwartung** oder **Dauerstellung.** Off. u. P. 3471 a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Gutsgärtner 28 J. alt, 10 J. Praxis, bewandert in Gemüse-, Obst- und Baumschule sowie Bienenzucht, im Besitz von eig. Gemüsesamen, **sucht Stellung** von gleich od. ab 1. 1. evtl. 1. 4. 34. Off. u. D. 7138 an d. Geschst. d. Ztg. erb.

Gärtner ledig, erfahren und zuverlässig, **sucht** von sofort oder später **Stellung.** Offerten unter B. 7131 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Verheirateter herrschaftl. Diener sucht zu sof. oder später Stellg.-Off. u. Nr. 7120 an die Geschäftsstelle **A. Kriedte, Grudziądz.**

Abiturientin mit Kenntn. i. d. Buchf. **sucht** zum 1. Dez. **gegen freien Unterhalt** Stellung als **Bürohilfe,** evtl. **Hauslehrerin,** mögl. i. Pom. Angeb. u. R. 3472 a. d. Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Tüchtige, zuverlässige, evangelische 7066 **Wirtin** perfekt in feiner und bürgerlich. Küche, Einkochen, Schlachten, Geflügelzucht usw., **sucht Vertrauensstellung.** A. Kern, Zajączkowo, powiat Szamotuły.

Evangel., selbsttätige **bessere Wirtin** **sucht Stellung** gl. welch. Art bei kl. Taschengeld. od. ohne ab sof. od. später. Offerten unter O. 6990 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Fräulein, 28 Jahre alt, Halbwaise, sucht v. sof. oder 15. Oktober Stell. **zur selbständigen Führ. ein. Haushalts,** bei sehr bescheidenen Ansprüchen, Zeugnisse vorhanden. Off. unt. S. 7124 a. d. Gschst. d. Ztg.

Suche f. bald od. spät. **Stellg. im Haushalt** Bin im Kochen, Backen u. Schneidern erfahr., übernehme evtl. auch **Kinderpflege.** War j. 3 Jahre im Gutshaushalt tätig. Off. unter Z. 7133 an Gschst. d. Z.

Frl., 20 J., christl. ges., sucht Stellg. als **Haustochter** b. Herrsch. od. ält. Dame. Ang. unt. H. 1547 an **Ann.-Exped. Wallis, Toruń** erb. 7111

Junges Mädchen ev., das schon in Stellg. war, sucht Stellung in der Wirtschaft, auch bei Kindern. Off. u. E. 3442 an d. Geschst. d. Ztg. erb.

Besitzertocht., 28 J. alt, sucht Stelle als **Stütze** od. **Hausmädchen.** Off. u. D. 3440 a. d. Gst. d. Ztg.

Ordentliches Mädel vom Lande, poln. und deutsch sprech., im Einschlachten, Kochen usw. tüchtig, ebenso i. städt. Haushalt, **sucht** Stellg. bei kleinem Gehalt. Off. unter Z. 7036 a. d. Geschäftsstelle d. Zt. erb.

Besseres, christliches **Mädchen** 21 Jahre, bittet, gestützt auf gute Zeugnisse, zum 15. Oktober um **Stellung.** Frdl. Angeb. u. N. 3460 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Besseres Mädchen schon in Stellg. gewes., wünscht wieder Stellg. in Stadthaush., wenn mögl. ältere Herrschaft. Gute Zeugnisse vorhd. Off. unter K. 3456 a. d. Geschst d. Dt. Rdsch. erb.

Besseres, ehrlich., evgl. **Mädel sucht Stellung** ab 15. 10. oder später **als Stubenmädchen** Kenntnisse im Servier., Nähen u. Glanzplätten. Zeugnisse vorhanden. Freundl. Angebote an **Thimm, Parteczyny,** poczta Lisnowo, pow. Grudziądz. 7010

An- u. Verkäufe

Güter 420 u. 386 Mrg. Weizenboden, bietet zum Kauf **Jezierny,** Kwiatowa 3. 3497

Zinshaus, komfort, 14 Proz., wegen Todesfall zu verk. Offert. u. G. 3509 a. d. Gst. d. Ztg.

Haus zu verkauf. Einkomm. 330.— zł. Preis 30000 zł. Off. unt. U. 3479 a. d. Geschst. d. Z.

Grundstück gr. Speicher, Pferdestall, Wagenschuppen z. **verkaufen od. verpacht.** **Lange Nast** Zb. Rynek 8. 3487

Geschäftshaus dicht am Markte, mit 2 Läden, in dem sich ein Fleischerladen befind., krankheitshalber zu verkaufen. 7079 **Minna Wendt, Chełmno,** Wodna 21.

Verkaufe rentbl. neues **Geschäftshaus,** schuldenfrei, mit 3-, 4- u. 5-Zimmerw., bei 70—100000 Zł. Anz. Off. u. M. 7103 a. d. Gest.

Privat-Grundstück. 17 Mrg. groß, privat, bei Radzyn, mit totem und lebend. Inventar, erstklassiger Boden, zu verk. Anzahlg. 5500 zł Auskunft ert. **Feliks Jankowski, Grudziądz,** ul. Kalinkowa 41. 7117

Verkaufe sofort meine **Molkerei.** Anzahlung nach Vereinbarung, in reicher Milchgegend, Familienverhältn. halber. Hierselbst auch ein **Molkereiprodukten-Geschäft** mit Wohn. billig abzugeb. Offerten befördert **L. Renz, Inowrocław,** Kilińskiego 3. 7070

Stadtgrundstück zu verkaufen. Offerten unter S. 4373 an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Buch- und Papier-Handlung Zentr. Bydgoszcz, verzugshalb. **zu verkaufen.** Existenz auch für Nichtfachmann, geschult. Personal vorhand. Off. unt. C. 3500 a. d. Geschst. d. Z.

Gesucht zwei starke 7139 **Arbeitspferde** Belg. Typ, Alter 3 bis 5 Jahre.

Anbiete **Jung-Eber u. Sauen** anerkannt Edelschweinzucht, zeitgemäß. Preis. auch bes. gut geformt **Cornwall** Eber und Sauen, soweit Vorrat. Ca. 50 Merin. Prec. Mutterschafe **zur Zucht,** 10 Mon. alt, ca. 90 Pfd. Gew., aus Stammschäferei. **Zuchtgut Dobrzyniewo,** p. Wyrzysk.

Eichkätzchen mit Gebauer zu verkf. **Długa 78,** Wohng. 8, Eingang Pod Blankami 3367

Klavier für bar, zu kauf. ges. Off. u. M. 3525 a. d. Gst. d. Z.

Pianos erstkl., sehr preiswert, da Verkauf ab Fabrik **O. Majewski, Pianofabrik, Bydg., Kraszewskiego 10** (hint. Kleinbahnh.). Tel. 2060. 3438

Gelegenheitskauf! **Herrenzimmer,** Eiche grün, **Bibliothek, rund. Tisch, 4 Klubsessel, 2 Stühle, Rauchtisch** sow. **kompl. Eßzim.** in Eiche grün, fast neu, hochmodern, verkauft 3506 **Dom Komisowy** ul. Gdańska 42.

Zahle die höchsten Preise für 3516 **gebrauchte Möbel** aller Art sowie auch andere Sachen **Wełniany Rynek 8,** Laden 1.

Bettstelle mit Spirale, **Tische, Küchen, Sofas, Frühbeetfenster** verkft. billig und fertigt an **Nakielska 15,** Tischlerei 3511

1 **Teppich** 3×4½, und **Klub-Garnit.** mit Leder bezogen, wie neu, zu verk. **Toruńska 18,** W. 6. 3523

Leichter 3490 **Geschäftswagen** zu verkf. **Hetmańska 25.**

Kaufe sofort 3491 **Dampfkessel** gut erhalten liegend, 20—25 qm Heizfläche, 5—8 Atm. Betriebsdruck **Bracia Tysler, Bydg.,** Św. Trójcy 16.

3 neue Tischlerhobelbänke mit Handwerkszeug zu verkauf. Anfr. **Brewing, Nakło.** 7104

Kakteensammlung prachtvoll, bill. z. verkf. **Bydgoszcz,** Cicha 1. 3501

Kaufe einen gebraucht. **Butterkneter** mit Handantrieb, wenn auch reparaturbedürft. **Poczekaj, Wąbrzeźno,** ul. Ogrodowa 2. 7082

Wegen Heirat langjährig bestehendes **Konfitüren-Geschäft im Zentrum Danzigs** **preiswert zu verkaufen.** Off. unt. K. 10 an Filiale **Dt. Rundschau,** Danzig, Holzmarkt 22. 7138

Eiltausch oder Verkauf! erstklassige Existenz, bestehend aus 3 gutgehenden, herrlich gelegenen Betrieben: **Landwirtschaft** (225 Morgen), **Wasserkundenmühle** (1 To. gutgehend), Ausflugslokal, hart an der Autostraße Frankfurt a. O.—Schwiebus gelegen. (Karpfenteich, Auto-Garagen.) **Suche** ein gleichartiges Objekt (Zinshaus, kaufm. Betrieb, auch Landwirtschaft) **in Polen.** Angebote unt. 12553 an **Ala Berlin W 35.** 7048

Zwei bedeutende und gutgehende **Inkasso-Geschäfte** in Essen/Ruhr und Duisburg 7101
handelsger. eingetr., m. gr. u. jahrelangen Aufträgen u. nachweisb. Nettoverdienst von 4- bis 500 RM. monatl. (spät. mehr), v. jüd. Inh. zu verkaufen od. geg. Existenz in Polen zu tauschen. Branchenkenntnisse nicht erforderlich, geschulter Angestelltenbestand vorhanden. Angebote an **J. Schleimer, Essen/Ruhr,** Severinstr. 23.

Größerer Posten **Leinsaat** **verkäuflich;** auch in kleineren Partien **Rittergut Żórawia, poczt. Kcynia** 7057

2 ältere, starke Arbeitspferde pflastermüde, **verkauft** billigst **Bydgoszcz,** Dworcowa 104. 7068

Gebr. Piano schwarz poliert, Auslandsmarke, für zł 600 zu günstigen Bedingungen verkauft 7130
B. Sommerfeld, Pianofabrik, **Bydgoszcz,** ul. Śniadeckich 2.

Fabrikkartoffeln kauft gegen Kasse und bittet um Offerten 6830 „Tranzyt" w Toruniu, Przedzamcze 20, Tel. 242

Geschnittenes, kiefern. **Kantholz** 10/10 bis 16/18 **Lagerholz** abzugeben. **C. Ohme** Kwiatki (Pom.) 7097

Zirka 250 fm **Rundholz,** 2.—4. Klasse, **Kiefer oder Tanne,** Einschlag 32/33, **1 Waggon Latten** und **1 Waggon Bretter** 20×250 mm, bei umgehendster Lieferung **zu kaufen gesucht.** Offerte unter E. 7077 an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Möbl. Zimmer

Berufstätige Dame sucht zum 1. November **saub. möbl. Zimmer** Nähe Toruńska und Zboż. Rynek. Offerten mit Preisangabe unt. G. 3355 a. d. Geschst. d. Z.

Möbl. Zimmer für einen besser. Herrn von sogleich abzug. 6901 **Św. Trójcy 23,** Wg. 1.

Wohnungen

4—7-Zimm.-Wohn. part. od. 1. Etg., auf d. Plac Teatralny od. Plac Wolności resp. nächster Umgebung gesucht. Schriftl. Angeb. unt. D. 3502 a. d. Geschst. d. Zeitg.

6-Zimmerwohnung mit Komfort, vermietet Hauswirt **Gdańska 46.** 3430

5-Zimmerwohn. v. sofort z. verm. 3486 **Zbożowy Rynek 10.**

4- od. 5-Z.-Wohng. im Zentr., 1. Etage, mit Nebengelaß, gesucht. Offerten unter T. 3474 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

3- u. 4-Z.-Wohnung **Nowy Rynek 6,** 1. Etg., sofort zu vermiet. 7021

3 Zimmer-Wohnung nebst Zubeh., nur vom Hauswirt, sucht Beamt. Off. bitte u. B. 3499 a. d. Geschst. d. Ztg. zu richt.

2—3 leere Zimmer mit besond. Eing., auch pass. für Aerztepraх., zu verm. Dworcowa 2, W. 5, Ecke Gdańska. 3514

Großer Laden evtl. ein großer und ein kleinerer von sofort zu vermieten. 7012 **Twardowski,** Śniadeckich 2. Tel. 966.

Blutige Revolution in Kuba.

Der Angriff auf das Nationalhotel in Havanna.

Der Angriff auf das National-Hotel in Havanna, wo sich die Cespedes-Offiziere seit Wochen verbarrikadiert hatten, war sorgsam vorbereitet. Ursprünglich hatte der Kriegsminister und ehemalige Sergeant Batista beabsichtigt, durch einen Flugzeugangriff diese Offiziersfestung auszuräuchern, dieser Plan wurde aber aufgegeben, weil man fürchtete, daß die Gasbomben in den Garten des Hotels abgetrieben werden könnten, den die Soldaten Batistas besetzt hielten.

Bei Beginn des Kampfes waren die Offiziere im Vorteil,

weil sie von dem elfstöckigen Turm des Hotels ein gut gezieltes Feuer auf die Soldaten eröffnen konnten. Es gelang ihnen auch, zwei kleine Tankwagen, die am Eingang des Hotels vorfuhren, zu durchlöchern, und die Soldaten weigerten sich darauf, einen Sturmangriff auf das Hotel zu unternehmen.

Batista ließ daraufhin Feldartillerie auffahren,

und vom Dach der Universität griffen leichte Geschütze ein, die die Fassade des Hotels zerrissen. Auf die Intervention des Roten Kreuzes und die Vorstellungen des amerikanischen Gesandten Welles wurde zum Mittag ein dreistündiger Waffenstillstand geschlossen. Sanitätsautos vom Roten Kreuz lasen 40 Verwundete und Tote auf, aus dem Hotel wurden acht Verwundete und drei Tote abtransportiert. Um 16 Uhr wurde das Bombardement wieder aufgenommen.

Schrapnells, die auf das Hotel hagelten, richteten furchtbare Zerstörungen an. Eine Viertelstunde später hängten die Offiziere auf dem Dach des Hotels Bettlaken auf und aus mehreren Fenstern Handtücher heraus. Es dauerte aber noch zehn Minuten, ehe die Schießerei auf diese Friedenszeichen hin eingestellt wurde.

Die Soldaten drangen daraufhin in das Hotel ein und entwaffneten die Offiziere,

die durch einen engen Kordon von Soldaten durch den Garten abziehen mußten. In diesem Augenblick fielen wieder einige Schüsse, wie es scheint, von den Dächern der benachbarten Häuser, in denen sich Studenten des ABC-Bundes verbargen. Als die Batista-Soldaten einige der Ihren fallen sahen, glaubten sie, daß noch einige Offiziere aus dem Hotel geschossen hätten, und

fielen über das erste Dutzend entwaffneter Offiziere, die bereits in den Garten abgeführt waren, her und metzelten sie nieder.

Unter diesen erschlagenen Offizieren befand sich der frühere Polizeichef Bofils, der frühere Minister für Volkswohlfahrt, und weiter wurden zwei Hauptleute und zwei Leutnants niedergemacht.

Erst als Dunkelheit eintrat, wurden die Offiziere in Armeeautos abtransportiert und in das Fort Cabanas eingeliefert. Bei dem Transport wurden die eskortierenden Soldaten von den Hausdächern neuerdings beschossen.

Inzwischen drang der Mob in das Hotel,

plünderte die Weinkeller und schleppte Tafelsilber, Bettwäsche und selbst Möbelstücke fort, bis endlich Soldaten eingriffen und einige Plünderer niederschossen. Das Hotel wurde dann abgesperrt, und die Soldateska feierte nun ihren Sieg mit dem Rest der Weinvorräte. Der vom Sergeanten zum Armeeführer avancierte Batista wird als „Napoleon der Antillen" gefeiert und ist der Held dieser Nacht. Wenn er in seiner gepanzerten Limousine durch die Straßen fährt, wird er von dem Vivatgeschrei der biwakierenden Truppen begleitet.

Im übrigen liegen die Straßen der Hauptstadt am Abend vereinsamt. Man hört nur hier und da den Knall von Schüssen, die von den Dächern der Häuser auf patrouillierende Kavalleriestreifen abgefeuert werden. Vom Fort Cabanas, wohin die Offiziere gebracht wurden, ertönen dumpfe Salven. **Es scheint, daß die gefangenen Offiziere füsiliert werden.**

Das Präsidentenpalais ist ausgestorben und vom Präsidenten Grau San Martin und seinem Kabinett hört man nichts mehr.

Die politische Lage ist noch ungeklärt. Batista ist jetzt der starke Mann, und sein Sieg über die Offiziere sichert ihm volle Autorität über die Armee und über die Studentenmiliz. Präsident Grau und sein 30köpfiges Direktorium von Akademikern, die sich in den letzten Wochen von Batista entfremdeten, dürften ausgespielt haben. Wahrscheinlich ist der Präsident bereits geflohen. Der gefährlichste und erbittertste Gegner von Batista und seinem 8000 Mann starken Heere ist die **ABC-Organisation,** die etwa 10 000 bewaffnete Anhänger zählt. Der ABC-Bund setzt sich zum größten Teil aus älteren Akademikern gemäßigter revolutionärer Richtung zusammen, die die Revolte des früheren Sergeanten Batista verurteilen und heute nach der Niedermetzelung der Offiziere um so erbitterter gegen das Regime Batista kämpfen. Die Nationalpartei auf der rechten und die Kommunisten auf der linken Seite sind ebenfalls Todfeinde des siegreichen Militärs.

Präsident Grau Martin ist praktisch gesehen der Gefangene Batistas. Batista verhandelt mit den Führern des ABC-Bundes und will Neuwahlen ausschreiben. Seine entschiedene antikommunistische Haltung verschafft ihm einige Sympathie im Bürgertum. Das Staatsdepartement in Washington verhält sich weiterhin zurückhaltend, steht jedoch dauernd in Fühlung mit der Argentinischen Regierung und den Regierungen der anderen lateinamerikanischen Länder. Washington hofft, wenn eine Intervention unerläßlich wird, sie gemeinsam mit den lateinamerikanischen Republiken durchzuführen.

Die gefährliche Luftwaffe.

Interessante Ergebnisse der englischen Flottenmanöver.

Den Kriegsflotten ist ein neuer Feind entstanden. Die kürzlich in den schottischen Küstengewässern abgehaltenen Manöver der englischen Flotte zu Wasser und in der Luft hoben dieses mit aller Deutlichkeit gezeigt. Der „blaue" Küstenort soll von einer „roten" Flotte bombardiert werden. Diese verfügte über drei Schlachtschiffe, drei Kreuzer, 21 Torpedoboote und zwei Flugzeugmutterschiffe, während den „Blauen" keinerlei Seestreitkräfte zur Verfügung standen, sondern ausschließlich Flugzeuge. Beide Parteien hatten völlig freie Hand.

Sehr schnell war „Blau" im Besitz des Standortes der Flotte; der Angriffsbefehl wurde gegeben, die Sirenen heulten und in wenigen Minuten waren die Geschwader von je 12 zweimotorigen Bombern in der Luft. Im ganzen nahmen 79 Bombenflugzeuge am Angriff teil, darunter 12 Torpedobomber.

Es erwies sich, daß das Ausweichen vor den aus kürzester Entfernung abgeworfenen Lufttorpedos äußerst schwierig war. Im Ernstfall wäre ein Schlachtschiff von 6 Torpedos und ein anderes von 1 Torpedo getroffen worden. Der Massenangriff mit gewöhnlichen Bomben hätte den Flotten schwersten Schaden zugefügt.

Taktisch verfuhr man dabei folgendermaßen: zuerst einmal wurden die gewöhnlichen Bomben aus größter Höhe abgeworfen, und zwar von der Angriffsformation heraus. In diesem Fall zielt nur der Führer, so daß die Bomben einen großen Raum decken. Dann teilt sich das Geschwader in Staffeln zu dreien und geht erneut zum Angriff über. Sobald die einzelnen Flugzeuge ihr Ziel ereicht haben, schießen sie in steilstem Sturzflug hinunter, wobei der Pilot mit dem ganzen Flugzeug das Ziel avisiert. Da im Sturzflug Geschwindigkeiten bis zu 500 Kilometer pro Stunde erzielt werden können, wird die Fallgeschwindigkeit und die Durchschlagskraft der Bomben äußerst gesteigert. Dieser Angriffsart kann kein Deckpanzer widerstehen.

Man sieht aus dem Ergebnis dieser interessanten Manöver, daß eine verhältnismäßig große Flotte mit schweren Schlachtschiffen mit Tausenden von Menschen einem Angriff einer verhältnismäßig kleinen Luftflotte mit einigen hundert Mann Bedienungspersonal keinen ernsthaften Widerstand leisten kann. Vielleicht kann man daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß die Entscheidung zukünftiger Kriege nicht mehr zu Wasser und zu Lande, sondern in der Luft ausgefochten werden wird.

Das wahre Deutschland.

Im Lichte der katholischen Schweiz.

Das „Baseler Volksblatt", eines der angesehensten und ältesten katholischen Blätter der Schweiz, veröffentlicht unter dem Titel: Das wahre Deutschland einen Leitartikel, dessen Verfasser ein aus Deutschland zurückgekehrter Schweizer ist. In dem ersten zur Veröffentlichung gelangten Teil heißt es unter anderem:

Wer sehenden Auges in Deutschland geweilt hat, der muß nur staunen über die abfällige Leichtfertigkeit, mit welcher eine gewisse Presse Tag für Tag die Maßnahmen der Regierung behandelt und mit welcher Verantwortungslosigkeit auf diese Weise gerade auch in großen Teilen der Schweiz ein völlig falsches, böswillig verzerrtes Bild des neuen deutschen Staates entworfen worden ist. Daß auch katholische Zeitungen in dieser Beziehung nicht freizusprechen sind, bleibt für den, der die Wahrheit kennt, eigentlich am unverständlichsten. Denn gerade sie müssen doch bei einigermaßen objektivem Urteil zugeben, daß der neue Kurs in Deutschland eine ganze Reihe Forderungen verwirklicht hat, welche den deutschen Katholiken besonders am Herzen lagen. Es ist unbedingt erforderlich, daß man sich in der Schweiz wieder restlos von der wenig „neutralen" Gewohnheit freimacht, die Dinge nur nach den Sympathien, die man für das Zeichen des Hakenkreuzes empfindet, zu beurteilen. Zustände und Tatsachen verlangen einen gerechten, von solchen Vorurteilen freien Richter. Es kommt nicht darauf an, wer eine Maßnahme angeordnet hat, sondern wie sich diese auswirkt.

In Deutschland herrscht Ordnung. Was das heißt, weiß nur der zu schätzen, der es am eigenen Leibe erfahren mußte. In den Jahren 1930 bis 1932 hatte die Kommunistische Partei unheimlich an Stoßkraft gewonnen. Das Gespenst des kommunistischen Deutschland wollte nicht mehr aus den Sorgen des deutschen Familienvaters weichen. Der rote Mob wagte sich immer frecher auf die Straße. Tag für Tag berichteten die Zeitungen die Namen seiner Opfer. Sich durch die Straßen einer Altstadt den nächsten Weg zu suchen, war nicht etwa nur für den politischen Gegner, sondern überhaupt für jeden Menschen, der noch einen ungeflickten Anzug und einen weißen Kragen trug, gefährlich. Das Bedürfnis nach Rauferei stieg unter den

---

Der Dampfomnibus von gestern und heute.

Eine wichtige Neuerung im Personenverkehr.

Die Lokomotiv-Fabrik Henschel & Sohn in Kassel hat soeben ein Dampfauto konstruiert, das als Dampfautobus herausgebracht werden soll. Damit ist an eine Tradition angeknüpft worden, die hundert Jahre lang unterbrochen war.

In der Sammlung Lipperheide im Berliner Kunstgewerbemuseum ist ein lustiges Bild zu sehen. Auf schlechtem Landweg fährt ein vornehmer Omnibus, der mit „besseren Leuten" in hohen Zylindern besetzt ist. Bewundernd steht „gewöhnliches" Publikum am Wege, und ein Hündchen bellt das seltsame Ungeheuer wütend an. Es ist ein Fahrzeug, das keine Pferde braucht: ein mächtiger Dampfwagen für schienenlosen Betrieb, der von dem rührigen Cook vor nunmehr hundert Jahren unterhalten wurde.

Der Urahn von Lokomotive und Dampfwagen war ein von Cugnot konstruiertes Gefährt. Es lief auf drei Rädern, von denen das vordere zum Lenken diente und mit dem auch die ganze Antriebsmaschinerie gedreht werden mußte. Der nötige Dampf wurde in einem großen Kochtopf erzeugt, und er wirkte dann über einen Zylinder auf die Vorderachse. Das erste Wägelchen konnte leider nur eine Viertelstunde laufen, weil dann der Kochtopf neu gefüllt werden mußte. Cugnot hat später auf Anregung des französischen Kriegsministers Choiseul ein größeres Modell zum Transport von Geschützen gebaut. Es ließ sich aber mit seinem plumpen Vorderteil schwer lenken, und es bedurfte dazu äußerst kräftiger Arme. Bei seiner ersten Reise warf es eine Mauer um, blieb aber sei seinem soliden Bau selbst ziemlich unversehrt.

Nach den Erfolgen Trevithiks, der die erste Lokomotive auf die Schienen gesetzt hat, und denen des bekannten Stephenson hat sich dann in den zwanziger und dreißiger Jahren des verflossenen Jahrhunderts der Dampfomnibus weiterentwickelt.

Natürlich fand der Dampfomnibus trotz seiner vorzüglichen Leistungen auch Feinde, und es fehlte nicht an Leuten, die ihn z. B. für die stark belebten Straßen Londons für ungemein gefährlich hielten. So wurde denn eine Kommission zusammengerufen, welche ein maßgebendes Urteil über den Dampfbetrieb der Gasse abgeben sollte. Eingehend berichtet darüber Matschoß in seiner „Geschichte der Dampfmaschine". Der Bericht lautete ungemein günstig: die Richter gaben nämlich der Überzeugung Ausdruck, „daß in der Verwendung der Dampfkraft für den Verkehr auf der Landstraße eine der wichtigsten Verbesserungen zu sehen sei! Die Kommission äußerte sich über Leistung und Bedeutung dieses Verkehrsmittels geradezu begeistert. Es könne ein Dampfwagen mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von 16 Kilometer in der Stunde auf den Landstraßen über 14 Reisende befördern. Bedeutende Steigerungen würden leicht und sicher überwunden. Richtig gebaute Dampfwagen belästigten übrigens das Publikum in keiner Weise, und auch Leben und Gesundheit der Reisenden seien durchaus nicht gefährdet. Ferner stelle sich der Betrieb mit Dampf billiger als der mit Pferden.

Dieses lobende Urteil war immer noch vorsichtig gehalten. Tatsächlich hat Walter Hankock einen Riesendampfwagen gebaut, der außer der mehrköpfigen Bedienungsmannschaft 116 Personen befördern konnte, wobei fast 30 Kilometer in der Stunde geschafft wurden. Ein anderer Hankock-Wagen vermochte 20 Reisende aufzunehmen und 4 angehängte Postkutschen mit noch weiteren 30 Personen zu schleppen, während die Geschwindigkeit den 16 Kilometern des Gutachtens entsprach. Diese Leistungen waren auf die ausgezeichneten Dampfmaschinen in den Wagen zurückzuführen. Bei einer Lokomotive liegen die Zylinder, die den treibenden Kolben bewegen, bekanntlich fest in ihren Lagern. Bei Hankock oszillierten sie, d. h. sie pendelten beim Arbeiten hin und her, was gewisse technische Vorteile hat.

Dennoch ist vom Jahre 1833 an, in dem wir dem Cookschen Ungetüm begegnet sind, der Dampfomnibus schnell von der holperigen Straße verschwunden, verdrängt durch die immer mächtiger werdende Konkurrenz der über glatte Schienen rasenden Lokomotive. Jetzt, nach hundertjährigem Schlummer, soll der schienenlose Dampfbetrieb wieder munter werden. Die Firma Henschel & Sohn in Kassel hat einen neuen Dampfautobus konstruiert.

Das neue Automobil unterscheidet sich in seinem äußeren Aussehen kaum von den gewöhnlichen Wagen, die mit Treiböl gefahren werden. Vorn unter der Haube versteckt sich der Kessel zur Bereitung des Dampfes, der Kühler und natürlich auch die Anlage zum Heizen. Die Dampfmaschine hat ihren Platz unter dem Wagen gefunden, von wo aus sie auf die Hinterräder einwirkt, und es ist ein besonderer Vorzug, daß das leidige Schalten bei ihrer Arbeit fortfällt.

Interessant ist die Wasserversorgung. Die nötige Menge Wasser braucht nämlich nicht sehr groß zu sein, da sie durch Kondensation des Dampfes immer wieder erneuert wird. Nur müssen von Zeit zu Zeit natürlich die unvermeidlichen kleinen Abgänge durch neues Füllen ersetzt werden. Als Heizmaterial sollen vor allem heimische Öle benutzt werden, unter denen auch schwere willkommen sind.

Die Ingangsetzung der Dampfmaschine ist natürlich selbst bei großer Kälte leicht möglich. Es handelt sich ja nur darum, einen Heizstoff anzuzünden, wobei die Temperatur keine Rolle spielt. In einer Minute steht der zum Anfahren nötige Dampf bereit, und der Wagen läßt sich bei seiner eigentümlichen Einrichtung auch schnellstens auf hohe Geschwindigkeit bringen, was z. B. für das Überholen vorausfahrender Wagen sehr wichtig ist.

Schließlich hofft man, daß sich der Betrieb mit Dampf verhältnismäßig billig stellt. Die hohe Benzinsteuer fällt weg. Näheres muß auch hier die Praxis ergeben. Und da die Bedienung des Wagens ziemlich einfach ist, werden gewiß auch Neulinge mit ihm fertig werden.

Wie die Mode wandern auch technische Schöpfungen im Kreislauf — es war alles schon einmal da.

verhetzten Menschen dieser Stadtviertel mit jedem neuen Wochenstempel auf der Arbeitslosenkarte. Immer häufiger zeigten sich diese Elemente mit hereinbrechender Dunkelheit auch in den Straßen außerhalb ihrer Wohnviertel. Sonntags und Werktags strichen Wegelagerer dieses Schlages selbst an vielbegangenen Spazierwegen herum. Die Bevölkerung lebte in einem unheimlichen Gefühl drohender Gefahr. Die Unsicherheit lähmte jedes wirtschaftliche Vertrauen und jede geschäftliche Initiative. Die damaligen Regierungen ließen die Dinge treiben; die Sozialisten nahmen offensichtlich Rücksicht auf ihre Brüder zur Linken, sonst wären nicht die unter der Preußischen Regierung Braun-Severing vorgenommmenen Hausdurchsuchungen im Karl-Liebknecht-Haus immer ergebnislos verlaufen, während dieselben Polizeimannschaften plötzlich Waffen, Munition, Hochverrats- und Putschpläne fanden, als sie wenige Zeit darnach auf Befehl der neuen nationalsozialistischen Regierung in das Haus eindrangen. Heute ist der kommunistische Alpdruck gewichen; mit gepanzerter Faust schlug die nationalsozialistische Regierung gleich nach der Machtübernahme in dieses Wespennest. Alle Führer und Funktionäre der Moskauer sitzen hinter Schloß und Riegel; wo sich ihre Partei in düsteren Kellern neu zu organisieren versucht, funkt eine allwissende Polizei dazwischen. Auch der Nichtnationalsozialist gibt zu,

daß Hitlers Sieg einer kommunistischen Blutrevolte um höchstens dreißig Tage zuvor kam.

Was das für Deutschland, für ganz Europa, besonders aber für die benachbarte Schweiz bedeutet, das scheint man vielerorts überhaupt nie überlegt zu haben.

Der Reisende kommt heute vollständig unbehelligt durch das ganze Deutsche Reich. Wo er hinkommt, trifft er Ruhe und Ordnung. Nicht nur jeder Beamte, sondern jeder Sturmabteilungsmann gibt ihm freundlich Auskunft. SA regelt auch vielerorts den Verkehr. SA macht in drei Mann starken Patrouillen die ganze Nacht Sicherheits-Streifendienst. Diesem ist es in Verbindung mit geeigneten Maßnahmen der Polizeibehörden in erster Linie zu verdanken, daß jene weiblichen Elemente, welche den zweifelhaften Ruf von Paris auf dem Gewissen haben, von den Straßen und Plätzen deutscher Städte verschwunden sind. Und in den letzten zwei Jahren war es doch so gewesen, daß man nicht einmal mehr den altehrwürdigen Kölner Dom betreten konnte, ohne drei Meter von den Kirchentüren hinweg noch mit schandhaften Zudringlichkeiten belästigt zu werden. Die Polizei unter Braun und Severing sah diesem Treiben tatenlos zu — mehr noch, sie begünstigte es direkt. Die vielgeschmähte neue Regierung erst fegte diesen Unrat hinweg, und räumte rücksichtslos jene sittenverderbenden Leihbüchereien und Buchhandlungen. Da wo früher die Jugend das zersetzende Gift aufreizender „Literatur" in sich sog, sind heute die Schriften der nationalsozialistischen Bewegung ausgestellt. Es braucht aber ein Vater sicher noch lange nicht Nationalsozialist zu sein, um in den Händen seines Sohnes hundertmal lieber Hitlers Buch „Mein Kampf" zu wissen, als die schmierigen Heftchen der verjagten früheren Ladenbesitzer! Hitlers Leute gingen gerade in solchen Sachen ohne viel Federlesens radikal ins Zeug.

In diesem Zusammenhange muß auch das besonders vom katholischen Ausland äußerst kritisch aufgenommene Gesetz über die

Zwangssterilisierung Geistig-Minderwertiger und Erblich-Belasteter

gewürdigt werden. Hier kommt es darauf an, den Ursprung dieses Gesetzes aufzuzeigen. Und dieser geht auf dieselben sittlichen Zustände zurück, die eben gestreift wurden. Das Sterilisierungsgesetz wäre in dieser Form nicht notwendig gewesen, wenn die früheren Regierungen der Aushöhlung der öffentlichen Moral mit all ihren Gefahren für die geistige und körperliche Gesundheit der Nation nicht mit verschränkten Armen zugesehen hätten. Es muß der Wahrheit zum Steuer endlich einmal offen gesagt werden, daß Hitler von seinen sozialistischen Vorgängern besonders in den Städten ein volksgesundheitliches Erbe überlassen bekam, dessen Gefahren für die deutsche Allgemeinheit nur noch durch einschneidende Maßnahmen zu bannen waren. Die bisher unbehinderte Fortpflanzung schwer Geschlechtskranker übertrug das degenerierende Gift von einer Familie und von einer Generation in die andere und fraß am Lebensmark des deutschen Volkes, bis das Sterilisationsgesetz diesem sonst nie endenden Kettenverbrechen an Geist und Gesundheit der Mitmenschen ein Ende setzte.

•

Die „Germania" veröffentlitch von ihrem Genfer Vertreter folgenden Bericht über das Verhältnis der Schweiz zu dem neuen Deutschland:

Die schweizerischen Zeitungen haben leider in den letzten Monaten bei der Beurteilung der deutschen Entwicklung nicht immer jene ruhige Überlegung und jenes Maßhalten bewiesen, durch das sich die schweizerische amtliche Politik selber von jeher ausgezeichnet hat. Oft haben wir vielmehr nicht nur über den Mangel an Verständnis, sondern auch über höchst unangebrachte Versuche zu moralisierender Bevormundung zu klagen gehabt, die durchaus nicht der Tatsache Rechnung trugen, daß jedes Volk aus seinen Erfahrungen mit dem parlamentarischen und demokratischen System verschiedene Folgerungen ziehen kann und muß. Um so erfreulicher ist ein grundsätzlicher Artikel im „Journal de Genève", dem maßgebenden Genfer Blatt, der unter der bezeichnenden Überschrift „Korrekte Haltung!" die deutsch-schweizerischen Beziehungen untersucht. Dieser Artikel sticht so wohltuend von manchen anderen Presseäußerungen der letzten Zeit, deren eine bekanntlich in Deutschland zum zeitweiligen Verbot der „Neuen Zürcher Zeitung" führte, ab, daß wir es angebracht halten, an dieser Stelle auf ihn hinzuweisen.

Sympathisch berührt gleich zu Anfang die Feststellung: sowohl die Machtergreifung des Faszismus in Italien, als diejenige des deutschen Nationalsozialismus hätten in der Schweiz Genugtuung darüber ausgelöst,

„daß man den Triumph der Ordnung und Autorität nach einer Periode des politischen und sozialen Defaitismus erlebe".

Der Aufsatz wendet sich sodann scharf gegen die Methoden der sozialistischen und kommunistischen schweizerischen Presse, die ihre gefühlsmäßige Abneigung gegen den Nationalsozialismus so deutlich bekunde, daß dadurch einzelne unverantwortliche Persönlichkeiten zu „bedauernswerten Akten gegen die offiziellen Abzeichen des Reiches" verleitet würden und damit der moralischen und diplomatischen Stellung der Schweiz schweren Schaden zufügten. Wenn gewisse Kreise der Ostschweiz dem schweizerischen Bundesrat allen Ernstes den Vorschlag unterbreitet hätten, die deutsch-österreichische Frage vor dem Völkerbund aufzurollen, so müsse man diesen Leuten sagen: „Seid klug wie die Schlangen!" Zum Verbot der „Neuen Zürcher Zeitung" in Deutschland führt der Artikel sodann aus, daß eine reichsdeutsche Zeitung, die den in der „Neuen Zürcher Zeitung" erschienenen Aufsatz „Süddeutsche Eindrücke" veröffentlicht haben würde, sicherlich ebenfalls in Deutschland verboten worden wäre; es sei aber nicht einzusehen, warum dann eine ausländische, in deutscher Sprache erscheinende Zeitung etwa bevorrechtet werden sollte. Deshalb glaubt das „Journal de Genève" auch zu der Annahme berechtigt zu sein, daß die etwas vorschnell in schweizerischen Blättern erschienene Meldung, wonach der Schweizer Gesandte in Berlin wegen dieses Verbotes offiziell Protest einlegen werde, falsch sei. „Wir verlangen", so heißt es wörtlich, „die absolute Pressefreiheit in der Schweiz und würden es niemals dulden, daß der Bundesrat einen Druck auf die Meinungsfreiheit einer Zeitung ausübe, ausgenommen lediglich den Fall einer Beschwerde einer ausländischen Regierung im Rahmen der schweizerischen Strafgesetzgebung. Ist dem aber so, so müssen wir auch freimütig zugeben, daß wir, um die Vorteile dieses Freiheitsregimes genießen zu können, auch seine Risiken mit in Kauf nehmen müssen. Sie bestehen diesmal in der Wirkung auf eine ausländische Regierung."

Aus dieser Einstellung heraus bezeichnet der Artikel des „Journal de Genève" es als lächerlich, daß eine Schweizer Zeitung verlangt habe, der schweizerische Gesandte Stucke, der im Begriff sei, sich zu Handelsvertragsverhandlungen nach Berlin zu begeben, solle Deutschland mit Wirtschaftsrepressalien wegen der Verbote schweizerischer Blätter im Reich drohen; die wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zwischen den beiden Staaten seien gerade schwierig genug, und diese Tatsache mache jedem Schweizer die korrekteste Haltung gegenüber Deutschland zur Pflicht. Es sei notwendig, daß man sich strikt jeder Handlung enthalte, die „zu den bestehenden materiellen Schwierigkeiten noch solche moralischer Art hinzufügen müsse".

Dieser grundsätzliche Aufsatz des „Journal de Genève" erhält dadurch noch eine besondere Bedeutung, daß er von der Berner Vertretung des Blattes gezeichnet ist, also die Stimmung in schweizerischen Regierungskreisen wiedergibt.

Die Zeitgeschichte
in nationaldemokratischer Beleuchtung.

In Fortsetzung seines Zyklus politisch-philosophischer Aufsätze im „Kurjer Poznański" beschäftigt sich Roman Dmowski mit der nationalen Revolution, mit der Suche nach einer Oligarchie, mit dem Verhältnis Polens zur nationalen Revolution und mit dem Polen, wie es unmittelbar nach seinem Wiedererstehen ausgesehen hat. Von der nationalen Revolution sagt der Verfasser, es wäre ein Irrtum, anzunehmen, sie wäre eine Folge der wirtschaftlichen Katastrophe. Die nationalistische Bewegung habe sich bereits Ende des vorigen Jahrhunderts gezeigt. Trotzdem stellt er fast unmittelbar darauf eine These auf, die mit dem Vorhergehenden in striktestem Widerspruch steht. Er sagt nämlich, Mussolini hätte niemals seine mächtigen Sturmkolonnen schaffen können, wenn die jungen Leute, die nach dem Kriege aus den Schützengräben nach Hause gekommen wären, dort gleich Arbeit und Brot hätten finden können. Und von der Hitlerbewegung sagt er, Hitler wäre niemals imstande gewesen, eine so zahlreiche revolutionäre Armee auf die Beine zu bringen ohne das Vorhandensein großer Massen von Arbeitslosen. Und die jüdische Frage wäre in den breiten Massen niemals so verstanden worden, wenn die Arbeitsgelegenheit sich nicht ständig verringert hätte.

Das sind doch wahrlich keine Argumente für die These, daß die nationale Revolution nicht in der Wirtschaftskatastrophe ihre Quelle hat. In der Weltgeschichte gab es wenig Revolutionen, die aus rein geistigen Motiven entsprungen sind. Eine Revolution hat nur dann Erfolg, wenn sie die Massen hinter sich hat, und für diese ist die Brot- und Magenfrage das wichtigste Agens.

Dmowski sagt dann weiter, die nationale Revolution habe, obgleich sie in zwei europäischen Staaten siegreich gewesen sei, bisher noch nicht viel geschaffen; was sie vernichtet habe und bis zum Ende vernichten wolle, das sehen wir, was sie aber aufbauen wolle, sei noch wenig klar umrissen. Die nationale Revolution bedeutet das Ende des Systems, das sich auf die „Erklärung der Menschenrechte" stützte, eines Systems, wonach in einem Staate alle Bewohner gleiche Rechte haben. Das sei ein riesiger Wandel, der in der Geschichte eine Epoche bilde. Daß dieser Wandel rasch vor sich geht, davon zeugen nicht bloß die nationalen Revolutionen in Italien und in Deutschland und die kommunistische in Rußland, sondern die Entwicklung der inneren Politik in anderen Ländern, wo sich eine immer größere Entartung des parlamentarischen Regimes zeigt.

Es genüge aber nicht, ein System zu stürzen, sondern man müsse ein neues an seine Stelle setzen.

Dieses neue System habe aber die nationale Revolution nicht nur noch nicht geschaffen, sondern sie habe es nicht einmal in ihrem Programm. Das System wird vertreten durch die Diktatur. Diese kann aber nicht mehr sein als eine vorläufige Lösung, wenn die revolutionäre Tat von Dauer sein soll.

In dem Artikel, der sich mit der Suche nach einer Oligarchie befaßt, heißt es u. a.: Ein Volk ist nicht eine formlose, mechanische Mischung gleicher Individuen, sondern eine psychische Organisation, die wie jede Organisation sich aus Teilen verschiedenen Wertes zusammensetzt, die ihre eigene Hierarchie besitzt. Die tatsächliche Führung der Geschäfte des Volkes liegt nicht bei seiner ganzen Masse, sondern bei demjenigen Teile, der eine größere nationale Erfahrung, ein stärkeres nationales Empfinden der Pflichten und Verantwortlichkeiten für das Schicksal des Volkes und eine tiefere Kenntnis der Lage des Volkes und seiner Aufgaben besitzt. Eine Politik ist national, wenn sie gerade für diesen Teil des Volkes einen entscheidenden Einfluß auf den Staat und die Zusammenfassung der Regierung in dessen Händen erstrebt. Gerade dieses Streben schuf die nationale Revolution des 20. Jahrhunderts. Wie schon gesagt, habe die nationale Revolution noch kein Programm für die Gestaltung des neuen politischen Systems, das die Staatsregierung den leitenden Elementen des Volkes, der nationalen Oligarchie, sichern könnte. Das zwingt sie, sich auf die Diktatur zu stützen. Das Gefühl indessen, daß die Diktaturen nur einen vorübergehenden Wert besitzen, hat zur Folge, daß immer deutlicher die Idee der regierenden Elite laut wird, d. h. daß man sie zur Grundlage des politischen Systems machen will. Im Grunde genommen führen alle Regierungssysteme, die je bestanden haben, zur Oligarchie. In der Despotie regierte die Oligarchie der Berater des Despoten, in der Demokratie diejenige der Berater des Volkes. Wenn das parlamentarisch-demokratische System zugrunde geht, verschwindet auch die offene oder geheime (in den Logen organisierte) Oligarchie. Die nationale Revolution stürzt nicht die Volksregierungen, denn das Volk regiert nicht und hat auch keinen Einfluß auf die Regierungen. Sie stürzt nur die Regierungen der Abenteurer, die im Interesse ihrer eigenen Unternehmungen regieren. Wenn man die Parole der Elite ausgibt, so besagt das, daß die nationale Revolution die Möglichkeit zu finden trachtet, die Regierung in die Hände der nationalen Oligarchie zu legen, bedeutet aber nicht, daß sie die Möglichkeit gefunden hat. Sie zu finden, das ist die höchste und schwierigste Aufgabe von morgen. Alle Eliten und alle Oligarchien sind allmählich entartet, weil sie ungeeignete Hilfskräfte annehmen mußten, und weil ihre eigene Kraft allmählich erschlaffte, und weil mit ihren Privilegien auch ihr Appetit auf unverdiente Vorteile wuchs.

Die Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts brachten die reiche Bürgerschaft und die damit verbundenen gebildeten Schichten zur Regierung. Diese neue regierende Elite brachte eine Menge von Menschen hervor, die sich durch Geist und Energie auszeichneten; sie war in Wahrheit das Gehirn Europas. Heute fehlt es an solchen Menschen allenthalben, wie z. B. die Londoner Weltwirtschaftskonferenz gezeigt hat. Wer soll diese Elite bilden? wie soll man rechtlich ihre Rolle sichern? für welche Zeit soll man sie mit Rechten ausstatten, und welche Pflichten soll man ihnen auferlegen? Wenn man diese Elite nicht mit entsprechenden Pflichten belastet, wird sie ein Sammelpunkt des Jammers und in kurzer Zeit für das Volk eine unerträgliche Last, das sie schließlich wegjagt. Wenn die Völker Europas nicht imstande sein werden, diese Aufgabe richtig zu lösen,

so werden diejenigen Recht behalten, die ein baldiges Ende der europäischen Zivilisation voraussagen.

In dem folgenden Abschnitt, der von der nationalen Revolution und ihren Beziehungen zu Polen handelt, weist Dmowski zunächst des langen und breiten auf die schwierige Lage hin, in der sich Polen nach seiner Wiederauferstehung befunden hat, zumal das Volk auf allen Gebieten rückständig war. Eine radikal-demokratische Verfassung mußte dem Volke Gefahren bringen. Dann sagt Dmowski weiter: die nationale Revolution, die die Demokratie stürzte, bringt Polen in dem Maße ihrer Ausbreitung Rettung. Sie hat zwar erst in zwei Staaten gesiegt, aber alles spricht dafür, daß ihr Sieg in ganz Europa unabwendbar ist. Das parlamentarische System führte überall zum Zerfall; selbst in England und Frankreich, wo früher in der Politik die größte Einheitlichkeit herrschte, ist ein solcher Zerfall wahrnehmbar; es gewinnen dort Tendenzen die Oberhand, die mit der bisherigen Politik dieser Länder im Widerspruch stehen. Die nationale Revolution hat hier Wandel geschaffen; heute kann man wieder mit Recht von einer italienischen oder einer deutschen Politik reden, d. h. von etwas Einheitlichem nicht wie in Frankreich und England. Die Staaten, die ihr demokratisches Regime behalten, werden bald gewahr werden, daß sie mit den Völkern, die sich von der Regierung des Freimaurertums und der Juden befreit haben, nicht konkurrieren können, und das wird sie zwingen, diesen Staaten zu folgen. Das eröffnet für uns den Ausblick auf die Organisierung unseres Staates im Einklang mit den Bedürfnissen des ganzen polnischen Volkes.

In dem nächsten Artikel spinnt der Verfasser denselben Faden weiter. Den Aufgaben des Staates — heißt es da u. a. — stand ein Teil des Volkes blind und gleichgültig gegenüber; er warf sich auf den wieder aufgebauten Staat wie auf einen neu aufgefüllten Futtertrog. Noch schlimmer und gefährlicher waren die äußeren Bedingungen.

Polen war eine Insel im Meer der es umgebenden Revolutionen.

Das Schlimmste war — hier kommt Dmowski auf das schon früher erwähnte Produkt seiner Phantasie zurück —, daß Deutschland und die Juden am Werke waren, den Plan, die Welt unter die drei Mächte Amerika, England und Deutschland zu verteilen, auch in Polen durchzuführen. An diesem Werk sei auch England, wenn auch nicht offiziell beteiligt gewesen. Natürlich darf in dieser Aufzählung der Feinde Polens durch Dmowski das von ihm besonders „geliebte" Freimaurertum nicht fehlen.

Kleine Rundschau.

Starkes Erdbeben auf Chalkidike.

Athen, 6. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Einem Bericht aus Saloniki zufolge ist die Stadt Jerissos auf der Halbinsel Chalkidike am Donnerstag morgen von einem starken Erdbeben heimgesucht worden. Infolge der Zerstörung der Telephon- und Telegraphenverbindungen war es bisher noch nicht möglich, den Umfang des Schadens festzustellen.

Drei Tote beim Absturz eines Militärflugzeuges.

Paris, 6. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Ein schweres Flugzeugunglück, das drei Personen das Leben kostete, ereignete sich am Donnerstag nachmittag in der Nähe von Toul. Ein Militärflugzeug, das Metz nach einem Übungsflug verlassen hatte, stürzte aus geringer Höhe ab und ging vollkommen in Trümmer. Der Führer und der Mechaniker wurden schrecklich verstümmelt aus den Trümmern geborgen. Der Beobachter war aus seinem Sitz geschleudert worden und wurde etwa 20 Meter vom Apparat entfernt ebenfalls tot aufgefunden.

Französischer Langstrecken-Weltrekord-Flugversuch gescheitert.

Paris, 6. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die beiden französischen Flieger Assolant und Lefèvre, die am Mittwoch morgen in Oran gestartet waren, um den bisherigen Langstrecken-Weltrekord zu brechen, haben in Karachi landen müssen, nachdem sie in 36 Stunden 6600 Kilometer zurückgelegt hatten. Die Flieger erklärten, daß der Brennstoffverbrauch bereits über dem Mittelmeer so groß gewesen sei, daß sie jede Hoffnung aufgeben mußten, den von Codos und Rossi mit über 9000 Kilometer gehaltenen Weltrekord zu überbieten. Die Flieger werden so schnell wie möglich nach Oran zurückkehren und beabsichtigen, mit dem nächsten Vollmond einen neuen Versuch zu unternehmen.

Der Imperialismus neuen Typs.

Der „Kurjer Poznański" warnt vor Rosenberg und Giere.

Über einen neuzeitlichen Imperialismus, unter dem er — selbstverständlich nur — den angeblichen deutschen Imperialismus versteht, phantasiert der **„Kurjer Poznański"** in seinem Leitartikel vom 29. September das folgende zusammen:

Es unterliegt bereits keinem Zweifel mehr, daß die Politik, die der jetzige nationalsozialistische Senat der Freien Stadt Danzig führt, nämlich die Politik einer zum mindesten zeitweiligen Verständigung mit Polen und der Begleichung der vorhandenen Gegensätze nur eines der Fragmente des großen Planes ist, deren Fäden sich in der Hand Hitlers und seines Hauptspezialisten auf dem Gebiet der Außenpolitik, Alfred Rosenberg, befinden. Dieser Plan bezweckt nicht allein die Beruhigung der westeuropäischen und amerikanischen politischen Kreise, die vor dem Gespenst eines neuen Krieges erschrocken sind. Sein Hauptzweck ist die Schaffung einer deutschen Hegemonie in Mitteleuropa und in Osteuropa. Die Naumannsche Konzeption eines Mitteleuropa, das sich von Finnland bis zum Schwarzen Meere erstreckt, ist in den Köpfen der Hitler-Politiker wieder zum Leben erwacht, wovon übrigens ganz unzweideutig deutsche Pressestimmen und Kundgebungen der einzelnen Parteiwürdenträger sprechen.

In diesen Berechnungen geht Hitler zweifellos von der Voraussetzung aus, daß Deutschland noch nicht zu einem bewaffneten Auftreten bereit ist, das zu einer Revision im Osten führen könnte, und daß es deshalb nicht angezeigt sei, das Verhältnis zu Polen und dessen Nachbarn zu verschärfen, da dadurch nur die Wachsamkeit der interessierten Völker geweckt und die deutsch-feindliche Stimmung genährt würde. In der nationalsozialistischen Publizistik herrscht jetzt die These vor, daß man vielmehr auf alle nur mögliche Weise die Befürchtungen vor der deutschen Eroberungslust abschwächen müsse, um, wo es geht, den Boden für ein friedliches Vordringen des Hitlerismus und der deutschen politisch-kulturellen Einflüsse vorzubereiten. In dieser Beziehung ist ein Artikel charakteristisch, der den Titel führt „Das neue Deutschland und die Völker des Nahen Ostens", der kürzlich in dem Wochenblatt „Ostland" erschienen ist, das von dem polenfeindlichen „Bund Deutscher Osten" herausgegeben wird, einer Organisation, die einen halbamtlichen Charakter hat und der unmittelbaren Aufsicht des Herrn Rosenberg unterstellt ist. Der Verfasser des Artikels, Dr. Gustav Giere aus Königsberg, weist darauf hin, daß der deutsche Imperialismus alten Stils bankerott gemacht hat, und daß an seine Stelle der nationale Sozialismus getreten ist, der die Fortsetzung des preußischen Gedankens ist, und der die Völker des Nahen Ostens durch nicht näher bezeichnete rechtliche und staatliche Bande miteinander verbinden will. Wir glauben nicht, so schreibt Herr Giere, daß der nationale Sozialismus sich in den Grenzen Deutschlands halten wird. Zu diesem Zwecke muß indessen das alte und neue Gerede über das angeblich germanisierende Deutschland und über dessen Drang nach dem Osten zerstreut werden.

Aus den weiteren Ausführungen des Autors soll — immer nach dem „Kurjer Poznański" — hervorgehen, daß die Hitler-Politiker ihre Anstrengungen auf diesem Gebiete vor allem auf die Baltischen Staaten richten werden, wobei sie damit rechnen, daß sie dort den kräftigsten Widerhall finden werden. Tatsächlich sind wir hier Zeugen einer Reihe interessanter Erscheinungen. Vor allem ist der Ton der deutschen Presse gegenüber Litauen seit einiger Zeit ungewöhnlich freundlich, obgleich die Kownoer Regierung ihre Politik auf dem Memelgebiet keineswegs geändert hat. Immer seltener liest man von der Verfolgung des deutschen Elements, und die Notizen, die sich über dieses Thema zeigen, veröffentlicht man bewußt nicht an hervorragender Stelle; man redigiert sie vielmehr in möglichst versöhnlicher Weise. Gleichfalls interessant zeigt sich die Politik Hitler-Deutschlands gegenüber Lettland und Estland. Hier setzen die Leiter der Berliner-Politik große Hoffnungen auf die faszistische Bewegung, die sich auf dem Gebiet dieser Länder gezeigt, und auf Kosten der bisherigen liberalen und Linksparteien immer größere Einflüsse erlangt hat. In Lettland ist die Hauptorganisation dieses Typs der Verband der Kreuz-Leute des Perkun (Perkunkrustler), der sich zum Ziel gesetzt hat, das Land von den jüdischen und sozialistischen Einflüssen zu befreien, entsprechend der Parole: „Ein freies Lettland unter der Regierung von Letten". Außerdem existiert dort noch eine Reihe anderer Organisationen ähnlichen Charakters. Die Perkunkrustler haben sich in so raschem Tempo ausgebreitet, daß die erschreckten lettischen Sozialdemokraten im Rigaer Sejm die sofortige Auflösung aller faszistischen Organisationen beantragt haben. Dieser Antrag wurde jedoch vom Sejm abgelehnt. Abgelehnt wurde auch ein zweiter sozialistischer Antrag auf Entfernung aller Faszisten aus den staatlichen Ämtern und über die Ausweisung aller deutschen Nationalsozialisten.

In Estland ist eine Organisation faszistischen Typs, die sogenannten Freiheitskämpfer, die von der gegenwärtigen Regierung bekämpft werden, die einen Überfall von dieser Seite befürchtet und deshalb einen Ausnahmezustand im ganzen Lande ausgerufen und für die Presse die Präventiv-Zensur eingeführt hat. Die Führer des Hitlertums rechnen darauf, daß es ihnen gelingt, für die Zwecke der deutschen Politik sowohl die lettischen Perkunkrustler wie auch die estnischen Freiheitskämpfer mit Rücksicht auf die angebliche Ideenverwandtschaft dieser Bewegungen mit dem deutschen Nationalsozialismus zu gewinnen. Wenn dies geschehen sollte, so wäre dies tatsächlich ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Festigung der deutschen Einflüsse in den baltischen Ländern. Aus den deutschen Pressestimmen ergibt sich jedenfalls, daß hinter den Kulissen bereits in dieser Beziehung große Anstrengungen gemacht worden sind, und daß es sowhl in Litauen wie in Lettland und Estland von Hitler-Emissären wimmelt.

Der „Kurjer Poznański" schließt seinen Artikel mit folgender Betrachtung: „Man muß die Hoffnung haben, daß der gesunde konservative Sinn der baltischen Völker diese gegen die Verführungen der Sendboten des Hakenkreuzes sichert. Trotzdem müssen die maßgebenden polnischen Kreise dieser deutschen Tätigkeit in jenen Gebieten schärfste Aufmerksamkeit zuwenden. Man darf die Enthüllungen einer Auslandszeitung nicht leicht nehmen, wonach Herr Rosenberg die Bildung eines großen deutsch-baltisch-weißrussischen Staates plant, dem außer Litauen, Lettland und Estland auch das polnische Wilnagebiet und andere weißrussische Gebiete und in weiterer Perspektive auch die Ukraine zugehören sollen. Diese Enthüllungen stehen vollständig im Einklang mit den Richtlinien des oben zitierten Artikels des Herrn Giere, obgleich der Autor die Endzwecke nicht so klar ausdrückt. Die Einschläferung der Wachsamkeit Polens, die Deklamationen über die Schonung der Rechte fremder Völker, die Versuche, sich die junge faszistische Bewegung in den Baltischen Staaten zunutze zu machen, das sind Mittel, deren sich der deutsche „Imperialismus neuen Typs" bedient." —

Italienisch-polnischer Pressestreit.

In einem aus Rom datierten Aufsatz mit der Überschrift „Italienischer Ärger über Polens Presse und Politik" beschäftigt sich der **„Kurjer Poznański"** mit der Kritik, welche die große italienische Presse als Sprachrohr der leitenden Kreise an der polnischen Presse und der polnischen Politik übt. U. a. heißt es in diesem Artikel:

„Das Giornale d'Italia" vom 23. d. M. veröffentlicht einen Aufsatz unter dem Titel „Geheimnisvolle Manöver", in dem es die polnische Presse beider Richtungen, d. h. also die Regierungs- genau so wie die Oppositionspresse, wegen ihrer kritischen Stellungnahme gegenüber der Außenpolitik Italiens und besonders wegen des Vier-Mächte-Pakts angreift. Der Artikel des italienischen Blattes stammt von dem leitenden Direktor des Blattes, Virginio Gayda, selbst. Der Verfasser bemerkt eingangs, man könnte über die wiederkehrende Welle der griesgrämigen Kundgebungen der polnischen Presse zur Tagesordnung übergehen, wenn dieses Verhalten nicht mit dem Pariser Besuche des polnischen Außenministers zusammenträfe. Es ärgert das italienische Blatt zunächst, daß der „Kurjer Poranny" den Viererpakt als eine Fehlgeburt bezeichnet habe, durch den die Hoffnungen Frankreichs enttäuscht worden seien; ferner ärgert sich das italienische Blatt darüber, daß die „Gazeta Warszawska" schreiben konnte, die Ära Genf und Locarno sei vorüber, und die Sicherheit könne nur verbürgt werden durch die Verträge; daß die „Gazeta Polska" sich erlaubt habe, eine Pariser Korrespondenz unter dem Titel „Italienisch-deutscher Angriff gegen den Völkerbund" zu veröffentlichen, in der gesagt war, daß Italien mit Deutschland in der Abrüstungsfrage verbündet sei, und daß das Genfer Protokoll durch den Viererpakt ersetzt werden soll; und endlich ärgert es das Blatt, daß im Warschauer „ABC" gesagt wurde, nicht der Viererpakt sondern die Nichtangriffspakte der Oststaaten mit den Sowjets, sowie die französisch-russische und die polnisch-russische Annäherung hätten den Frieden gesichert.

So nimmt Polen, wie das „Giornale d'Italia" schreibt, die Haltung eines Retters des europäischen Friedens und der höchsten Instanz zur Mäßigung der Politik der großen Mächte an. Die Sprache seiner Zeitungen ist grotesk und provokatorisch. Außerdem müsse bemerkt werden, daß die Sprache auch unverantwortlich sei, und daß man nicht wisse, ob sie dem Gefühl der Verantwortlichkeit der Politik Frankreichs genehm sei. Den Verfasser des Artikels beunruhigt die Tatsache, daß die polnische Presse den Viermächte-Pakt als ein totes Werk betrachte, während dieser erst zu leben beginne. Die polnische Presse bedenke nicht, daß sie in erster Linie die Loyalität der Französischen Regierung beleidigt, wenn sie dieser unterstellt, daß sie eine neue Politik beginnen will, nämlich gegen Italien und gegen den Viererpakt, obgleich gerade jetzt im Geiste und im Rahmen dieses Pakts Verhandlungen zwischen den Großmächten über das Abrüstungsproblem stattfinden. Nach Ansicht des „Giornale d'Italia" ist das Märchen von der Allianz zwischen Italien und Deutschland seit mehreren Monaten veraltet, und die Polnische Presse hätte, wenn sie sich die Mühe genommen hätte, den Mussolini-Pakt zu lesen, feststellen können, daß dieses lebendige diplomatische Instrument, nach dem Europa auf einen zehnjährigen Frieden rechnen kann, sich deutlich mit dem Geist und mit dem Buchstaben des Völkerbundpaktes deckt. Es heißt dann wörtlich:

„Außerordentlich grotesk und kindlich ist die Haltung der polnischen Presse, die sich von allen Gutgesinnten in Europa isoliert und sich darin gefällt, den angeblich aggressiven und beunruhigenden Charakter der italienischen Politik zu betonen. Im Gegenteil: niemand anderes als die polnische Presse ist ein tendenziöses Werkzeug, das den europäischen Frieden stört usw."

Die europäische Friedenspolitik habe sich noch nicht von allen „agents provocateurs" befreien können, die in den verschiedensten Formen gegen sie Ränke schmieden; die polnische Presse erinnere sich nicht mehr an ihre Erklärung der Freundschaft für Italien und habe sie durch vorbedachte Angriffslust in Manövern und in der Sprache ersetzt.

Der römische Korrespondent des Posener nationaldemokratischen Organs sucht diesen scharfen Angriff des „Giornale d'Italia" damit zu erklären, daß man sich drüben darüber ärgere, daß Polen eine eigene Meinung haben wolle. Nach Ansicht des italienischen Blattes seien die kleineren und mittleren Staaten dazu da, auf die Winke der großen Mächte zu achten, die im Mussolini-Pakt vereinigt sind. Das polnische Blatt kann es dabei seiner Gewohnheit gemäß nicht unterlassen, seiner Deutschfeindlichkeit Ausdruck zu geben, wenn es schreibt, hinter dem Viererpakt und seinem Drum und Dran verberge sich die Aufrüstung Deutschlands. Nun also! Hinter jeder Polemik der polnischen Presse verbirgt sich das eigene böse Gewissen! Wir haben es immer gewußt . . .

Das Haus der Völker.

Wie der Völkerbundpalast aussehen wird.

Es mag billig erscheinen, einen Bericht mit einem Sprichwort anzufangen, noch dazu mit einem, das nicht gerade Gutes besagt. Aber unwillkürlich kommt einem das alte Wort in den Sinn: „Wenn das Haus fertig ist, kommt der Tod!", wenn man erfährt, daß noch an die zwei Jahre darüber hingehen werden, ehe das neue Völkerbundpalais endgültig fertig gestellt ist und seiner Bestimmung als „Haus der Nationen" übergeben werden wird. Wird es bis dahin noch einen Völkerbund geben, der dieses Namens würdig ist? Wird der Völkerbund von 1935 noch einen Riesenpalast für seine Geschäfte benötigen, der mit seinen

440 000 Kubikmetern Rauminhalt

nur mit 20 000 hinter dem Schloß von Versailles zurückbleibt, das als eines der geräumigsten Gebäude der Welt gilt? Man soll die Hoffnung nicht aufgeben!

Die Geschichte des Baues paßt recht gut zu den sonstigen Ergebnissen, die die Völkerbundberatungen im allgemeinen zeitigen.

Zunächst gab es einmal Streit.

Eine internationale Jury — in internationalen Kommissionen zur Entscheidung irgend welcher Fragen war der Völkerbund stets groß — konnte sich in 64 Sitzungen nicht über die Annahme eines der 377 eingegangenen Entwürfe einigen. Sie verteilte zunächst 9 erste Preise,

zwei erste Preise fielen auf deutsche Entwürfe.

Die Jury setzte dann einen fünfköpfigen Ausschuß ein, der mit einigen der preisgekrönten Architekten einen endgültigen Entwurf herstellen sollte. Unter den ursprünglichen Vorschlägen fand einer seiner Originalität wegen Beachtung, er sah einen Bau in Gestalt einer ungeheuren Kugel vor.

Die Wahl und Ausführung eines geeigneten Projekts war allerdings besonders schwierig, wenn man bedenkt, daß das Völkerbundpalais einer Organisation von über 50 Staaten der Welt als Repräsentationsgebäude dienen soll, Staaten mit den allerverschiedensten Kulturen, bei denen eine Geschmackseinigung beinahe unmöglich schien. So wird die Umständlichkeit und Langweiligkeit der Entwurfsauswahl einigermaßen verständlich. So wird auch das Kompromiß begreiflich, das nach vielen ernsten Unstimmigkeiten, nach mancherlei Versuchen und Erfahrungen auch auf bautechnischem Gebiet endlich geschlossen wurde:

Das Gebäude im Sinn der klassizistischen Tradition zu errichten,

einer Stilart, die die wenigsten Geschmackswiderstände bei den internationalen Bauherren hervorrief.

Es entstand ein Bau, der — soweit man ihn bis jetzt beurteilen kann — er ist erst außen fertig — nicht besonders, wenn nicht durch seine Größe, wirkt. Er ist äußerlich nicht übermäßig modern, in keiner Weise besonders auffallend, wie man ihn sich unwillkürlich vorstellt. Aber die einfache Vornehmheit der Fassade und die großen Linien wirken doch sehr stark. Die Lage ist wundervoll. Inmitten eines alten Parks

auf einem Hügel am Ufer des Genfer Sees ragt marmorweiß der große Gebäudekomplex

empor. Ein weiter Hof umschließt das Ganze, der nach dem See zu in eine riesige Terrasse ausläuft, deren Pracht man erst ahnt. Alle Räume gehen direkt ins Freie mit herrlicher Aussicht auf den See oder in den Arianapark, Innenhöfe sind vermieden, und die Zufahrtstraßen münden alle an der Rückseite des Gebäudes.

Der Bau soll verschiedenen Zwecken dienen. Den eigentlichen Völkerbundversammlungen, daneben den Ratstagungen, den Kommissionssitzungen. Außerdem beherbergt das Palais den ganzen riesenhaften Sekretariatsbetrieb mit seinen 600 Bureaus, und eine Menge sonstiger Räume, Restaurant, Pressezimmer und andere. Am Ende des einen Flügels liegt die große mit allen erdenklichen Neuerungen ausgestattete und in ihrem Betrieb mustergültige Bibliothek des Völkerbundes. Ihr Ausbau ist durch eine

10 Millionen Goldfrank-Stiftung Rockefellers jr.

ermöglicht worden. Sie ist im wesentlichen das großartige Werk einer Frau, der Amerikanerin Florence Wilson. Die Bibliothek bietet Material für alle Fragen, die in irgend einer Weise den Völkerbund angehen, und da die Tätigkeit des Bundes immer größere Kreise zieht, so wächst auch ständig die Bedeuttung der Bibliothek.

Sie steht in erster Linie dem Personal des Völkerbundsekretariats zur Verfügung, doch ist sie auch für das Publikum zugänglich. Trotz des Riesenbestands,

die Bibliothek umfaßt bereits über 100 000 Bände,

werden die anderswo oft so umständlichen Formalitäten reibungslos und schnell erledigt. Die Bücherausgabe ist so vereinfacht, daß man kaum fünf Minuten auf ein Buch zu warten braucht. Namhafte Bibliotheksleiter, auch der Direktor der preußischen Staatsbibliothek, sind eigens nach Genf gefahren, um diese hervorragenden Einrichtungen zu studieren.

Die Bibliothek ist der einzige Innenraum des Palastes, der heute vollkommen fertiggestellt ist und benutzt wird, alle anderen Räume zeigen noch immer ein wüstes Durcheinander. Im großen Sitzungssaal, der drei Tribünen übereinander erhält, stehen noch die Baugerüste. Aber die Heizungs- und Lüftungsanlagen sind bereits vollendet. und man beginnt mit der Innenausstattung. Im Laufe des Jahres 1935 soll der Bau ganz vollendet sein, dann kann der Völkerbund einziehen.

Die SA ist keine bewaffnete Macht.

Ein Interview mit Stabschef Röhm.

Das Amsterdamer „Algemeen Handelsblad" veröffentlicht im Rahmen seiner Artikelserie „Auffassungen im und über das neue Deutschland" ein Interview seines Berliner Korrespondenten mit dem Stabschef der SA Ernst Röhm. Auf die Frage: „Wie stark sind heute SA-, SS- und Stahlhelmformationen, die unter Ihrem Kommando stehen, und wie ist es möglich, für diese gewaltige politische Armee die Summen aufzubringen, welche für Verwaltung, Einkleidung, Verpflegung usw. nötig sind?" antwortete Röhm u. a.:

„Adolf Hitlers SA läßt sich mit keiner Armee, mit keiner Miliz, mit keinem sonstigen Wehrsystem der Welt vergleichen. Denn sie ist keines von ihnen. Allen genannten Heeren haftet der Begriff der bewaffneten Macht an. Das gerade ist nach dem ausgesprochenen Willen Adolf Hitlers die SA nicht. Die Reichswehr ist der alleinige Waffenträger des Reichs, die SA ist der Willens- und Ideenträger der nationalsozialistischen deutschen Revolution. Der Reichswehr obliegt die Verteidigung der Grenzen und der Schutz der Interessen des Reichs dem Ausland gegenüber — der SA ist zur Aufgabe gesetzt, den neuen deutschen Staat geistig und willensmäßig auf der Grundlage des nationalsozialistischen Ideenguts zu formen und den deutschen Menschen zu einem lebendigen Glied dieses nationalsozialistischen Staats zu erziehen. Wie die ersten Christen Träger und Kämpfer ihrer neuen Weltanschauung, eben des Christentums waren, so sind die SA-Männer die Träger und Kämpfer der nationalsozialistischen Weltanschauung. Alle anderen Deutungsabsichten gehen durchaus falsche Wege.

Der 14jährige geistige Kampf, der der Erringung der staatlichen Macht voranging, forderte vom SA-Mann schwere finanzielle Opfer. Alle Bedürfnisse für Dienstbekleidung, Propagandafahrten usw. mußte er aus eigenen Mitteln bestreiten. Das schlichte, oft ausgeblichene und verwaschene Braunhemd ist das Ehrenkleid des SA-Mannes geworden, nicht nur, weil fast 400 seiner Kameraden vom roten Untermenschentum ermordet wurden, sondern weil es von Hunderttausenden um den Preis des nicht getrunkenen Bieres, der nicht gerauchten Zigaretten, des nicht gegessenen Brots angeschafft werden mußte.

Und wie es war, ist es geblieben. Auch heute noch nach dem Sieg, nachdem fast zwei Millionen in den Reihen der SA stehen, geht der SA-Mann seinem bürgerlichen Beruf nach und widmet genau wie früher seine Freizeit dem SA-Dienst. Eine Ausnahme von dieser Regel war der Aufmarsch der SA anläßlich des Reichsparteitags in Nürnberg. Hier trat die SA an zur Siegesfeier der deutschen Revolution, trat an als Willensträgerin des Staats, der ihren Opfern sein Entstehen verdankt. Und um bei dieser großen Manifestation des nationalsozialistischen Staats ein einheitliches Bild ihrer Geschlossenheit zu bieten, wurden die an dem Aufmarsch teilnehmenden Teile der SA neu eingekleidet. Die erheblichen Summen, die dafür erforderlich waren, wurden seitens der politischen Organisation der Partei als Zeichen ihres Danks für die unerhörten Opfer, die der SA-Mann in den Jahren des Kampfes gebracht hatte, aus Mitgliederbeiträgen, Sammlungen und Spenden aufgebracht.

Die Kosten der Verwaltung der SA sind, gemessen an der zahlenmäßigen Größe dieses Riesenapparats, unwahrscheinlich gering. Freiwilligkeit war und ist die Voraussetzung jedes Dienstes in der nationalsozialistischen Bewegung."

Auf die Frage, warum man nach gelungener Revolution auch heute noch größere Massen SA, SS, Amtswalter, Stahlhelm und Hitlerjugend uniformiert zusammenfasse, obwohl die kommunistische Gefahr nicht mehr so groß sei, antwortete Stabschef Röhm:

In England, Frankreich, Italien, Rußland, Polen und in den Vereinigten Staaten sei fast die ganze Jugend uniformartig gekleidet, und sie werde von Aktiven oder Reserveheeresangehörigen ganz offen mit der Waffe für den Kriegsdienst gedrillt. Nur in Deutschland solle die Uniform eine Bedrohung des Friedens darstellen. Das Braunhemd sei nach Material, Schnitt und Farbe als Felduniform völlig unbrauchbar. Es biete keinen Schutz gegen die Unbilden der Witterung und hebe seine Träger durch seine leuchtende Farbe aus der Menge heraus, anstatt wie eine richtige Felduniform sie unsichtbar zu machen. Das Braunhemd solle lediglich seinen Träger aus der großen Masse als Bekenner der nationalsozialistischen Weltanschauung herausheben. „Heute nach dem Sieg ist es das Kennzeichen der nationalsozialistischen Zusammengehörigkeit, der deutschen Kraft. Adolf Hitlers Ziel war von vornherein, Deutschland in neuem Geiste auf der Grundlage der bewährten Zucht und Ordnung zu erneuern." Mit militärischem Drill habe Ordnung und Disziplin gar nichts zu tun. Nur in einem Staat der Unordnung finde der Bolschewismus Daseinsbedingungen. Die SA schütze daher nicht nur ganz Deutschland, sondern auch Europa vor dem Bolschewismus; denn ein bolschewistisches Deutschland bedeute ein bolschewistisches Europa.

Auf die weitere Frage des Berichterstatters des „Algemeen Handelsblad", was der Stabschef zu den Behauptungen gewisser Kreise des Auslandes sage, daß Deutschland seine politische Armee schnell bewaffnen und im Waffengebrauch ausbilden könne, wies der Stabschef darauf hin, daß die französischen Kontrollkommissionen ganze Arbeit geleistet hätten. Die Entwaffnung Deutschlands erstrecke sich auch auf die zwangsweise Auflösung aller zur Herstellung von Waffen geeigneten Fabriken, von denen sogar ein Teil niedergerissen werden mußte. Die Massenarbeitslosigkeit, die Ausplünderung Deutschlands durch die Reparationszahlungen, der Verlust des deutschen Volksvermögens durch die Inflation, sowie der Verlust wichtiger internationaler Rohstoffzentren und Verarbeitungsgebiete durch den Versailler Vertrag machten schon aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten eine Aufrüstung Deutschlands unmöglich. Unbewaffnete und im Waffengebrauch nicht geschulte Menschen könnten nicht durch Bewaffnung plötzlich zu furchterregenden Soldaten gemacht werden. Wenn das möglich wäre, wäre es eine Sünde wider den gesunden Menschenverstand, daß die hochgerüsteten Staaten der Welt ungeheure Anteile ihres Volkseinkommens für die Vervollkommnung ihrer Kriegsrüstung und die Ausbildung ihrer Heere anwenden, anstatt die Waffen einzulagern und sie im Augenblick der Gefahr an das Volk zu verteilen. Im übrigen lägen sämtliche Industriereviere Deutschlands in der Reichweite der Geschütze nichtfreundlicher Nachbarn und könnten binnen einer Stunde nach Ausspruch der Kriegserklärung durch Bombenabwurf Tausender von Flugzeugen zerstört werden, denen Deutschland nichts entgegenzusetzen habe.

Die letzte Frage des Berichterstatters bezieht sich auf die Behauptung, daß die Erziehung der Jugend zu Ordnung und Disziplin bei ihrem Mangel an kriegerischen Erlebnissen eine den Weltfrieden bedrohende kriegerische Stimmung erzeugen könne. Stabschef Röhm erwiderte darauf, daß die vom Berichterstatter als „streng militärisch" bezeichnete Disziplin durchaus nicht kriegerischer Art sei. Die SA habe jahrelang den schwersten Blutterror der Marxisten und gleichzeitig Knebelungen, Verbot und Auflösung durch die Regierungen des Weimarer Systems hinnehmen müssen. 400 Kameraden seien feigem Meuchelmord zum Opfer gefallen. Tausendmal kochte es in der SA, tausendmal wäre sie aufgestanden, um gewaltsam der Unterdrückung ein Ende zu machen, wenn nicht eiserne Disziplin gegen ihren Führer sie zum Gehorsam gemahnt und es so dem Führer ermöglicht hätte, im Kampf um die Macht die gesammelte Kraft der nationalsozialistischen Bewegung entsprechend den Erfordernissen der politischen Lage geschlossen zum Einsatz zu bringen. Die Erziehung der Massen zur Disziplin sei es gerade, die das Aufkommen einer kriegerischen Mentalität verhindere.

Völkerbund und Judentum.

Von Hermann Heinrich Hartung-Wien.

Es blieb dem Vertreter des Negerstaates Haiti vorbehalten, dem Völkerbund einen Vorschlag zu unterbreiten, der den Geist der Minderheitenverträge auf alle Länder erstrecken soll. Danach sollen alle Bürger jeden Staates, ohne Unterschied der Rasse, Sprache oder Religion, die gleichen Rechte genießen.

Nach dem Vertreter der Negerrepublik waren es die Außenminister von Schweden und Holland, die den Völkerbund interpellierten, was mit den deutschen Juden zu geschehen hätte. Allerdings waren diese Herren so klug, zu erklären, daß sie sich nicht in innerdeutsche Probleme einmengen wollten, sondern lediglich die Absicht hätten, die Judenfrage unter dem Gesichtspunkte des Minderheitenrechtes im Politischen Ausschuß des Völkerbundes zur Sprache zu bringen.

Die Rede des holländischen Außenministers De Graeff gipfelte in der Forderung, einen eigenen Budgetposten für die deutschen Flüchtlinge aufzustellen, da die privaten Hilfsquellen nahezu erschöpft seien. In ähnlichem Sinne äußerte sich auch der schwedische Außenminister Sandler, der verlangte, daß sich das Rote Kreuz auch der Opfer des Bürgerkrieges annehmen müsse. Scharf aggressiv war eine Ansprache des französischen Delegierten Béranger, der sich fast ausschließlich mit dem Bernheim-Fall befaßte, was von der Mehrheit der Völkerbundsdelegierten als unfair bezeichnet und auch von dem deutschen Vertreter entschieden zurückgewiesen wurde.

In kühler, leidenschaftsloser Weise gab der Vertreter Deutschlands, von Keller, seine Erklärungen ab und sagte, daß die Juden in Deutschland weder eine nationale, noch eine sprachliche Minderheit darstellten, und daß deshalb das Judenproblem als geographisches und soziales Problem gelöst werden müsse, da es nur auf den starken Zustrom der Juden nach dem Westen zurückzuführen sei.

Es ist jedenfalls auffallend, daß von keiner Seite bisher Ziffern über die deutschen Emigranten genannt wurden, da sich die Angaben der einzelnen Staaten derart widersprechen, daß man sich selbst in Diplomatenkreisen versagte, die Zahl der Flüchtlinge überhaupt zu erwähnen, denn kleine Ziffern würden Lächerlichkeit erregen, große Zahlen dagegen sofort als Lüge und Übertreibung hingestellt werden.

Wenn wir nun an Hand von amtlichen Berichten der verschiedenen Länder eine kurze Aufstellung über Zahl und Schicksal der geflüchteten Juden aufstellen, so ergibt sich folgendes Bild:

Frankreich: Behördlich sind ungefähr 25 000 deutsche Juden gemeldet, von denen weniger als 5000 auf Unterstützung angewiesen sind. Immerhin betrugen die Unterstützungen für diese 5000 Personen bereits mehr als 3 Millionen Frank, von denen die Flüchtlinge allerdings nur etwa 180—200 000 Frank ausgezahlt erhielten, da der Rest für Spesen, Propaganda und diverse Nebenauslagen in andere Taschen geflossen ist. Ähnlich liegen die Verhältnisse in

England, wo von 25 000 eingewanderten Juden nur 1500 sich um Unterstützungen bewarben. Es ist interessant, zionistische, in hebräischer Sprache geschriebene Zeitungen zu lesen, wieviel für die Flüchtlinge gesammelt und wieviel ihnen ausgezahlt wurde. Den Berichten der „Jewish Agency" zufolge sind in England mehr als 250 000 Pfund eingegangen. Für Porto, Telegrammspesen, Saalmiete wurden 60 000 Pfund in Abzug gebracht, für Vorträge und Propaganda weitere 30 000, dann noch andere Spesen, so daß schließlich nur 15 000 Pfund von den gesammelten 200 000 übrigblieben, die zur Verteilung gelangten. Im übrigen sind die englischen Einwanderungsbehörden entschlossen, in Zukunft deutsche Flüchtlinge nicht mehr landen zu lassen und ihnen, soweit sie bereits im Lande sind, jedwede Arbeitstätigkeit zu verbieten. Auch in Frankreich wird den jüdischen Flüchtlingen keine Arbeitserlaubnis erteilt.

Holland: Hier sind nach amtlichen Mitteilungen ungefähr 4500 jüdische Emigranten eingetroffen, von denen ungefähr 1400 private Hilfe in Anspruch nahmen. Es ist bezeichnend, daß sämtlichen jüdischen Emigranten die Aufenthaltsbewilligung in Holland selbst verweigert wurde, da Holland nicht von fremden Elementen überflutet werden will. Nichts destoweniger hielt es Hollands Außenminister für angebracht, sich in Genf für die „Gleichberechtigung" der jüdischen Minderheiten einzusetzen.

Belgien: Von den bisher eingewanderten 2500 deutschen Flüchtlingen wurde keinem einzigen die Aufenthaltsbewilligung oder die Arbeitsbewilligung erteilt. Im übrigen ist der größte Teil der deutschen Flüchtlinge bereits wieder ausgewandert, da für sie kein „Geschäft" zu machen ist.

Dänemark: Von den an Deutschland angrenzenden Staaten blieb Dänemark am allermeisten verschont, da sich hier nur 800 Juden niederlassen wollten, denen übrigens Arbeits- wie Aufenthaltsbewilligung verweigert wurde.

Italien: Hier sind überhaupt keine deutschen Juden, oder wenn solche vorhanden sind, gehören sie ausnahmslos den reichen, besitzenden Klassen an, die mit Autos und Dienerschaft geflüchtet sind.

Polen: Hier sieht man ungefähr 4000 jüdische Flüchtlinge, von denen allerdings mehr als 3500 polnische Staatsbürger sind. Den nichtpolnischen Staatsbürgern wurde nur ein beschränkter Aufenthalt gewährt.

Tschechoslowakei: Die Zehntausende von Flüchtlingen, die angeblich in der Tschechoslowakei gelandet sind, reduzieren sich nach behördlichen Meldungen auf nur 950, von denen der größte Teil den besitzenden Klassen angehört.

Wenn man daher heute in Genf von „Judenverfolgungen in Deutschland" spricht und wenn man nachher die Berichte der einzelnen Staaten genau verfolgt, so wird man sich unwillkürlich fragen, weshalb ausgerechnet Deutschland dazu auserſehen sein soll, die Juden, die in sämtlichen anderen Staaten als unerwünscht empfunden werden, bei sich zu dulden.

Ziehen wir also die Lehre aus den Genfer Debatten über das Judentum, so beweisen diese nur, daß sich alle Welt wehrt, die „gleichberechtigten und vollwertigen" Juden in ihren eigenen Ländern als gleichberechtigt und vollwertig anzuerkennen, daß man aber Deutschland zu brandmarken wagt, wenn es den gleichen Standpunkt vertritt.

Kulturbund deutscher Juden.

In einem Gespräch mit dem Chefredakteur des Conti-Nachrichten-Bureaus über den mit Genehmigung des Preußischen Staatsministeriums auf Wunsch jüdischer Künstler gegründeten Kulturbund deutscher Juden wies der Staatskommissar und Kulturrefrent im Preußischen Staatsministerium Hinkel darauf hin, daß es sich hier um eine rein jüdische kulturelle Angelegenheit handle, die von solchen Juden betrieben wird, die nicht Deutschland verlassen haben, um im Ausland jene bösartige Greuelpropaganda zu betreiben, und die sich gegen jede deutschfeindliche Einstellung verwahren.

Die Grundvoraussetzung: eine kulturelle Tätigkeit von Juden nur für Juden, ist vollkommen gewährleistet. Das dem Kulturbund zugestandene, eigene Theater ist vollends geschlossen und kann also nur von den mit einem besonderen Ausweis versehenen Mitgliedern besucht werden. Den Kritikern der Tageszeitungen ist der Zutritt nicht gestattet, sondern nur denen rein jüdischer Blätter vorbehlten. Über diese Regelung haben sich die Gründer des Kulturbundes deutscher Juden befriedigt geäußert; denn sie erlaubt ihnen, die Ziele ihrer eigenen Kultur zu verfolgen und in einem von der Regierung genehmigten Rahmen zu verwirklichen. Dem Kulturbund deutscher Juden gehören die bekanntesten jüdischen Künstler an. Bundesvorsitzender ist Dr. Kurt Singer.

Im übrigen wies Staatskommissar Hinkel noch darauf hin, daß den Angehörigen der jüdischen Rasse wie Ausländern jede Möglichkeit des freischaffenden Künstlers gegeben sein soll. Das gilt auch für die Werke jüdischer Autoren, die auf Privatbühnen zur Aufführung gelangen. Jedwede kulturelle Zerstörungsarbeit werde allerdings auf keinen Fall geduldet und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, wie Staatskommissar Hinkel betonte, verhindert werden.

Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes?

Stimmen dafür und dagegen.

Aus Genf wird gemeldet:

Am dritten Tage der Aussprache über das Minderheiten-Problem im politischen Ausschuß der Völkerbundversammlung sprachen sich mehrere Redner von neuem für die Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes aus, u. a. die Delegierten Irlands, Hollands, Rumäniens und Griechenlands. Dagegen nahm der italienische Vertreter Baron Aloisi gegen den Plan einer Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes auf Staaten, die keinen vertraglichen Verpflichtungen unterliegen, Stellung und warnte davor, an einen weiteren Ausbau des gegenwärtigen Verfahrens heranzutreten, solange man noch nicht die bisherigen im allgemeinen recht ungünstigen Ergebnisse nachgeprüft habe.

Ein französischer Vorschlag.

Zum Schluß brachte der französische Vertreter einen Entschließungsentwurf ein, in dem das Recht auf gleiche Behandlung aller Bevölkerungsteile ohne Unterschied der Rasse, der Sprache und der Religion gefordert wird. In dem Entwurf heißt es:

1. Die Versammlung bestätigt feierlich die von der Versammlung im Jahre 1922 beschlossene Empfehlung und stellt fest, daß die Staaten, die gegenüber dem Völkerbunde durch keine Verpflichtungen in der Frage der Minderheiten gebunden sind, in der Behandlung ihrer Minderheiten ohne Unterschied der Rasse, der Sprache und der Religion dasselbe Maß der Gerechtigkeit und Toleranz wahren müßten, das von den Traktaten gefordert wird. (Möchte doch Frankreich entsprechend dieser Entschließung handeln und sich dabei Preußen zum Vorbild nehmen! D. R.)

2. Die Versammlung erklärt, daß sie eine Auslegung der Minderheitentraktate sowie der Empfehlungen nicht als begründet anerkennen könne, die gewisse Kategorien der Bürger ausschließen würde, der Bestimmungen der Traktate über alle Bürger ohne Unterschied der Rasse, der Sprache und der Religion teilhaftig zu werden.

Polen und Frankreich

„up ewig ungedeelt . . .“

Die Beziehungen zwischen Polen und Frankreich bildeten in den letzten Monaten wiederholt den Gegenstand kritischer Betrachtungen hüben und drüben. In einer Pariser Korrespondenz des nationaldemokratischen **„Kurjer Poznański“** wird dieses Thema fortgesponnen. In dem bezüglichen Artikel heißt es u. a.:

„Der kürzliche Besuch des Außenministers Beck in Paris gab der französischen Presse Veranlassung zu einer sehr interessanten Diskussion über die französisch-polnischen Beziehungen. Vor allem erfuhr die Öffentlichkeit in Frankreich, daß über dem Bündnis, das diese beiden Völker verbindet, unlängst unliebsames Gewölk schwebte, und zwar infolge des Abschlusses des Vier-Mächte-Paktes, gegen den Polen in Opposition stand. Da trotz des Besuches des Herrn Beck in Paris die Haltung Polens gegenüber dem Vier-Mächte-Pakt keine Änderung erfuhr, so könnte man annehmen, daß dies nicht der einzige Grund war für die Abkühlung, die bis vor kurzem zwischen Paris und Warschau bestand.

Welches ist nun der Grund für die heutige Verbesserung dieser Beziehungen? Es scheint, daß sie durch zwei Fragen beeinflußt worden ist: durch die Abrüstung und die Frontveränderung der Warschauer Regierung gegenüber Rußland. Was die ersterwähnte Frage anlangt, so ist es bekannt, daß der französische Standpunkt mit dem polnischen übereinstimmt. Diese Tatsache hat sich aber nicht immer in Genf offenbart, wo die Taktik der beiden Staaten durchaus nicht einheitlich war. Aber die unmittelbaren Nachbarn des Hitler-Deutschland können sich unter keinen Umständen mit der Abrüstung einverstanden erklären ohne vorherige und zwar lange dauernde Erprobung, ohne Durchführung der Kontrolle der bisherigen Rüstung und ohne die Festsetzung von Sanktionen. (Warum eigentlich diese Vorsicht? Sie wirkt bei bewaffneten Nachbarn peinlicher als man anzunehmen beliebt! D. R.)

Was die polnisch-russische Annäherung anlangt, so muß festgestellt werden, daß sie anfangs hier skeptisch beurteilt wurde. In den letzten Monaten ist indessen in dieser Beziehung eine charakteristische Änderung eingetreten. Ihren Ausdruck fand sie in verschiedenen französisch-russischen Besprechungen und auch in den letzten Besuchen Herriots und des Luftfahrtministers Cot in Rußland. Selbst in gemäßigten nationalen Kreisen wächst die Überzeugung, daß es notwendig sei, Moskau von Berlin wegzuziehen . . .

Die Frage der engeren Gestaltung nicht allein der Freundschaft, sondern auch des französisch-polnischen Bündnisses steht demnach wieder auf der Tagesordnung.

Man sagt, daß eine der ersten Folgen der offiziellen Reise des Ministers Beck die sein werde, daß man sich auf beiden Seiten bemühen wird, dem Bündnis eine aktivere Form zu geben.

Es liegt dies natürlich im Interesse Polens sowohl als auch Frankreichs. In einem Pariser Blatte stellt der bekannte Publizist Bernus fest, daß das Schicksal Frankreichs von demjenigen Polens abhängig ist und umgekehrt. Bernus schreibt u. a.:

„Das Gefühl der Solidarität besteht zweifellos auf beiden Seiten. Es zeigt sich häufig in schönen Reden und führte auch zum Abschluß eines Bündnisses. Aber auf dem Gebiete der Politik bedeuten selbst die überzeugendsten Reden an sich nichts. Bündnisse sind fruchtlos in Stunden der Gefahr, wenn sie nicht in der Friedenszeit zur Anwendung kommen. Ein Bündnis anwenden heißt, sich in allen Fragen verständigen, heißt im weitesten Umfange die Bedürfnisse seines Partners in Erwägung ziehen und alle Bindungen vermeiden, die für den Partner eine Gefahr bilden, oder die ihn schwächen könnten. Kann man sagen, daß diese Art des Vorgehens von den französischen und polnischen Politikern angewandt worden ist? Wenn das jemand behaupten würde, so würde er damit nur beweisen, daß er von der Geschichte der Diplomatie in den letzten Jahren nichts weiß, oder daß er die Wahrheit, nur oberflächlich schätzt. Diese Ignoranz oder dieser Mangel an Ehrlichkeit ist nicht selten, da man zur Täuschung der Öffentlichkeit häufig manches sagt, was nicht richtig ist. **Aber kann heute jemand sagen, daß die französisch-polnische Solidarität sich in Taten äußert?** Diese Lage, die offensichtlich unerwünscht ist und die schließlich zu ungünstigen Folgen führen kann, belastet das Konto beider Regierungen. Beide Regierungen haben für ihre Politik eine schwere Verantwortung übernommen. U. a. beruft sich Bernus auf die „unerhörte Geschichte“ des Vier-Mächte-Paktes und auf die darüber geführten Verhandlungen ohne vorherige Verständigung mit dem Bundesgenossen Frankreichs. Dank der Intervention der Kleinen Entente ist der ursprüngliche Text des Vier-Mächte-Paktes abgeändert worden; aber Polen stand dazu in konsequenter Opposition. Jedenfalls ist dieser Pakt abgeschlossen worden entgegen der begründeten Opposition derjenigen Staaten, die ebenso wie Frankreich keine Revision der Verträge wollen. „Auf seiten Polens“, so schreibt Bernus weiter, „sehe ich nicht, daß man sich Mühe gibt, die polnische Politik in engem Einvernehmen mit Frankreich zu leiten. Bei verschiedenen Gelegenheiten scheint es nicht, daß man sich immer bemüht hat, einen engen Kontakt innezuhalten. Nicht nur bemühte man sich nicht die Bande enger zu knüpfen, die sich in der praktischen Politik lockerten, sondern man könnte annehmen, daß man zeitweise in Warschau ohne Bedauern Meinungsverschiedenheiten auftauchen sah. Manchmal schien man Garantien für die Zukunft in unmittelbaren Verhandlungen mit Berlin zu suchen.“

Dann kommt Bernus noch auf die zwischen Polen und Danzig unlängst abgeschlossenen Verträge zu sprechen und bemerkt dazu: Die jetzige Hitler-Regierung, die ihre ganze Anstrengung gegen Österreich richtet und die andererseits verhindern will, daß Danzig erdrosselt wird, hat manche Gründe dafür, Polen zu schonen. Aber Polen würde, obgleich es mit Recht das erlangen will, was es jetzt erlangen kann, einen selbstmörderischen Irrtum begehen, wenn es seine Sicherheit als befestigt ansähe und wenn es der Ansicht wäre, daß es der Entwicklung des Reiches in anderer Richtung in Ruhe zusehen könne. Jeder deutsche Fortschritt bedeutet für Polen eine Drohung, ebenso wie für die Kleine Entente und Frankreich.“

Bernus schließt mit der Behauptung, „daß er heute mehr als jemals eine Verbindung zwischen Frankreich und Polen für notwendig halte, die sich nicht bloß in Erklärungen, sondern in der praktischen Tagespolitik bekundet. Damit das französisch-polnische Bündnis konkrete Ergebnisse zeitigt, muß es sich auf die wirkliche Grundlage einer gleichen und offenen Zusammenarbeit der beiden verbündeten Staaten stützen.“ —

Amerika mit Polen einig

gegen den Viererpakt?

Das „Journal des Nations““ berichtet über die Montags-Unterredung zwischen dem amerikanischen Delegierten Norman Davis und dem polnischen Außenminister Beck und versichert dabei, daß die beiden Staatsmänner im Verlaufe ihrer Unterredung die vollständige Identität ihrer Ansichten in Sachen der Abrüstungskonferenz festzustellen in der Lage waren, und daß sie sich gegen jeden außerhalb dieser Konferenz, nur in dem kleinen Kreise der Großmächte gefaßten Beschluß erklärt hätten. Mit anderen Worten: die Vereinigten Staaten verbinden sich — so interpretiert ein Genfer Telegramm des „Kurj. Pozn.“ die obige Meldung — mit Polen, um den Versuchen entgegenzutreten, die Entscheidungen in den Abrüstungsfragen durch die vier Mächte, die durch den Pakt mit einander verbunden sind, zu bestätigen. Beide Staatsmänner seien einig darüber, daß diese Entscheidungen nur ein Recht der ganzen Konferenz darstellen müssen und auch faktisch darstellen.

Patek reist nach Moskau.

Im Zusammenhange mit der Reise des Botschafters in Washington, Patek, nach Moskau werden wir durch eine Warschauer Zuschrift daran erinnert, daß Patek einer der vertrautesten Weggefährten des Marschalls und einer der letzten gleichaltrigen Freunde Pilsudskis ist, deren Anregungen der Marschall in entscheidungsvollen Momenten gern zu hören beliebt.

Botschafter Patek ist — noch von der Zeit her, als er polnische Revolutionäre vor russischen Standgerichten verteidigte — mit dem Russentum innig vertraut. Er hatte immer weitverzweigte Beziehungen in allen Kreisen der legalen und illegalen Linken, aus denen zahlreiche Persönlichkeiten hervorgegangen sind, welche heute das Staatsschiff der Sowjets steuern.

Diese persönlichen guten Beziehungen aus früherer Zeit und das Vertrauen, dessen er sich bei den Sowjetführern als ein Mann erfreut, mit dem man getrost Vertrauliches besprechen kann, verhalfen ihm zur Überwindung von Schwierigkeiten in Moskau, denen kein anderer polnischer Diplomat gewachsen wäre.

Patek hat außerdem eine natürliche diplomatische Begabung, die er während seiner Wirksamkeit als Advokat in politischen Strafsachen im Verkehr mit den zaristischen Behörden oft mit großem Erfolg verwertete. Kein Wunder daher, daß der Marschall in den Problemen, die sich auf Rußland beziehen, gern die Ansicht Pateks anhört und ihn vor allen anderen zu Beratungen heranzieht.

Der Vertreter Polens in Moskau ist jetzt der Gesandte Jan Łukasiewicz, ein Diplomat aus der jüngeren Generation, strebsam, treu, nicht ungeschickt . . . Von Zeit zu Zeit aber bedarf es einer erprobten Meisterhand auf jenem Posten. Die Reise Pateks nach Moskau beweist, **daß von polnischer Seite dort eine Meisterarbeit geleistet werden soll.**

Wie denkt das neue Deutschland über Polen?

Ein polnischer Korrespondent berichtet darüber aus Berlin.

Die nationaldemokratische **„Gazeta Warszawska“** veröffentlicht eine Korrespondenz ihres Berliner Vertreters **Jerzy Drobnik**, in der festgestellt wird, daß sich **im neuen Deutschland ein wesentlicher Umschwung zugunsten Polens** vollzogen habe. Da hieraus verschiedene Rückschlüsse auf die bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen gezogen werden könnten, seien einige Stellen aus dieser Korrespondenz hier wiedergegeben:

Die deutsche Presse schreibt seit einiger Zeit ziemlich viel über Polen. Während die offizielle nationalsozialistische Presse eine größere Reserve wahrt, beschäftigen sich mit Polen mehr die nichtoffiziellen Blätter wie die „Vossische Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“. Es wäre jedoch ein Irrtum, in diesen Zeitungen selbständige Organe in der Bedeutung zu sehen, wie sie diese vor dem Umsturz hatten. Heute ist die ganze reichsdeutsche Presse gewissermaßen unifiziert; es handelt sich nur um den Ton der Saiten, die in dasselbe Instrument eingebaut sind. Man kann somit aus diesen Stimmen auch auf die Regierungspolitik schließen.

Sehr interessant waren vor allem die Erklärungen in der Frage der Verständigung mit Danzig. Hierzu ergriffen auch die offiziellen Organe, besonders der „Angriff“ das Wort. Der grundsätzliche Ton dieser Ausführungen zielte darauf ab, die Danziger Verständigung im Auslande auszunutzen und zwar speziell noch vor dem Beginn der Genfer Verhandlungen in der Abrüstungsfrage. „Der Nationalsozialismus“, so hieß es, „beabsichtigt durchaus keinen Krieg. Im Gegenteil: gerade der Nationalsozialismus zeigt an Beweisen, daß er im Gegensatz zu den früheren Regierungen den Mut besitzt, eine Friedenspolitik zu treiben. Er zögerte nicht, dies an dem heikelsten Punkte zu beweisen, und zwar in den Beziehungen zu Polen, in dem er obendrein in diesem Falle den am meisten entzündeten Punkt wählte. Wie ungerecht sind also die Verdächtigungen des Nationalsozialismus, daß er beabsichtige, den Frieden zu stören. Gerade das Gegenteil ist der Fall, gerade die nationalsozialistische Regierung in Deutschland sorgt für den Frieden!“

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die polnisch-Danziger Verständigung der Deutschen Regierung in dieser Richtung gewisse Trümpfe in die Hand gespielt hat. Doch es handelt sich nicht allein hierum. Die polnisch-russische Annäherung hat ebenfalls einen Einfluß auf den Standpunkt Deutschlands ausgeübt, das verstanden hat, daß es mit seiner Politik hervorragend zum Siege der politischen Konzeption geführt und in jedem Falle verholfen hat, deren größte Gefahr es im Westen sieht. Berlin sagte sich, daß die Fortsetzung einer solchen Politik, wie sie bisher getrieben wurde, zur endgültigen Festigung der politischen Richtlinien verhelfen werde, die Deutschland für sich und seine Ostpolitik am gefährlichsten einschätzt. Dies ist der zweite Grund des Umschwunges. In gewissen deutschen Kreisen ist nämlich das Bewußtsein gereift, daß die bisherige Politik Deutschlands gegenüber Polen falsch war, daß sie geradlinig dazu führte, daß sich Polen auch wirtschaftlich von Deutschland unabhängig machte, was heute bereits in hohem Maße erfolgt ist, und was man hätte vermeiden können. Außerdem hat man in Polen wenigstens nach außen die deutschfreundlichen Strömungen erstickt, die bestanden haben, und die man sich bei einer anderen Taktik dazu hätte zunutze machen können, Polen in den Kreis der deutschen Ostpolitik einzubeziehen.

Es ist ungemein charakteristisch, daß in Deutschland die Befürchtung vor einer solchen Entwicklung der Verhältnisse immer bestanden hat und bis jetzt noch besteht, die zu einer Linie in der Außenpolitik des Nationalen Lagers und des heute in Polen regierenden Lagers führen könnte. Die Erscheinungen einer solchen Entwicklung haben sehr zu einer Änderung der Front der deutschen Politik beigetragen, der die heutige Bekämpfung des Nationalen Lagers in Polen überhaupt sehr erwünscht ist. Zum Beweise dafür werden Stellen aus Artikeln der „Vossischen Zeitung“ und des „Berliner Tageblatts“ zitiert, in denen die inneren polnischen Konflikte ausgespielt werden und versucht wird, dem Ehrgeiz der Sanierung zu schmeicheln.

„Auf die vollkommene Änderung der deutschen Politik gegenüber Polen“, so heißt es in der Berliner Korrespondenz weiter, „ist sogleich nach der Rede des Reichskanzlers Hitler hingewiesen worden. Die Logik des heutigen Deutschland läßt sich wie folgt zusammenfassen: Wir sind nach der nationalen Revolution so einheitlich, so national bewußt, uns unserer Linie so sicher, daß wir bei einer Annäherung mit Polen irgend eine Schwächung oder eine Einbuße unseres politischen Ziels, die sich hieraus ergeben könnten, nicht zu befürchten brauchen. Eine eventuelle Annäherung aber kann einmal zu einer Besserung der Lage der deutschen Minderheit in Polen beitragen, auf der anderen Seite kann sie uns, was sehr wichtig ist, den Weg zu einer Einwirkung auf Polen öffnen, das eventuell von der Bündnispolitik mit Frankreich abgelenkt wird, drittens dürfte sie die Tore zur wirtschaftlichen Expansion erweitern, und schließlich, was das Wichtigste ist, könnte eine solche Annäherung zur Ablenkung der polnischen Politik von der Linie einer Annäherung an Rußland beitragen und die Bestrebungen wieder aufleben lassen, die auf die Bildung von Pufferstaaten im Osten abzielten. Trotzdem unsere Innenpolitik besser von dem Nationalen Lager in Polen verstanden wird, so haben wir doch keine Hoffnung, daß uns das Nationale Lager in unserer Außenpolitik irgendwie helfen könnte. Die Hoffnung unserer Neuorientierung kann man lediglich auf die Sanierung stützen. Die innere Spaltung in Polen ist uns daher sehr willkommen und man müßte danach streben, daß sie auch in der Außenpolitik weiterhin bestände.“

„Zweifellos stehen wir“, so schreibt der Berliner Korrespondent, „in der Tat vor dem Beginn eines neuen deutschen Spiels im Osten, eines kühnen und bedeutend geschickteren Spiels, als die bisherige Bekämpfung alles dessen, was polnisch ist. Von uns hängt es ab, daß dieses Spiel in Polen ebenso geschickte Partner fände, die sich dessen bewußt sind, um was es sich hier handelt. Wir würden uns gar nicht wundern, wenn in nicht allzu ferner Zeit schon weitere Erscheinungen dieses Spiels zu buchen wären, wie z. B. das Angebot einer wirtschaftlichen Annäherung u. a. m.“

*

Becks Konferenz mit dem lettischen und litauischen Außenminister.

Aus Kowno wird gemeldet:

Die litauische Presse hebt mit besonderem Nachdruck hervor, daß auf einem vom lettischen Außenminister Salnais in Genf gegebenen Bankett u. a. auch der polnische Außenminister Jozef Beck anwesend gewesen sei. Während des Banketts hätte Herr Beck eine längere Unterredung mit dem litauischen Außenminister Dr. Zaunius gehabt. Dieser Unterredung werde in politischen Kreisen eine große Bedeutung beigemessen.

Es ist von keinem mehr gefordert, als daß er treu erfunden werde, und das heißt, daß er mit der Wahrheit, die ihm geschenkt ist, ernst mache und sein Leben darauf stelle.

Stählin.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Wirtschaft der Woche.

Vor dem Inkrafttreten des neuen polnischen Zolltarifes.

Fast durchweg starke Zollerhöhungen. — Scharfer industrieller und agrarischer Protektionismus. Der neue Zolltarif und sein Einfluß auf die Gestaltung der künftigen Handelsbeziehungen mit den anderen Staaten.

Schon in den allernächsten Tagen, am 11. Oktober d. Js., tritt der neue polnische Zolltarif in Kraft, der den künftigen Warenaustausch Polens mit den anderen Staaten in völlig neue Bahnen lenkt. An diesem Tage wird der gesamte zolltechnische und zollrechtliche Apparat auf die neuen Normen umgestellt, nachdem in der Zwischenzeit, seit Veröffentlichung des neuen Zolltarifgesetzes im Spätherbst des Vorjahres nach verschiedenen Richtungen hin Handelsvertragsverhandlungen geführt worden sind, um zu einer Revision der bisher bestehenden Verträge auf Grundlage des neuen Zolltarifes zu gelangen. Diese Verhandlungen gestalteten sich äußerst schleppend und langwierig und haben bisher nur in zwei Fällen zu einem positiven Abschluß geführt. So ist Mitte August das polnisch-belgische Meistbegünstigungsabkommen durch eine Tarifvereinbarung ergänzt worden. durch die sich beide Teile unter Zugrundelegung des neuen Zolltarifes Vertragszölle gewähren. Gerade jetzt ist es nach Schwierigkeiten gelungen, die Handelsvertragsverhandlungen mit Österreich zum Abschluß zu bringen. Hingegen ist für die nächste Zeit noch keine Einigung mit den anderen Vertragspartnern zu erwarten. Außer mit Frankreich, das gegen die neuen polnischen Zölle Einwände erhebt, sind gegenwärtig Verhandlungen mit der Tschechoslowakei, mit der Schweiz und mit Schweden im Gange, die gleichfalls infolge des am 11. Oktober in Kraft tretenden neuen polnischen Zolltarifes notwendig geworden sind. Die bisher mit diesen Staaten geführten Verhandlungen haben aber gezeigt, daß es nicht möglich sein wird, bis zum Inkrafttreten des Zolltarifes neue Handelsverträge zustandezubringen.

Mit dem Inkrafttreten des neuen polnischen Zolltarifes am 11. Oktober treten 65 Prozent der bisherigen Zollzugeständnisse Polens an andere Staaten außer Kraft und zugleich enorme Erhöhungen fast aller bisherigen autonomen Sätze in Geltung. Im Folgenden seien die wichtigsten Bestimmungen des neuen Zolltarifes und die Änderungen gegenüber dem gegenwärtig geltenden angeführt: während Polen bisher nur einen einspaltigen autonomen Tarif besaß, hat es sich jetzt als Instrument für Handelsvertragsverhandlungen einen Doppeltarif geschaffen. Außer einer Spalte in den normalen Sätzen bringt der neue Tarif für sämtliche Positionen noch einen Obertarif mit Maximalzöllen. Außerdem ist eine Ermäßigung der Normalsätze gegenüber den Vertragsstaaten auf dem Verhandlungswege vorgesehen, wodurch in der Praxis noch eine dritte Reihe von Zollsätzen vorhanden ist. Ferner enthält das neue Tarifwerk eine weitgehende Auflockerung der bisherigen Warengruppen. Anstelle von 1900 Positionen des alten polnischen Tarifes werden jetzt über 4500 unterschieden, wobei im einzelnen die Nomenklatur benutzt worden ist, die der Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes auf Grund der Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz von 1927 empfohlen hat. Diese formellen Unterschiede treten aber an Bedeutung hinter der Tatsache zurück, daß der neue Tarif durchweg erhebliche Erhöhungen der bisherigen Zollsätze auch in der Normalspalte bringt. Meist bleiben die Sätze des Obertarifes nur um 25 Prozent über den Normalsätzen, da diese schon einen weitgehenden Prohibitionscharakter tragen. Hinsichtlich der Höhe der Zollsätze unterscheidet also der Tarif Vertragsstaaten und solche Länder, die mit Polen keine Verträge abgeschlossen haben. Die Zölle der Vertragsstaaten sind im Durchschnitt um 25 Prozent niedriger als die Zollsätze der Nichtvertragsstaaten, zu welchen vor allem Deutschland und Rußland gehören.

Schon die Anführung der Hauptrichtlinien genügt, um zu zeigen, von welchem Geist der neue Zolltarif getragen ist, in welchem die Wendung Polens zum Hochschutzzoll ihre konsequente Weiterbildung findet. Die Tendenz, die aus der ganzen Anlage des Zolltarifes spricht, trägt nur allzu deutlich den Stempel der Absicht ihrer Autoren, die darauf hinauslaufen, daß die bisher auf Kosten des Konsumenten befolgte Zollschutzpolitik zur dauernden Grundlage der polnischen Wirtschaftspolitik werde. Wie man aus einigen Beispielen sehen kann, bringt der neue Zolltarif eine Reihe sehr starker Erhöhungen. So werden die Sätze für Preßhefe von 66,30 auf 160, Chevreauxleder von 610 auf 1800, für Schuhwaren von 70 bis 1872 auf 2200 bis 2800 Złoty hinaufgesetzt. Der Zoll für Schneeschuhe wurde mit 900 (bisher 312) Złoty festgesetzt. Erhöht werden ferner die Zölle für Treibriemen von 487 auf 850. Höhere Zollsätze sind auch für Modeartikel und Pelze vorgesehen. Bei Zobel wird der Zollsatz 125 000 Zl. je 100 Kg. betragen, lediglich Seide im Rohzustand wird vom Einfuhrzoll befreit sein, da bisher keine ausreichende inländische Produktion besteht. Zur Förderung der Produktion polnischer Filme wird für Tonfilmbände ein Zoll in Höhe von 25 000 Złoty eingeführt. In der chemischen und pharmazeutischen Branche werden die Einfuhrzölle auf ein Vielfaches ihres bisherigen Betrages erhöht, selbst für solche Waren, auf deren Einfuhr Polen angewiesen ist. Völlig prohibitiv wirken eine Reihe der neuen Einfuhrzölle für Erzeugnisse der Elektroindustrie. Wo Zollermäßigungen vorgenommen worden sind, da handelt es sich größtenteils um Waren, die überhaupt nicht oder nur in ganz geringem Umfange nach Polen eingeführt werden. Das gleiche gilt für die landwirtschaftliche Erzeugung. Die Agrarkrise, in der Polen seit Ende 1929 steht, und die sowohl Getreideerzeugung wie Viehproduktion ergriffen hat, und zwar in einem Ausmaß, daß die polnischen Preise weit unter die Weltmarktpreise gesunken sind, da eine Abführung des Überschusses ins Ausland infolge der fortschreitenden Selbstgenügsamkeit Deutschlands, der Tschechoslowakei und Österreichs unmöglich ist, hat Polen zur Sicherung seines Inlandsmarktes auf den Weg des Agrarschutzzolles gewiesen. Es kann allerdings kein Zweifel darüber sein, daß diese Maßnahmen keine Milderung der polnischen Agrarkrise herbeiführen können. Immerhin haben die Agrarschutzzölle in Polen ihren Einfluß auf die Regierung in der Richtung ausgeübt, daß der neue Zolltarif eine Reihe weiterer Zollerhöhungen bringt; so wird der Weizenzoll (bisher 17,50 Złoty je 100 Kg.) auf 25 Złoty erhöht, der Zoll für Weizenmehl von 25,50 auf 37 Złoty. Noch stärker werden die Zölle für Kukuruz, nämlich von 6 auf 17 Złoty, hinaufgesetzt. Der Rekord der Zollerhöhungen wird in ungereinigtem Reis erreicht, wo die Sätze um das Fünfzehnfache, von 2 auf 30 Złoty, erhöht werden, wodurch der Reisimport praktisch gänzlich unterbunden wird. Der Butterzoll wird vervierfacht (50 statt 12,50 Złoty). Der Einfuhr von Edelobst und Südfrüchten werden durch niedrigere Sätze Erleichterungen geboten, Hingegen wird der Zoll auf Wein in Fässern von 20 auf 200 Złoty erhöht.

Die Zollsätze des neuen Tarifes sind mit wenigen Ausnahmen spezifische Zölle, die nach dem Gewicht der Waren berechnet werden, also keine Wertzölle. Als Grundlage für die Bemessung der Zollsätze sind 100 Kg. Reingewicht jeder Ware ohne jede Art von Verpackung gewählt. Eine Ausnahmebehandlung erfahren die Zölle für Kraftwagen, Traktoren und Kraftwagenchassis, für welche gemischte Zölle eingeführt werden, die sich aus dem spezifischen Zoll (vom Gewicht) und einem Wertzoll zusammensetzen.

Der neue polnische Zolltarif tritt in einem Zeitpunkt ins Leben, da es Polen trotz der gerade in letzter Zeit mit Hochdruck geführten Revisionsverhandlungen nicht gelungen ist, sein Handelsvertragsverhältnis mit den wichtigsten Abnehmer- und Bezugsländern auf eine neue Grundlage zu stellen. Zu dem schon seit mehr als acht Jahren dauernden Handelskrieg mit Deutschland tritt also am 11. Oktober eine Art Zollkrieg mit all jenen Ländern, mit denen man im besten Falle in den nächsten Wochen, voraussichtlich aber erst in den nächsten Monaten, zu einem „modus vivendi“ gelangen wird. Dies gilt insbesondere im Verhältnis zu der Tschechoslowakei, zu Frankreich, Schweiz und Schweden, mit denen die bisherigen Unterhandlungen noch zu keinem Abschluß gekommen sind, und insbesondere gegenüber England, mit dem Verhandlungen erst aufgenommen werden sollen. Allen diesen Staaten gegenüber schafft der neue Zolltarif eine völlig neue Rechtslage. Dabei handelt es sich gerade bei Ländern, die in den letzten Jahren der handelspolitischen Neuorientierung Polens eine immer größere Bedeutung als Abnehmer polnischer Waren erlangt haben. Die bisher geltenden Handelsverträge mit diesen Staaten verlieren nach dem 11. Oktober gänzlich ihren Sinn und reichen angesichts der neuen, prohibitiv wirkenden Sätze des Obertarifes nicht mehr aus, der Exportwirtschaft dieser Länder den Absatzweg nach Polen offenzuhalten. Denn da man durch den neuen Tarif die Einfuhr drosselt, wird das Ausland der Wareneinfuhr aus Polen im gleichen Umfange Hindernisse in den Weg legen.

Voraussichtlich wird es aber mit all diesen Staaten zum Abschluß eines provisorischen Meistbegünstigungsabkommens kommen, mit dem diese Staaten automatisch an den Begünstigungen des neuen Handelsvertrages partizipieren würden, welchen Polen gerade mit Österreich perfektioniert hat. Außerdem soll der Warenverkehr mit den oben angeführten Ländern durch Festsetzung von Einfuhrkontingenten mit ermäßigten Zöllen gefördert werden. Nur durch eine derartige provisorische Neuregelung könnte es verhütet werden, daß der dauernde Rückgang im Güteraustausch mit diesen Ländern zumindest keine weitere Verschärfung erfährt, wodurch die Aufrechterhaltung der Aktivität der polnischen Handelsbilanz ernstlich gefährdet werde. Da Polens Interesse an diesen Märkten größer ist als umgekehrt, muß es nächste Aufgabe der Handelspolitik sein, hier Erleichterungen zu schaffen, welche eine Einfuhr aus diesen Ländern wenigstens annähernd in der Höhe der Bezüge dieser Staaten aus Polen ermöglichen. Dr. S.

Die Wirtschafts- und Finanzlage Polens.

Nach dem neuesten Bericht der staatlichen Landeswirtschaftsbank Polens sollen in letzter Zeit in vielen Zweigen der polnischen Wirtschaft Besserungserscheinungen hervorgetreten sein, was teilweise auf Saisoneinflüsse zurückgeführt wird, teilweise aber auch auf konjunkturelle Tendenzen, die sich bereits seit mehreren Monaten in Polen bemerkbar machen.

Am Geldmarkt, der vorübergehend durch den Dollar-Rückgang erschüttert war, sind die Einlagen bei der Finanzinstituten wiederum stärker angewachsen, wobei die Umwandlung von Dollar-Einlagen in Złoty-Einlagen andauert. Gleichzeitig wuchs das Interesse für festverzinsliche Papiere, die Kursgewinne verbuchen konnten. Die Tätigkeit des Staates und der Finanzinstitute in Richtung auf eine Gesundung der Kreditverhältnisse durch Senkung der Zinslasten und Konvertierung beschwerlicher Schulden beginnt einen günstigen Einfluß auf die Marktlage auszuüben, was in dem erheblichen Rückgang der Konkurse und der Geschäftsaufsichten, sowie in der Besserung der Zahlungsfähigkeit in Erscheinung tritt. Dies ist vor allem auch bei der Rückzahlung von Bankkrediten und bei der Einlösung von Handelswechseln zu beobachten.

Infolge der Ernteverspätung dauerte die saisonmäßige Geldverknappung noch im August an, sie begann jedoch Anfang September zu weichen. Die Staatsbanken haben ihre Kassenreserven verstärkt.

Zwecks Deckung der zahlreichen Verpflichtungen sind die Landwirte zur beschleunigten Veräußerung der neuen Ernte geschritten, deren Ergebnis im ersten Augenblick überaus optimistisch beurteilt worden ist. Das Überangebot rief am Markt einen erheblichen Preisfall hervor, der erst in der ersten Hälfte des September zum Stillstand gelangte, und eine kleine Befestigung der stark gedrückten Getreidepreise brachte. Die Preise für Viehprodukte dagegen zeigten Anzeichen einer Stabilität und zeitweise sogar festere Tendenz.

Auf dem Gebiete der Industrieproduktion machte sich in verschiedenen Industriezweigen ein leichter Produktionsanstieg und eine saisonbedingte Umsatzbelebung bemerkbar. Das Produktionsniveau war jedoch in einer Reihe von Fällen niedriger als im Vorjahr. Im Kohlenbergbau trat in Verbindung mit einer Besserung des Inlandsabsatzes eine weitere Zunahme der Förderung ein. Die Gewinnung von Rohöl hielt sich ohne größere Änderungen auf dem Niveau der letzten Monate, während der Absatz von Naphtha-Produkten sowohl im Inlande, als auch im Auslande ziemlich erheblich zunahm. Die Hüttenproduktion lag etwas höher, als in den Vormonaten und erheblich höher, als vor einem Jahr. Die Textil-Industrie bereitet sich nach einer mittelmäßigen Sommersaison auf die Winterproduktion vor. In der Metall- und Maschinenindustrie ist dagegen in bezug auf Produktion und Absatz eine Belebung nicht zu verzeichnen gewesen, während in der Holzindustrie die Lage günstig und erheblich besser beurteilt wird, als im Vorjahr. In der chemischen Industrie war der Absatz einiger Produkte, wie beispielsweise von künstlichen Düngemitteln und von Teerprodukten reger, als in den Vormonaten. In der Industrie der Steine und Erden hielten sich Produktion und Absatz auf dem bisherigen, niedrigen Niveau.

In Verbindung mit der Erntezeit sind die Umsätze im Handel, wie gewöhnlich, sehr gering gewesen. EWD.

Bescheinigungen für Holzlieferungen an die polnischen Staatsbehörden. Wie bereits gemeldet, ist eine der Hauptvoraussetzungen für die Zulassung von Firmen zu staatlichen Lieferungsausschreibungen die Beibringung einer von dem Generalrat der polnischen Holzverbände und den Vereinigten Verbänden der polnischen Waldbesitzer gemeinsam ausgestellten Bescheinigung, daß der Offerent tatsächlich im Besitz der angebotenen Holzmaterialien bzw. entsprechender Mengen von Rundholz ist, die notwendig sind, um das angebotene Material herzustellen. In den letzten Tagen hat der Generalrat der polnischen Holzverbände im Einvernehmen mit der Waldbesitzerorganisation das Verfahren für die Ausgabe dieser Bescheinigung festgesetzt.

Polnische Baskenmützen für Sowjetrußland. Vor einigen Tagen wurde zwischen einer sowjetrussischen Handelsinstitution und einer Warschauer Fabrik, die gestrickte Baskenmützen herstellt, ein Vertrag über die Lieferung einer Million Baskenmützen nach Rußland abgeschlossen. Die Bestellung wird in einigen Partien ausgeführt werden. Die Zahlung wird teils in bar, teils in Wechseln bis zu 18 Monaten erfolgen.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 7. Oktober auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 6%, der Lombardsatz 7%.

Der Złoty am 6. Oktober. Danzig: Ueberweisung 57,58 bis 57,70, Berlin: Ueberweisung 46,85—47,25, Wien: Ueberweisung 79,20, Prag: Ueberweisung 383,00, Zürich: Ueberweisung 57,70, Mailand: Ueberweisung 213,00, London: Ueberweisung 27,56.

Warschauer Börse vom 6. Oktober. Umsatz, Verkauf — Kauf. Belgien 124,50, 124,81 — 124,19, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig 173,48, 173,91 — 173,05, Helsingfors —, Spanien —, Holland 359,85, 360,75 — 358,95, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 27,48, 27,63 — 27,33, Newyork 5,79, 5,83 — 5,75, Oslo —, Paris 34,92, 35,01 — 34,83, Prag —, Riga —, Sofia —, Stockholm —, Schweiz 172,92, 173,35 — 172,49, Wien —, Italien 46,90, 47,13 — 46,67.

Berlin, 6. Oktober. Amtl. Devisenkurse. Newyork 2,727—2,733, London 12,93—12,97, Holland 169,28—169,62, Norwegen 64,98 bis 65,12, Schweden 66,68—66,82, Belgien 58,52—58,64, Italien 22,04 bis 22,08, Frankreich 16,42—16,46, Schweiz 81,27—81,43, Prag 12,43 bis 12,45, Wien 48,05—48,15, Danzig 81,62—81,78, Warschau 47,00—47,20.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 5,78 Zl., do. kl. Scheine —,— Zl., 1 Pfd. Sterling 27,31 Zl., 1 Schweizer Franken 172,24 Zl., 100 franz. Franken 34,78 Zl., 100 deutsche Mark 209,00 Zl., 100 Danziger Gulden 172,80 Zl., tschech. Krone —,— Zl., österr. Schilling —,— Zl., holländischer Gulden 358,45.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 6. Oktober. Es notierten: 5proz. Staatl. Konvert.-Anleihe 50,50 G., 4½proz. Dollar-Pfandbriefe der Posener Landschaft (1 Dollar = 5,83) 36,50 B., 4½proz. Gold-Amortisations-Dollarbriefe der Posener Landschaft 41 B., 4proz. Konvert.-Pfandbriefe der Posener Landschaft 36,25 +, 4proz. Prämien-Dollar-Anleihe (Serie 3) 48 G., Bank Polski 77 G. Tendenz ruhig. G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 7. Oktober. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Złoty:

Transaktionspreise:

Roggen	175 to	14.50—14.95	Roggenkleie	15 to	8.50
Weizen	45 to	20.00—20.35	Weizenkleie	— to	—.—
Mahlgerste	— to	—.—	Viktoriaerbsen	— to	—.—
Braugerste	— to	—.—	Folgererbsen	— to	—.—
Hafer	— to	—.—	Senf	— to	—.—
Roggenmehl 65%	to	—.—	Leinkuchen	— to	—.—
Weizenmehl 65%	to	—.—	Peluschken	— to	—.—

Richtpreise:

Roggen	14.25—14.50	Peluschken	12.00—13.00
Weizen	19.50—20.00	Viktoriaerbsen	21.50—23.50
Braugerste	15.00—16.00	Folgererbsen	24.00—26.00
Mahlgerste	14.00—14.25	gelber Klee, gesch.	85.00—90.00
Hafer	14.90—14.95	Fabrikkartoff. p. kg%	11.00
Roggenmehl 65%	21.75—22.75	Leinkuchen	18.00—19.00
Weizenmehl 65%	33.00—35.00	Rapskuchen	14.00—15.00
Roggenkleie	8.50—9.00	Sonnenblumenkuch.	18.00—19.00
Weizenkleie	8.25—8.75	blauer Mohn	60.00—62.00
Weizenkleie grob	8.50—9.00	Senf	35.00—37.00
Raps	33.00—35.00	Leinsamen	35.00—37.00
Winterrübsen	35.00—37.00	Wicken	12.00—13.00

Allgemeine Tendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	660 to	Fabrikkartoff.	— to	Hafer	165 to
Weizen	310 to	Speisekartoff.	— to	Peluschken	— to
Mahlgerste	162 to	blauer Mohn	2,5 to	Buchweizen	— to
Braugerste	40 to	weißer Mohn	— to	L. u. Rapskuch.	— to
Roggenmehl	110 to	Rotklee	— to	Leinenkuchen	— to
Weizenmehl	169 to	Weißklee	— to	Zuckerrübensch.	— to
Viktor.-Erbs.	2,5 to	Schwedenklee	— to	Nudeln	— to
Folger-Erbs.	5 to	Gelbklee	— to	Rübsen	— to
Feld-Erbsen	— to	Inkarnatklee	— to	Sonnenblumenkuchen	— to
Roggenkleie	58 to	Wundklee	— to	Soya-Schrot	— to
Weizenkleie	188 to	Gerstenkleie	— to	Gersten-Schrot	— to
Raps	— to	Serradella	— to	Senf	— to
Kartoffelflock.	— to	Wicken	— to		

Gesamtangebot 2326 to.

Warschau, 6. Oktober. Getreide, Mehl und Futtermittel-Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität Waggon Warschau: Einheitsroggen 14,25—14,75, Einheitsweizen 21,00—21,50, Sammelweizen 20,00—21,00, Einheitshafer 15,00—15,50, Sammelhafer 14,50—15,00, Braugerste 15,50—16,00, Mahlgerste 14,75 bis 15,25, Grützgerste —,—, Speisefelderbsen 21,00—23,00, Viktoriaerbsen 25,00—28,00, Winterraps 37,00—39,00, Rotklee ohne dicke Flachsseide —,—, Rotklee ohne Flachsseide bis 97% gereinigt —,—, roher Weißklee —,—, roher Weißklee bis 97% gereinigt —,—, Luxus-Weizenmehl (45%) 1. Sorte 38,00—43,00, Weizenmehl (65%) 1. Sorte 35,00—38,00, Weizenmehl 2. Sorte (20% nach Luxus-Weizenmehl) 32,00—35,00, Weizenmehl 3. Sorte 18,00—23,00, Roggenmehl I 24,00—26,00, Roggenmehl II 18,00—20,00, Roggenmehl III 18,00—20,00, grobe Weizenkleie 9,00—10,00, mittlere 8,50—9,00, Roggenkleie 8,00 bis 8,50, Leinkuchen 16,00—16,50, Rapskuchen 13,25—13,75, Sonnenblumenkuchen 16,50—17,00, doppelt gereinigte Serradella —,—, blaue Lupinen —,—, gelbe —,—, Peluschken —,—, Wicken —,—, Winterrübsen 37,00—39,00, Sommerrübsen 38,00—40,00, blauer Mohn 50,00—60,00, Leinsamen 32,00—34,00.

Umsätze 2284 to, davon 842 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 6. Oktober. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Złoty:

Transaktionspreise:

Roggen	270 to	14.75
Weizen	15 to	20.10
	15 to	19.75
Hafer	15 to	14.30
	10 to	14.25

Richtpreise:

Weizen, neu, z. Verm.	19.50—20.00	Winterraps	37.00—38.00
Roggen	14.50—14.75	Fabrikkartoffeln pro Kilo %	11.00
Roggen, neu, zum Mahlen	—.—	Senf	37.00—39.00
Gerste 695—705 kg	13.75—14.00	Blauer Mohn	63.00—67.00
Gerste 675—685 kg	13.25—13.50	Weizen- u. Roggenstroh, lose	—.—
Braugerste	16.00—17.00	Weizen- u. Roggenstroh, gepreßt	—.—
Hafer	13.75—14.25	Hafer- und Gerstenstroh, lose	—.—
Roggenmehl (65%)	22.25—22.50	Hafer- und Gerstenstroh, gepreßt	—.—
Weizenmehl (65%)	32.00—34.00	Heu, lose	—.—
Weizenkleie	8.50—9.00	Heu, gepreßt	—.—
Weizenkleie (grob)	9.50—10.00	Netzeheu, lose	—.—
Roggenkleie	8.50—9.00	Netzeheu, gepreßt	—.—
Speisekartoffeln	2.25—2.50	Sonnenblumenkuchen 46—48%	—.—
Viktoriaerbsen	20.00—24.00		
Folgererbsen	22.00—25.00		
Blaue Lupinen	—.—		
Gelbe Lupinen	—.—		
Winterrübsen	38.00—39.00		

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen Roggen 225 to, Gerste 15 to, Hafer 15 to, Roggenkleie 50 to, Weizenkleie 45 to, Fabrikkartoffeln 285 to.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Weizen, Braugerste, Hafer, Roggen- und Weizenmehl ruhig, für Mahlgerste schwach.

Marktbericht für Sämereien der Samengroßhandlung Wiesel & Co., Bromberg. Am 6. Oktober notierte unverbindlich für Durchschnittsqualitäten per 100 Kg.: Rotklee 120—160, Weißklee 100—120, Schwedenklee 90—100, Gelbklee, enthülst 90—100, Gelbklee in Hülsen 38—40, Inkarnatklee 70—80, Wundklee 100—120, Engl. Raygras, hiesiges 18—20, Timothee 17—18, Serradella 9—10, Sommerwicken 13—16, Winterwicken (Vicia villosa) 44—50, Peluschken 14—16, Viktoriaerbsen 20—24, Felderbsen, kleine 18—20, Senf 34—36, Sommerrübsen 37—40, Winterraps 36—38, Buchweizen 15—18, Hanf 35—40, Leinsamen 37—40, Hirse —,—, Mohn, blau 60—65, Mohn, weiß 65—70, Lupinen, blau 7—8, Lupinen, gelb 8—9 zł.

Danziger Getreidebörse vom 6. Oktober. (Nichtamtlich.) Weizen, 130 Pfd. 12,25, Roggen 9,00—9,10, Braugerste 10,50 bis 11,00, Futtergerste 9,10—10,00, Hafer 8,50—9,30, Viktoriaerbsen 12,75 bis 17,00, grüne Erbsen 14,50—17,25, Roggenkleie 5,65, Weizenkleie 6,40 bis 6,50, Blaumohn 36,00—39,50 G. per 100 kg frei Danzig.

Weizen wird mit Zł. 22,50 = G. 13,00 gehandelt.

Roggen für Konsumzwecke notiert Zł. 16,00 = G. 9,25.

Futtermittel fester.

Berliner Produktenbericht vom 6. Oktober. Getreide- und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen, märk., 76—77 Kg. fr. Berlin 190,00, loco Station —,—, Roggen, märk., 72—73 Kg. fr. Berlin 153,00, loco Station —,—, Braugerste 189,00—197,00, Futter- und Industriegerste —,—, Hafer, märk. 147,00—155,00, Mais —,—.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 31,00—32,00, Roggenmehl 20,75—21,75, Weizenkleie 11,10—11,35, Roggenkleie 10,00—10,20, Viktoriaerbsen 37,00—41,00, Kl. Speiseerbsen 30,00—33,00, Futtererbsen 19,00 bis 20,00, Peluschken —,—, Ackerbohnen —,—, Wicken —,— bis —,—, Lupinen, blaue —,—, Lupinen, gelbe —,—, Serradella, alte —,—, Leinkuchen 16,20—16,30, Trockenschnitzel 9,60—9,90, Soya-Extraktionsschrot loco Hamburg 13,70, loco Stettin 14,10, Raps —,—, Kartoffelflocken 13,70—13,90.

Gesamttendenz: beständig.

Viehmarkt.

Berliner Viehmarkt vom 6. Oktober. (Amtlicher Bericht der Preisnotierungskommission.)

Auftrieb: 2660 Rinder, darunter 1148 Ochsen, 564 Bullen, 948 Kühe und Färsen, 1366 Kälber, 5477 Schafe, — Ziegen, 8338 Schweine, 196 Auslandsschweine.

Die notierten Preise verstehen sich einschließlich Fracht, Gewichtsverlust, Risiko, Marktspesen und zulässigen Händlergewinn.

Man zahlte für 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfennigen:

Rinder: Ochsen: a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts (jüngere) 31—32, b) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts im Alter von 4 bis 7 Jahren 29—31, c) junge, fleischige nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 26—28, d) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 22—25. Bullen: a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts 31, b) vollfleischige jüngere höchsten Schlachtwerts 28—30, c) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 25—27, d) gering genährte 23—24. Kühe: a) jüngere, vollfleischige höchsten Schlachtwerts 26—27, b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete 21—24, c) fleischige 17—20, d) gering genährte 11—16. Färsen (Kalbinnen): a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts 30, b) vollfleischige 28—29, c) fleischige 25—27. Fresser: 18—23.

Kälber: a) Doppellender feinster Mast 42—46, b) feinste Mastkälber 38—42, c) mittlere Mast- und beste Saugkälber 28—35, d) geringe Mast- und gute Saugkälber 18—25.

Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel: 1. Weidemast 42—43, 2. Stallmast 36—37, b) mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gut genährte junge Schafe 1. 39—41, 2. 30, c) fleischiges Schafvieh 36—38, d) gering genährtes Schafvieh 26—35.

Schweine: a) Fettschweine über 3 Ztr. Lebendgewicht 53—55, b) vollfleischige von 240—300 Pfd. Lebendgewicht 50—52, c) vollfleischige von 200—240 Pfd. Lebendgewicht 48—50, d) vollfleischige von 160—200 Pfd. Lebendgewicht 45—47, e) 120—160 Pfd. Lebendgewicht 42—44, f) Sauen 46—49.

Marktverlauf: Rinder glatt, Kälber in guter Ware glatt, sonst ruhig, Schafe und Schweine glatt.